

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Horst Möller

Die Relativität historischer Epochen:
Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989

Horst Boog

Das Ende des Bombenkriegs

Ein militärgeschichtlicher Rückblick

Karl Teppe

Trümmergesellschaft im Wiederaufbau

Andreas Biefang

Die Wiederentstehung politischer Parteien
in Deutschland nach 1945

B 18–19/95
28. April 1995

Horst Möller, Dr. phil., geb. 1943; Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Regensburg.

Veröffentlichungen u. a.: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1994⁵; Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985; Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1993³; Fürstenstaat oder Bürgernation? Deutschland 1763–1815, Berlin 1994³; Theodor Heuss: Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990; Hrsg. u. a. von: (zus. mit Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Mithrsg. u. a. von: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland.

Horst Boog, Dr. phil., B. A., geb. 1928; Leit. Wissenschaftl. Direktor a. D. beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg.

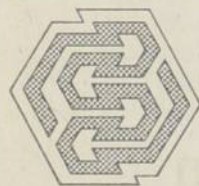
Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Luftwaffenführung 1935–1945, Stuttgart 1982; Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983; Der globale Krieg, Stuttgart 1990; (Hrsg.) Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Herford–Bonn 1993 (engl. Ausgabe: The Conduct of the Air War in the Second World War. An International Comparison, Oxford 1992).

Karl Teppe, Dr. phil., geb. 1943; Direktor des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe; Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Münster.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Michael Epkenhans) Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991; (Hrsg. zus. mit Franz-Werner Kersting und Bernd Walter) Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne, Paderborn 1993; (Hrsg. zus. mit Arno Herzig und Andreas Determann) Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen, Münster 1994.

Andreas Biefang, Dr. phil., geb. 1962; Studium der Geschichte, der Germanistik und des Völkerrechts in Bonn, Berlin und Köln; 1993–1994 wiss. Projektmitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; jetzt am Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden.

Veröffentlichungen u. a.: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und nationale Eliten, Düsseldorf 1994; (Bearb.) Der Deutsche Nationalverein 1859–1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle, Düsseldorf 1995.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989

I.

Zeitgebundenheit charakterisiert die Arbeit der Politiker wie der Historiker. Müssen die einen selbst auf dem Gipfel des Erfolgs schmerzlich die Flüchtigkeit von Zeit und Ruhm erfahren, so die anderen die Flüchtigkeit der Erkenntnis. Ist im Augenblick die Dauer stets enthalten, so auch der Wandel – nie ist ein geschichtlicher Augenblick bloß zuständig. Doch ist es nicht allein diese Ambivalenz, die der historischen Interpretation zu schaffen macht, vielmehr relativiert die Bindung geschichtswissenschaftlicher Aussagen an ihre jeweils eigene Zeit die historische Interpretation; gerade die großen Wendepunkte der Vergangenheit erfahren aus ihrer sich unaufhörlich wandelnden Wirkungsgeschichte eine unterschiedliche, ja manchmal gegensätzliche Bewertung.

Ist Geschichtswissenschaft also ein höchst dubioses Geschäft, das Sicherheit und Dauer der Erkenntnis aus methodischen Gründen nicht zuläßt? Erklären sich hieraus Kontroversen, ist der Streit der Historiker also zwangsläufig, wenn es um die großen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts geht? Gibt jeder nur seine Eindrücke, seine Meinungen für historische Erkenntnis aus?

So beliebig ist die Arbeit des Historikers keineswegs. Vielmehr führt die Rekonstruktion ereignisgeschichtlich strukturierter Zusammenhänge aufgrund der Quellen und ihrer methodisch sorgfältigen Auswertung meist zu gesicherter Erkenntnis. Und auch die historische Interpretation ist alles andere als beliebig, wenngleich sie weit größere Spielräume zuläßt.

Sie ergeben sich in der Regel aus der Komplexität geschichtlichen Lebens, die auch Epochenjahren innewohnt. Der Nicht-Historiker erwartet eindeutige Antworten, der Historiker kann sie oft nicht geben, weil die Realität so eindeutig nicht war, weil sich in einem historischen Augenblick durchaus gegensätzliche Elemente verbinden können oder in unaufhebbarer Spannung bleiben. Schlichte Alternativen verfehlen diese mangelnde

Eindeutigkeit der historischen Wirklichkeit nahezu immer, so verführerisch sie auch sein mögen. So war der 8. Mai 1945 weder eine „Stunde Null“ noch ausschließlich eine Niederlage. Und ebenso wenig trifft die meist verwendete Charakterisierung als „Befreiung“ die Vielschichtigkeit des Problems, das mit diesem Datum symbolisiert werden soll.

Obwohl sich der Topos „Befreiung“ geradezu selbstständig hat, zeigt erst das Jahr 1989 – das tatsächlich ein Jahr der Befreiung wurde – die Ambivalenz des 8. Mai 1945: Es war ein Tag der Befreiung *und* der Niederlage, ein Tag des Endes *und* des Aufbruchs, ein Tag der Vernichtung *und* der Hoffnung. Die Verkürzung der Perspektive, die die Gedenkreden des Jahres 1985 – und auch die berühmteste unter ihnen – charakterisiert, legt die Problematik jeglicher zeitgeschichtlichen Betrachtung bloß, sofern sie über die Rekonstruktion von Tatsachen und Zusammenhängen hinausgeht und zu Wertungen fortschreitet: Eine zureichende Interpretation der Zeitgeschichte kann erst erfolgen, wenn die Folgen epochaler Ereignisse vor Augen liegen. Diese Wirkungsgeschichte kann von unterschiedlicher Dauer und Intensität sein; sie kann unmittelbar sichtbare Elemente enthalten wie 1945 das definitive Ende der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs, aber auch die Katastrophe des Nationalstaats, die Besatzungsherrschaft in Deutschland oder die sich in wenigen Jahren herauskristallisierende Teilung Deutschlands und der Welt.

Gegenüber der beherrschenden Erinnerung an das Ende des barbarischsten und grauenhaftesten Krieges der Weltgeschichte, an unvorstellbares Massenmorden jenseits jeglicher völkerrechtlich sanktionierten Form der Kriegführung, gegenüber der Erinnerung an die große Teile Europas in Schutt und Asche legenden Zerstörungen dieses nach dem Willen seiner Urheber „totalen Krieges“, der in Form enthemmter und bis zum Äußersten fanatisierter Heilserwartung im Diesseits geführt wurde, verblässen zunächst alle anderen Komponenten des Jahres 1945. Gleichwohl reflektierte die intellektuelle Öffentlichkeit bereits unmittelbar nach Kriegsende die existentielle Frage,

welcher Stellenwert der nationalsozialistischen Diktatur im weiteren Zusammenhang der deutschen Geschichte zukomme: Gab es in ihr Elemente der Kontinuität und Ursächlichkeit, ja der Verantwortlichkeit und Schuld? Oder stellte der Nationalsozialismus die absolute Diskontinuität dar, die Verneinung aller rechtsstaatlichen und humanen Traditionen eines dem eigenen Anspruch nach abendländisch-christlichen Kulturstaates? Wie konnte es zu einer solch verbrecherischen Diktatur kommen, wie könnte man sie künftig verhindern? Mußte man das Jahr 1945 als Ende und Endpunkt der deutschen Geschichte ansehen, oder erlaubte diese Katastrophe, die an die letzten Tage der Menschheit gemahnte, einen neuen Aufbruch?

Einstweilen wurde der politische Widerspruch des Jahrhunderts zwischen Demokratie und Diktatur als Resultat des Krieges auf deutschen Boden verlegt, der Riß ging durch die Nation selbst, die europäische Mittellage Deutschlands schien sich in der Zweiteilung einer westlichen und östlichen Orientierung zu lösen; beide Teile beendeten, in feindliche Blöcke einbezogen, alle deutschen „Sonderwege“.

Doch das Schicksal des deutschen Nationalstaats schien den meisten Deutschen 1945 keineswegs endgültig besiegelt zu sein; die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder sträubten sich noch im Sommer 1948 hartnäckig gegen den Weg in die Zweistaatlichkeit. In den beiden letzten Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung, in den siebziger und achtziger Jahren, fand sich hingegen eine Mehrheit der Deutschen und ihrer Meinungsführer mit der Teilung ab, sah sie als unwiderruflich oder gar als wünschbar an. Plötzlich jedoch überrumpelte die sich immer mehr beschleunigende Auflösung kommunistischer Diktaturen und des sowjetischen Herrschaftsbereichs die Mehrzahl der Politiker, Journalisten und Sozialwissenschaftler, die sich allesamt als ebenso schlechte Diagnostiker wie Prognostiker erwiesen hatten. Sogar den „Experten“ muß eine völlige Verkennung der DDR-Realität im besonderen und der Entwicklungspotentiale kommunistischer Diktaturen im allgemeinen attestiert werden.

Die Historiker, die vorschnell die Kategorie der Nation und des Nationalstaats auf den Müllhaufen überlebter Vergangenheit geworfen hatten, wurden eines Besseren belehrt. Nicht wenige derjenigen, die aufgrund ebenso fundamentaler wie zeitweilig fataler Irrtümer eigentlich in Sack und Asche hätten gehen müssen, flüchteten sich nun in die Metapher vom „real existierenden Sozialismus“, der tatsächlich gescheitert sei, während es

aber noch einen „wirklichen“ gebe, der Zukunft beinhalte. Dieses Modell ist nicht neu: Nachdem Stalin als massenmörderischer Diktator entlarvt worden war, wurde Lenin inner- und außerhalb der Sowjetunion als Hoffnung kommunistischer Heilserwartung wiederbelebt, bis er als Begründer des totalitären bolschewistischen Terrorsystems erkannt wurde und ebenfalls vom Sockel stürzte: Aus Leningrad wurde wieder Sankt Petersburg – enthüllt sich so die Dialektik des Fortschritts oder aber die Ironie der Geschichte?

Die intellektuelle Selbstimmunisierung, die darin liegt, der historischen Erfahrung auszuweichen und an Stelle des nicht mehr zu verteidigenden „realen“ einen „idealen“, also wahren Sozialismus zu konstruieren, schafft in der Tat Unangreifbarkeit, weil sie wieder einmal die Welt auf den Gedanken, d. h. auf den Kopf stellt: Es gibt eben Prämissen, die nie für die Praxis, immer aber für die Theorie taugen.

II.

Das Ende der kommunistischen Diktaturen seit 1989/1991 verändert die Perzeption des Jahres 1945, nicht aber den historischen Gehalt selbst, doch ist dieser ohne die sich wandelnde Wahrnehmung nicht gegenwärtig. Vielmehr erlaubt erst die nachträgliche historische Erfahrung, die volle Ambivalenz des 8. Mai 1945 zu erfassen, weil nun weitere Schichten der Wirkungsgeschichte der das 20. Jahrhundert bestimmenden unversöhnlichen Feindschaft beider totalitärer Ideologien – der kommunistischen und der nationalsozialistischen – gegenüber der Demokratie bloßliegen. Die politische Notwendigkeit und Plausibilität des antitotalitären Grundkonsenses aller Demokraten der westlichen Welt in den Nachkriegsjahren – die seit den sechziger Jahren verloren gegangen war – gewinnt nun erst ihre empirisch analysierbare historische Evidenz.

Über einen Vergleich kommunistischer und nationalsozialistischer Diktaturen, über die diesen Regimen gemeinsame totalitäre Herrschaftselemente kann seit 1989/1991 wieder sachlich diskutiert werden, nachdem mehr als zwei Jahrzehnte lang die komparative Analyse totalitärer Herrschaft als Produkt des Kalten Krieges von der Mehrzahl der Historiker und Politikwissenschaftler verworfen worden war. Stalin, der 1924/1926 an die Macht gekommen war, und Hitler, der 1933 die Diktatur durchsetzte, werden im Hinblick auf terroristische Herrschaftstechnik, Skrupellosigkeit, Ausmaß und

Grauenhaftigkeit ihrer Verbrechen, schließlich ihr durch ideologischen Fanatismus aufgeladenes Hegemoniestreben als die beiden vergleichbaren Pole personifizierter Inhumanität des 20. Jahrhunderts erkannt, zwischen denen zeitweilig die demokratischen Rechtsstaaten Mittel- und Osteuropas zerrieben wurden.

Die Tatsache, daß beide Diktaturen gegensätzliche bzw. einander feindselig gegenüberstehende Ideologien verfochten, verdeckt nicht mehr länger ihre Gemeinsamkeiten und ihre historische Bezüglichkeit. Diese Erkenntnis bedeutet jedoch weder Relativierung im ethischen Sinn noch Apologie der einen durch die andere Diktatur. Vielmehr handelt es sich hierbei um zwei unterschiedliche Argumentationsebenen: Die komparative, auf die wechselseitige Ursächlichkeit und die Entstehungsbedingungen rekurrierende Interpretation verfährt geschichtswissenschaftlich, sie „historisiert“ ihren Gegenstand. Diejenige Richtung, die sich gegen eine komparative Historisierung wendet, fürchtet aus gegenwartsbezogenen, politisch-moralischen Gründen einen solch historisierenden Vergleich, hält ihn sogar in gewissem Sinne für „volkspädagogisch“ gefährlich. Historisches „Verstehen“ (was nicht Entschuldigen bedeutet), Einordnen und Analysieren der nationalsozialistischen Diktatur ist ihre Sache nicht; sie hält demgegenüber ihre permanente Beschwörung für notwendig, um jede moralisch verwerfliche und politisch problematische „Verdrängung“ der Vergangenheit aus dem Bewußtsein der Deutschen zu verhindern.

Verdrängung steht naturgemäß im Gegensatz zu jeglicher geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – insofern besteht in dieser Frage gar kein Gegensatz, so verständnislos sich auch sonst beide Richtungen gegenüberstehen mögen. Nur gilt die wissenschaftliche Analyse zunächst prinzipiell ihrem (historischen) Gegenstand, nicht ihrer aktuellen, appellativen Verwertung: Der „Nutzen“ der Wissenschaft ist stets indirekt, die Absicht direkter Verwertung verfälscht nahezu immer die wissenschaftliche Erkenntnis, wie ihre Indienstnahme für gesellschaftspolitische Zwecke in Diktaturen beweist. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Wissenschaft und Kunst hat hierin ihren Grund und sollte nicht durch einen wie auch immer gearteten Druck der „öffentlichen Meinung“ unterlaufen werden. Innovative Fragestellungen und durch Zuwachs an zeitgeschichtlicher Erfahrung sich vollziehende Erkenntnisschübe würden so behindert; wissenschaftliches Fragen kann sich nicht an der Popularität ausrichten, nicht an der Bequemlichkeit gesellschaftlicher Akzeptanz.

III.

Das Jahr 1945 brachte keineswegs eine endgültige Entscheidung, sondern nur einen Teilsieg der Demokratien mit einer der totalitären Ideologien über die andere; es brachte auch die sich bald als illusionär erweisende Tendenz zur Koexistenz, ja zu einer neuen Form der Appeasementpolitik, bis solche Träume im Kalten Krieg erfroren. Erst das Jahr 1989 leitete die Endphase dieser grundlegenden Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts ein. Doch anders als 1939 bis 1945, anders auch, als es die mehr als zwei Jahrzehnte der ideologischen Konfrontation nahelegen könnten, handelte es sich letztlich nicht mehr um einen Kampf. Vielmehr gingen die kommunistischen Regime – trotz aller materiellen Hilfen, die sie im Interesse der dort lebenden Menschen von den westlichen Industriestaaten erhalten hatten – an ihrer mangelnden ökonomischen Leistungsfähigkeit, an ihrem inneren Widerspruch zwischen postulierter Humanität und realisierter Inhumanität sowie an Alterschwäche zugrunde. Ökonomische Überlegenheit der westlichen Industriestaaten, Festigkeit der NATO in der Nachrüstung, zunehmende Delegitimierung menschenrechtsverachtender Regime durch die KSZE, wachsende Opposition im Inneren, die beispielsweise in den Kirchen Halt fand, wiederauflebende nationale Bewegungen gegen den sowjetischen Spätimperialismus – dies alles waren zweifellos Faktoren, die gemeinsam mit der ständig enttäuschten Reformervartung zur Destabilisierung kommunistischer Herrschaft beitrugen.

Die Niederlage des Kommunismus machte im übrigen auch die Bewegung des Jahres 1968, sofern sie marxistisch war, endgültig zur Vergangenheit, da sie nun zum bekämpften, vermeintlich bloß „formaldemokratischen“ und „spätkapitalistischen“ System keine Alternative mehr darstellte: In Kuba verwelkt derzeit der letzte spätmарxistische Blümentraum, in China ist er längst entzaubert, in Korea – einst wesentlicher Anstoß zur Verstärkung der westlichen Verteidigungsbereitschaft – läßt sich der kommunistische Personenkult offenbar immer schwerer vererben und muß paradoxerweise im Verborgenen zelebriert werden.

Dieser rasante historische Wandel, der in deutlichem Kontrast steht zur scheinbaren Stabilität und jahrzehntelangen Stagnation der bipolaren Welt, wie sie sich 1945 herausgebildet hatte, bringt zwangsläufig einen Zuwachs an historischer Erfahrung, der die Wirkungsgeschichte des 8. Mai 1945

sehr viel komplexer erscheinen läßt als bis zum Jahre 1989. Hieraus ergeben sich – jenseits der für den Historiker normalen Auswertung bis dahin nicht genutzter oder unbekannter Quellenbestände, die beispielsweise in bezug auf die Geschichte der DDR und der sowjetischen Deutschlandpolitik erst in den Anfängen steht – neue Fragen und neue Beurteilungsmaßstäbe. Die Wahrheit von Goethes Diktum, jede Generation schreibe ihre Geschichte neu, erweist sich heute einmal mehr.

Dies heißt nicht zwangsläufig, daß frühere Interpretationen allesamt falsch seien; oftmals erweisen sie sich im Lichte späterer historischer Erfahrung lediglich als einseitig oder nur partiell zutreffend – unterliegt doch auch gegenwärtiges Urteilen und Deuten spezifischen Grenzen: Der gegenwärtige historische Augenblick erschließt und verschließt zugleich den vergangenen; erst die Vielfalt der sich überlagernden Zeitschichten eröffnet das volle Bedeutungsspektrum vergangener Augenblicke, Situationen und Konstellationen. Man kennt eine Geschichte nur, wenn man ihr Ende kennt: Geschichten haben ein Ende, Geschichte nicht.

IV.

Zu solch prinzipiellen methodischen Problemen historischer Urteilsfähigkeit gesellen sich weitere. Da sind zum einen die nationalen Differenzen historischen Erinnerns, zum anderen aber die national differierenden Möglichkeiten historischer Erforschung. Wenngleich der 8. Mai 1945 für die meisten europäischen Staaten das Symbol der Befreiung von der nationalsozialistischen Barbarei und Unterjochung darstellt, so sind doch selbst in diesem europäischen Maßstab außerordentliche Unterschiede zu beobachten.

Tatsächlich brachte die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./9. Mai 1945 zwar Europa das definitive Kriegsende, nicht aber Asien; Japan kapitulierte erst am 2. September 1945. Und auch innerhalb Europas wurde der Krieg in Etappen beendet. So ist für Frankreich der 25. August 1944 der Tag der Befreiung, als General Charles de Gaulle an der Spitze französischer Truppen in Paris einrückte, nachdem sich der deutsche Stadtkommandant General Dietrich von Choltitz geweigert hatte, Hitlers wahnwitzigen Befehl zur Zerstörung von Paris auszuführen. Die anglo-amerikanische Offensive hatte seit dem 6. Juni in der Normandie bzw. in Südfrankreich die deut-

schen Truppen in die Knie gezwungen. In Italien kapitulierte die deutsche Besatzung am 2. Mai 1945, nachdem die 8. britische Armee Triest eingenommen hatte. Für andere Teile Europas, insbesondere Osteuropas, endete die deutsche Besatzungsherrschaft noch wesentlich früher, wurde hier aber in der Regel durch eine sowjetische ersetzt: Befreiung von der „großdeutschen“ Herrschaft bedeutete also keineswegs für alle Nationen Freiheit.

Und ebenso verhielt es sich für die 14 Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat, insbesondere aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches oder anderen mittel- bzw. osteuropäischen Staaten vertrieben wurden: „umgesiedelt“, wie einer der Termini aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ des 20. Jahrhunderts lautet. Mehr als zwei Millionen von ihnen verloren dabei ihr Leben, fast alle Heimat, Hab und Gut. Zwangsumsiedlung und Vertreibung bedeuteten einen Verstoß gegen das Völkerrecht, der nur deshalb nicht neue Konflikte provozierte, weil die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft überraschend schnell gelang. Dieser Prozeß stellt angesichts der Masse der Flüchtlinge in einem kriegszerstörten Land eine der großen Friedensleistungen unseres Jahrhunderts dar – eines Jahrhunderts erzwungener Völkerwanderungen, die mit der Flucht aus dem bolschewistischen Rußland seit 1917 auf einen ersten Höhepunkt gelangten.

Die 17 Millionen Deutschen der sowjetischen Besatzungszone wurden ebensowenig befreit, sondern von der Roten Armee erobert und einer erneuten und anderen, jedoch ebenfalls totalitären Herrschaft unterworfen, deren humanitäre Deklamationen nichts an der inhumanen Realität änderten. Die Weiterverwendung des bis dahin nationalsozialistischen Konzentrationslagers Buchenwald als kommunistisches bzw. sowjetisches Konzentrationslager ist für diesen Machtwechsel zweier totalitärer Regime ein schauriges Symbol – und nicht das einzige.

Wie kann man angesichts solcher Vorgänge guten Gewissens allein von „Befreiung“ sprechen?

Und wiederum gab es eine Analogie bei der Etablierung der Diktatur: Wenngleich die NS-Herrschaft eine autochthone und die der SED eine abgeleitete, aus der sowjetischen Besatzungsherrschaft hervorgehende war, so hatten doch beide Diktaturen ihren Massenanhang, es gab also nicht allein Opfer, sondern wiederum auch Täter und Mitläufer. Seit 1989 stellte sich – wie nach 1945 – die Frage, was mit ihnen zu geschehen habe. Natürlich ist es kein Zufall, daß diese erneute zeit-

geschichtliche Erfahrung mit der personellen Hinterlassenschaft einer Diktatur abermals die Frage provozierte, ob der Umgang mit dieser Erbschaft nach dem Zweiten Weltkrieg angemessen war oder nicht. Gerade dieses Beispiel beweist ein weiteres Mal, in welchem Maße spätere Erfahrung die historische Urteilsbildung beeinflußt bzw. verändert.

So sehr die Argumente gegen die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „Befreiung“ betont werden müssen, weil sie in der veröffentlichten Meinung kaum repräsentiert sind, so deutlich muß andererseits gesagt werden, in welchem Sinn der 8. Mai 1945 tatsächlich auch ein Symbol der Befreiung darstellt und darstellen muß. Für die Bewohner der drei westlichen Besatzungszonen und des Westteils von Berlin bedeutete das Kriegsende zwar ebenfalls Besatzungsherrschaft und insofern nicht im strengen Sinne Befreiung, aber doch den entscheidenden Schritt in diese Richtung.

Die Erfahrung dieses nun beginnenden schrittweisen, sich über einige Jahre erstreckenden Befreiungsprozesses bewirkte zwar bei den wenigsten unmittelbar ein Gefühl der Freiheit, doch war andererseits wohl den meisten Deutschen klar, wie sehr sich die westliche von der sowjetischen Besatzungsherrschaft unterscheiden würde. Die millionenfache Flucht nach Westen vor der herannahenden Roten Armee hatte genau dieses Motiv und zeigte zugleich, daß sich die Deutschen von den westlichen Demokratien mehr versprochen, sie also das Unterscheidungsvermögen nicht gänzlich verloren hatten. Faßt man also die Beseitigung der NS-Diktatur, die Wiederherstellung der Menschenrechte und das schrittweise Zugeständnis der Bürgerrechte mit der zunehmenden Selbstbestimmung der Westdeutschen in den Besatzungsjahren zusammen, so ist der Begriff „Befreiung“ für Westdeutschland durchaus angemessen.

Befreit wurden vor allem die Überlebenden des grauenhaften nationalsozialistischen Terrorsystems in den Vernichtungslagern der von Deutschen besetzten Länder Osteuropas, allen voran die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Sowjetarmee, wenngleich noch viele der restlichen, ungefähr 5000 nicht evakuierten Insassen an Entkräftung und Krankheiten unmittelbar nachher starben und die Befreiung des Lagers den einzelnen oft in neue Schwierigkeiten stürzte, wie Primo Levi erschütternd dargestellt hat. Befreit wurden ebenfalls die überlebenden Insassen der in Deutschland befindlichen Konzentrationslager wie Bergen-Belsen und Dachau, um nur diese zu nennen; befreit wurden

schließlich andere Opfer nationalsozialistischer Willkür oder Unterdrückung.

Und nicht zuletzt wurden zahlreiche Deutsche, die nun erst das Ausmaß der Verbrechen erfuhren oder begriffen, von Verblendung und Blindheit befreit und manche auch von Fanatismus. Aus der Schuld und Verantwortung, aus der Verstrickung in die eigene Geschichte konnte man sich freilich nicht befreien. Zu „bewältigen“ ist eine solche Vergangenheit, vor allem der Mord an mehr als sechs Millionen Juden, nicht. Bis heute hat niemand erklärt, was mit diesem ebenso vagen wie sinnlosen Begriff eigentlich gemeint sein soll.

Und nicht zu vergessen: Befreit wurden alle Völker und Staaten, denen nach dem Ende der nationalsozialistischen Okkupation eine rechtsstaatliche und demokratische Verfassung und Regierungsform gegeben wurde. Auch dies bedeutete aber zugleich, daß die Freiheit 1945 nur für einen Teil der Nationen kam; für einen anderen, den mittel- und osteuropäischen, kam sie erst seit 1989.

Für eine historische Betrachtung sind solche Schlußfolgerungen eher selbstverständlich – fragt sie doch stets nach einzelnen Nationen, nach einzelnen sozialen Gruppen, nach einzelnen Personen. Aus solch spezifizierter und individualisierter Analyse ergeben sich zwangsläufig weitere Differenzierungen.

V.

Der internationale Vergleich zeigt auch, daß die Erfahrungen seit 1989 bereits wieder die Fragwürdigkeit vieler Urteile erwiesen haben, die unmittelbar nach der Öffnung der Berliner Mauer, der Befreiung ost- und mitteleuropäischer Staaten sowie dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion erfolgten. Dabei demonstrierte der Zerfall des Sowjetimperiums, daß dieses tatsächlich nur durch eine habituell oder notfalls zur terroristischen Unterdrückung greifende Diktatur zusammengehalten werden konnte. Für viele überraschend, aber nach der Entwicklung der achtziger Jahre zu erwarten, lebten nahezu alle Nationalitätenkonflikte und Minoritätenprobleme der vorbolschewistischen Herrschaft mit unverminderter Schärfe wieder auf.

Erschienen der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion zunächst noch als Sieg der Demokratie über die Diktatur, so wurde bald offenbar, daß

die Jahre 1989 bzw. 1991 nicht einfach die zweite Etappe eines Sieges bedeuteten, dessen erste Etappe 1945 die Niederwerfung des NS-Regimes gewesen war. Schuf der Kalte Krieg zwischen West und Ost ein scheinbar stagnierendes Gleichgewicht des Schreckens und damit eine duale Ordnung des internationalen Systems, dem die innere politische Ordnung der Staaten entsprach, so hinterließ die Sowjetunion bis heute ein Machtvakuum, dessen Konsequenzen bisher alles andere als klar sind.

Ebensowenig ist der innenpolitische Weg der meisten Völker und Staaten erkennbar, die sich aus sowjetischer Umklammerung befreien konnten. Gingen die Nationalbewegungen seit dem 19. Jahrhundert in der Regel eine Symbiose aus nationaler Emanzipation, zunehmender Konstitutionalisierung, Parlamentarisierung und schließlich Demokratisierung mit den modernen Staatsbildungsprozessen ein, so ist diese Verbindung nur in einem Teil der ehemaligen Ostblockstaaten evident, nur ausnahmsweise in den Staaten der GUS. Die nationale Emanzipation aus sowjetischer Hegemonie brachte keineswegs auch eine Gleichberechtigung der Minoritäten, die in fast allen dieser Staaten leben, und stellt insofern auch keine konsequente Demokratisierung dar, an der es den meisten dieser staatlichen Neubildungen ohnehin gebricht. Demgegenüber schreitet die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten außerhalb der GUS sehr viel entschiedener voran, wengleich überraschend oft in den reformsozialistischen Nachfolgeparteien die ehemaligen Kommunisten regieren und diese sich um die Durchsetzung einer marktwirtschaftlichen, also antisozialistischen Wirtschaftsordnung bemühen. Personelle Kontinuität aus der reformerischen Schlußphase einzelner kommunistischer Regime bedeutet also nicht zwangsläufig eine Fortsetzung der politischen Zielsetzung mit anderen Mitteln – Ungarn ist dafür ein positives Beispiel.

In der Staatenwelt der GUS, die nicht allein in Rußland durch eine Verschärfung der Nationalitätenproblematik charakterisiert ist, steht vorerst nicht fest, ob die kleineren, selbständig gewordenen staatlichen Gebilde oder die nach Autonomie strebenden Minoritäten die staatsbildende Kraft überhaupt aufbringen werden, die Voraussetzung einer dauerhaften Konsolidierung ist. Auf der anderen Seite sind alle im 20. Jahrhundert erprobten Modelle, das Nationalitätenproblem zu lösen, gescheitert: Dies gilt für das Modell des autokratischen Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn ebenso wie für die Versailler Ordnung seit 1919, für die sowjetische Unterdrückung ebenso wie für die nationalsozialistische.

Die innen-, außen- und militärpolitische Destabilisierung im ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich läßt also bis heute keine sichere Prognose zu; sie bleibt in jedem Falle äußerst brisant und ist folglich allein durch die Stabilität des westlichen, von den USA geführten Militärbündnisses einer Wertegemeinschaft demokratischer Rechtsstaaten zu kompensieren. Diese Konsequenz des Jahres 1945 war vor 1989 in keiner Weise erkennbar, weil jegliche Außen- und Militärpolitik von der bipolaren Struktur der internationalen Ordnung ausgehen mußte. Der seit 1945 sich abzeichnende weltpolitische Bedeutungsverlust Europas und seiner ehemaligen Großmächte, der mit allmählicher Dekolonialisierung einherging, gelangte seit 1989 an sein vorläufiges Ende, weil nur noch eine der 1945 übriggebliebenen Weltmächte existiert.

VI.

Eine Folge der sich seit 1945 herausbildenden Zweiteilung der Welt liegt in den komplexen Divergenzen, die auch nach 1989/1991 fortbestehen und die nicht allein in der ökonomischen Leistungsfähigkeit erkennbar werden. In West und Ost hat sich der Stellenwert nationalen Selbstverständnisses fundamental geändert: Die nationalsozialistische Herrschaft hat jeglichen Nationalismus in Deutschland diskreditiert, aber auch in anderen Staaten zu der Einsicht geführt, daß eine dauerhafte europäische Friedensordnung nur aufgrund supranationaler Lösungen und immer engerer zwischenstaatlicher Kooperation möglich ist. Seit den Montanverträgen und den Römischen Verträgen von 1957 ist die Integration Westeuropas immer weiter fortgeschritten; die Verflechtungen zwischen den EU-Staaten sind heute derart, daß ihre Auflösung ausgeschlossen ist. Zugleich schlug die erzwungene Zusammenarbeit unter sowjetischer Hegemonie im Osten seit dem Ende der Sowjetunion in ihr Gegenteil um. Der Internationalisierung und Integration des Westens steht zunächst eine Nationalisierung und Desintegration des Ostens gegenüber. Die historische Entwicklung würde in einem völlig gegenläufigen Rhythmus verlaufen, wenn sich nicht die ehemaligen Staaten des Ostblocks immer stärker an die EU und die NATO anlehnten. Zugleich bewirkt dies insofern eine Zweiteilung Osteuropas, als sich die Desintegration innerhalb der GUS verstärkt. Die Zweiteilung der europäischen Staatenwelt während des Kalten Krieges ist also einer Dreiteilung seit 1989/1991 gewichen.

VII.

Am Ende des 20. Jahrhunderts erscheint die internationale Konstellation also unübersichtlicher und weit offener als 1945. Dieses Jahr symbolisiert seit 1989 nicht mehr Ende und Anfang allein, sondern es ist kaum weniger Zwischenstation für die globale Neuordnung. Gruben sich im Ersten Weltkrieg der klassische europäische Imperialismus und Nationalismus selbst das Grab, so trat mit dem weltrevolutionären Anspruch der bolschewistischen Revolution und der faschistischen Machtergreifung in Italien 1922 der Kampf zwischen bürgerlichem Rechtsstaat und liberaler Demokratie auf der einen und diktatorisch-totalitären Ideologien auf der anderen Seite in die Geschichte des 20. Jahrhunderts ein. Die nationalsozialistische Revolution verschärfte seit 1933 für einen immer größeren Teil Europas diese Auseinandersetzung in vorher nicht geahnter Form; der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 schien diese Zweiteilung der Welt in bürgerlich-demokratische Rechtsstaaten und totalitäre Diktaturen zu bestätigen. Gegenüber ihrem terroristischen Imperialismus schien die fundamentale Feindschaft zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Ideologie sekundär zu werden, bis der Angriff des nationalsozialistischen Großdeutschland auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 diese Konstellation wiederum veränderte und Stalin bis 1945 an die Seite der westlichen Demokratien gegen Hitler führte. Über die Widersprüchlichkeit dieses ausschließlich negativ akzentuierten „antifaschistischen“ Bündnisses konnte man sich nur solange täuschen, bis der gemeinsame Feind besiegt war: Dies ist die doppelte Botschaft von 1945, deren volle Tragweite sich erst seit 1989 enthüllt.

Erneut stellt sich die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte. Aus dem Jahr 1989 resultiert langfristig aber ein weiterer Historisierungsschub, der sich zeigen wird, wenn alle Gedenkfeiern des Jahres 1995 vor-

bei sein werden. Und aus dieser weiteren geschichtlichen Perspektive wird auch die Debatte über Kontinuität und Diskontinuität der Jahre 1933 und 1945 wieder aufleben. Dabei wird es eine entscheidende Rolle spielen, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein Staat ist, dessen einer Teil nach der „orientalischen Despotie“ – um einen von Karl Marx verwendeten Begriff aufzunehmen – in eine schon historisch bewährte parlamentarische Demokratie zweifelsfrei westlichen Typs integriert wurde, die durchaus auch auf eigene Traditionen deutscher Geschichte zurückgriff.

Die doppelte Perspektive der Jahre 1945 und 1989/1991 beweist einmal mehr die Dialektik von innerer und äußerer Politik im 20. Jahrhundert, die die Notwendigkeit ihrer historischen Erforschung demonstriert, wenngleich dieser neuerliche „Paradigmenwechsel“ in Politik und Wissenschaft die politische Befindlichkeit der Westdeutschen einstweilen noch stärker trifft als die der Ostdeutschen. Diese Differenz zeigt, daß letztere trotz mancher verwandter Probleme in der Bewältigung der kommunistischen Erbschaft von der Entwicklung Mittel- und Osteuropas weiter entfernt sind, als es nach vierzig Jahren gemeinsamen Schicksals als Teil des Ostblocks scheinen könnte. Doch ist diese Abkoppelung von weltpolitischen Entwicklungen für die Deutschen heute ebensowenig möglich wie 1945 und 1989, gibt es doch noch andere Probleme als ihre eigenen – und diese gesamteuropäischen sind vermutlich gravierender.

Die Paradoxie der heutigen Konstellation liegt darin, daß das Ende auch der zweiten geschichtsmächtigen totalitären Diktatur die transitorische Bedeutung des Jahres 1945 erwiesen hat, doch eine Lösung der Probleme dieses Jahrhunderts im Osten Europas noch immer aussteht, da weder die innere Demokratisierung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, noch die Konsolidierung eines neuen Staatensystems ans Ziel gelangt ist. Auch dieser historische Augenblick birgt Dauer und Aufbruch, Untergang und Übergang.

Das Ende des Bombenkriegs

Ein militärgeschichtlicher Rückblick

In den vielen persönlichen Erinnerungen zum Kriegsende, die in den vergangenen fünfzig Jahren, aber zumal auch in der letzten Zeit veröffentlicht wurden, ist immer wieder ein Eindruck vorherrschend: Für die Bewohner von Städten war das Kriegsende stets gleichbedeutend mit dem Ende des Bombenkriegs. Die Schrecken der Tagesangriffe und Bombennächte, die fortwährende Angst um das Überleben in den Luftschutzkellern hatten endlich aufgehört. Dieser Bombenkrieg war zugleich ein schauriges Symbol der Nemesis einer verbrecherischen Diktatur wie auch dafür, daß mit dem Zweiten Weltkrieg die bisherige Unterscheidung zwischen Front und Heimat, zwischen kämpfender Truppe und „Zivilbevölkerung“ aufgehoben war. Dies galt sowohl für die deutsche wie für die alliierte Kriegführung.

Die Zerstörung der deutschen Städte mit ihren Folgen für den Verlust an kulturgeschichtlicher Substanz wie an historischer Identität scheint erst allmählich stärker ins Bewußtsein zu treten. Die Erinnerungen an die jeweiligen fünfzigsten Jahrestage der Zerstörungen kurz vor dem Kriegsende – wer erinnerte sich bisher oder gedachte etwa des Luftangriffs auf Swinemünde am 12. März 1945 mit 23 000 Toten, hauptsächlich geflüchteten Frauen, Kindern und älteren Menschen? –, diese nur sehr allmähliche Bewußtwerdung einer Katastrophe verweist darauf, daß dieses dunkle Kapitel des Zweiten Weltkriegs bzw. des alliierten Bombenkriegs bis heute eher dem Bereich zwischen Trauma und Tabuisierung zuzuordnen war, denn daß hier – auf welcher Seite auch immer – ein Interesse an objektiver Darstellung der Fakten bestand.

Im folgenden sollen daher die unterschiedlichen strategischen Konzeptionen wie auch die Praxis des Bombenkriegs beschrieben werden; der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung der noch heute anhaltenden Diskussion über das Für und Wider einer Rechtfertigung des Bombenkriegs.

I. Strategische Konzeptionen

1. Großbritannien

Der Bombenkrieg des Zweiten Weltkrieges ist ohne die Erfahrungen des außerordentlich verlustreichen Stellungskrieges 1914–1918 nicht zu verstehen¹. Dieser sollte in Zukunft durch Umfassung der Erdfront – und sinngemäß auch der Seefront – mit Hilfe des Bombers in der dritten Dimension vermieden werden. Man glaubte, so leichter an die Kraftzentren des Gegners herankommen und unter Umgehung des zeitraubenden, blutigen Erdkampfes Kriege kürzer und blutsparender führen zu können. In England gab es eine breite Welle des „never again“ im Rückblick auf die Schrecken des Schützengrabenkrieges in Flandern², und auch Churchills Kriegspolitik und Strategie im Zweiten Weltkrieg beruhte z. T. auf diesen Erfahrungen. In England lösten außerdem die deutschen Zeppelin- und Riesenbomberangriffe der Jahre 1915 bis 1917 einen Schock aus, der stärker war als umgekehrt die deutsche Reaktion auf alliierte Bombenangriffe, denn das Ende der „splendid isolation“ war nun sichtbar.

Der in England weilende südafrikanische General und Staatsmann Jan Smuts entwarf schon 1917 im Auftrage der britischen Regierung eine offensive Luftkriegsdoktrin und wies darauf hin, daß „der Tag nicht fern sei, wenn Luftoperationen mit ihren Verwüstungen im Feindesland und den im gewaltigen Maßstab betriebenen Zerstörungen industrieller und Bevölkerungszentren zu Hauptkriegsoperationen werden, denen gegenüber die älteren Formen des Land- und Seekrieges zurücktreten

1 Vgl. Malcolm Smith, *A Matter of Faith. British Strategic Air Doctrine Before 1939*, in: *Journal of Contemporary History*, 15 (1980), S. 432; Horst Boog (Hrsg.), *Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich* (= Vorträge zur Militärgeschichte, Bd. 12, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Herford-Bonn 1993.

2 Vgl. Lee Kennett, *A History of Strategic Bombing*, New York 1982, S. 8; John Terraine, *The Right of the Line. The Royal Air Force in the European War*, London 1985, S. 62 ff., 73 f., 144.

„dürften“³. Nachhaltig geprägt wurde die britische Luftkriegsdoktrin vom Stabschef der 1918 gegründeten Royal Air Force, Trenchard. In ihrem Mittelpunkt stand der Bomber, der dem Gegner zuerst und möglichst in einem „knock-out blow“ zufügen sollte, was er sonst umgekehrt einem selber zufügen würde. Bei der militärischen ‚Befriedung‘ der Kolonien und Mandatsgebiete in den zwanziger und dreißiger Jahren, dem sogenannten ‚air policing‘ gegen einen „semi-civilised enemy“⁴, hatte er sich als effektiver erwiesen als Bodentruppen. Der Bomber war im Kriegsfall das einzige Mittel, um direkt gegen einen Kontinentalgegner zurückzuschlagen. Die Bomberoffensive wurde auch als Fortsetzung bzw. als Alternative zu der wegen der U-Boot-Gefahr zu kostspielig gewordenen Seeblockade gesehen, die immer schon unterschiedslos gegen Kombattanten und Nichtkombattanten gewirkt hatte⁵.

Diese strategische Konzeption des Bombenkriegs als Rettung der Insel und Verhinderung feindlicher Bombenangriffe wurde von einer breiten Öffentlichkeit getragen⁶; dies fand seinen Ausdruck in den Worten des Premierministers Stanley Baldwin von 1932: „Der Bomber kommt immer durch. Die einzige Verteidigung ist der Angriff, und das bedeutet, daß man mehr Frauen und Kinder schneller töten muß als der Feind, um sich selbst zu retten.“⁷

Die britische Strategie bemühte sich daher relativ wenig um die schwierige und nie befriedigend gelöste Differenzierung zwischen zivilen und militärischen Zielen. Für Trenchard war der Rüstungsarbeiter in seinem Häuschen ein ebenso lohnendes Ziel wie die daneben stehende Fabrik. Außerdem sei bei solchen Objekten die Gegenwehr nicht so stark wie bei direkten Angriffen auf die bewaffnete Macht des Gegners. Army und Navy lehnten diese Doktrin 1928 als inhuman ab⁸. Der Herausgeber des Daily Telegraph, Max Hastings, hob – wie schon das Royal Air Force War Manual, Part I: Operations von 1928/40 – in seinem Buch „Bomber Command“ den demoralisierenden Effekt des

Bombenkrieges gegen zivile Ziele in der britischen Luftstrategie als „ulterior purpose“ hervor: „Der Glaube der Royal Air Force an die Wirksamkeit des Bombardements von Industriegebieten beruhte nicht auf einer realistischen Analyse des Anteils ausreichender industrieller Zerstörungen an einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, ... sondern auf der Überzeugung, daß der Durchhaltewille der Industriearbeiter zusammenbrechen würde, wenn Bomben auf ihre Fabriken und Wohnsiedlungen herabregneten. Die Royal Air Force der Vorkriegszeit war auf den strategischen Terrorbombenkrieg ausgerichtet, und dies war der Kern der Trenchard-Doktrin.“⁹

2. USA

Die Luftstreitkräfte der Amerikaner besaßen aus dem Ersten Weltkrieg lediglich geringe Erfahrungen in der Heeresunterstützung. Ein strategisches Konzept hatten sie später mangels mächtiger Feinde in ihrer Hemisphäre nicht nötig. Sie blieben daher Heeresluftstreitkräfte – bis 1947. Erst nachdem Präsident Franklin D. Roosevelt durch das Münchner Abkommen 1938 von der Unausweichlichkeit einer Auseinandersetzung mit Deutschland – und mit Japan – überzeugt war, forcierte er den Bau von Langstreckenbomben. Ähnlich wie die Engländer dachten auch die Amerikaner modern im Sinne der Verzahnung der Funktionen in hochindustrialisierten Gesellschaften und sprachen von der „enemy national structure“, die es zu paralisieren gelte¹⁰. Im Mittelpunkt stand die Ausschaltung der wichtigsten Teile in einem militärisch-industriell-wirtschaftlichen System, nicht aber die Brechung der Moral der Zivilbevölkerung. Diese sollte erst dann Bombenziel werden, wenn ein solches System schon am Zusammenbrechen war¹¹.

3. Deutschland

Die deutsche Reichswehr zog aus der von General Hans von Seeckt veranlaßten Analyse der deutschen Luftkriegserfahrungen im Ersten Weltkrieg den Schluß, daß strategische Bombenangriffe nicht sehr effektiv seien und deutsche Luftstreitkräfte schon wegen der zentraleuropäischen Lage

³ Zit. nach Montgomery Hyde, *British Air Policy Between the Wars 1918–1939*, London 1976, S. 31.

⁴ Royal Air Force War Manual, Part I: Operations, Air Publication 1300, London 1928, Chapter XIII, Ziff. 4ff.

⁵ Vgl. Noble Frankland, *The Bombing Offensive Against Germany. Outlines and Perspectives*, London 1965, S. 21–26; Malcolm Smith, *British Air Strategy Between the Wars*, Oxford 1984, S. 63.

⁶ Vgl. Barry D. Powers, *Strategy Without Slide-Rule. British Air Strategy 1914–1939*, London 1976.

⁷ Zit. nach J. Terraine (Anm. 2), S. 13.

⁸ Vgl. Charles Webster/Noble Frankland, *The Strategic Air Offensive Against Germany 1939–1945*, 4 Bde., London 1961.

⁹ Max Hastings, *Bomber Command*, London 1980², S. 48.

¹⁰ Vgl. Horst Boog, *Der strategische Bombenkrieg. Luftwaffe, Royal Air Force und US Army Air Force im Vergleich bis 1945*, in: *Militärgeschichtliche Beiträge*, Sammelband der Zeitschrift *Militärgeschichte*, 6 (1992).

¹¹ Vgl. Horst Boog u. a., *Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt)*, Stuttgart 1990.

Deutschlands am effektivsten im Zusammenwirken mit dem Heer eingesetzt werden sollten, also eher taktisch-operativ als strategisch¹². Zwar machte sich Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre der Einfluß des italienischen Generals und Luftkriegstheoretikers Giulio Douhet bemerkbar, der der radikalste Verfechter des strategischen Bombenkrieges auch gegen Zivilisten und nationale Kraftzentren war und Kriege allein durch schwere Bomber gewinnen zu können glaubte. Aber die Wehrmachtführung lehnte ein solches Konzept, wie es auch von Robert Knauss in seiner Denkschrift über die Risiko-Luftflotte¹³ vom Mai 1933 vorgeschlagen wurde, ab. Nötig seien vor allem Jäger zur Reichsverteidigung und Heeresunterstützung.

Anfang Mai 1936, noch kurz vor seinem Tode, legte der erste Generalstabschef der Luftwaffe, Walter Wever, den Schwerpunkt der Luftrüstung vom viermotorigen auf den mittleren zweimotorigen Bomber¹⁴. Daß nicht die Jäger, sondern die taktischen Bomber im Mittelpunkt des Aufbaus der Luftwaffe standen, lag an der damals so gesehenen strategischen Notwendigkeit, den Luftkrieg vom allseits luftgefährdeten Reich durch offensives Verlagern der Kriegshandlungen auf gegnerisches Gebiet in Zusammenarbeit mit dem Heer fernzuhalten. Die drei der Luftwaffe in der grundlegenden Druckvorschrift „Luftkriegführung“¹⁵ von 1935/40 zugewiesenen Hauptaufgaben waren 1. die Erringung und Bewahrung der Luftüberlegenheit, 2. darauf folgend die Unterstützung der beiden anderen Wehrmachtteile, vor allem des Heeres, und 3. der strategische Bombenkrieg gegen die feindlichen Kraftquellen. Dieser nahm deshalb den letzten Rang ein, weil er im allgemeinen starke Kräfte zu lange band, ohne daß sich dies umgehend vorteilhaft an der wichtigsten Front, der Landfront, auswirkte.

Sicher auch aus humanitären Gründen, in der Hauptsache aber wohl aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, die zusammen mit den „Kriegsnotwendigkeiten“ in allen Luftstreitkräften Vorrang

12 Vgl. James S. Corum, *The Roots of Blitzkrieg*. Hans von Seeckt and German Military Reform, Kansas City 1992, S. 144–168.

13 Abgedr. in: Bernhard Heimann/Joachim Schunke, *Eine geheime Denkschrift zur Luftkriegskonzeption Hitler-Deutschlands vom Mai 1933*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte*, (1964) 3, S. 78–86.

14 Vgl. Horst Boog, *Die deutsche Luftwaffenführung. 1935–1945. Führungsprobleme – Spitzengliederung – Generalstabsausbildung*, (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 21, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1982, S. 166.

15 Luftwaffendruckvorschrift L. Dv. 16.

hatte, weitete allein die deutsche Luftwaffe das zielgenauere, in Amerika entwickelte Sturzangriffs- oder Punktzielwurfverfahren auf alle Bomber, zum eigenen Nachteil sogar auf die viermotorigen, aus und entwickelte Funknavigationsverfahren zur genauen Zielfindung für die Bomber. Dabei wurde die bereits weit fortgeschrittene, im Wesen defensive Radartechnik unaufholbar vernachlässigt. Wie in allen anderen Luftstäben auch, wurden in der deutschen Luftwaffenführung vor dem Kriege Terrorbombardements erwogen, aber vom Generalstab ebenso verworfen¹⁶ wie die Entwicklung flächendeckender Waffen. Man wolle Punktziele militärisch-wirtschaftlicher Art, nicht ganze Städte treffen. In der Vorschrift „Luftkriegführung“ (L. Dv. 16) hieß es sicher nicht im Sinne der NS-Ideologen und Theoretiker des totalen Krieges: „Die feindliche Wehrmacht niederzurichten ist . . . vornehmstes Ziel im Kriege.“

II. Praxis des Bombenkriegs

Je länger der Krieg dauerte, je erbitterter er wurde und je mehr er den Charakter einer ideologischen Auseinandersetzung annahm, desto tiefer sank bei den kriegführenden Hauptluftmächten früher oder später und aus den verschiedensten Gründen die Schwelle zur Inhumanität, bis sich alle auf dem untersten gemeinsamen Nenner trafen, dem Terrorbombenkrieg.

1. Großbritannien

Die Engländer stellten in der Luftschlacht über der Deutschen Bucht am 18. Dezember 1939 fest, daß Tagbomber ohne Begleitjäger, die sie nicht für möglich und daher nicht für nötig hielten, wegen zu hoher Verluste ihre Aufgaben nicht erfüllen konnten. Sie verlegten daher ab Frühjahr 1940 ihre Bombenangriffe in die Nacht, worauf sie gar nicht vorbereitet waren. Noch versuchten sie, nur militärisch-industrielle Ziele anzugreifen, z. B. Treibstoffwerke im Rheinland. Aber die trafen sie meist nicht nennenswert. Noch auch wurden die Bomberbesatzungen angewiesen, ihre Bomben zurückzubringen, falls die Ziele nicht gefunden wurden. Mangels ausreichender Navigations- und Zielverfahren sowie Luftbildkameras wurde man sich der Wirkungslosigkeit der Nachtbombardements erst

16 Vgl. Operative Zielsetzung für die Luftwaffe im Fall eines Krieges gegen England im Jahre 1939, Generalstab 1. Abt. (Chef) Nr. 5894/39 g. Kdos., Chefsache, 22. Mai 1939, Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Sammlung Greffrath, G IV/1.

spät bewußt. Dafür hatte allerdings die bisherige breite Streuung der britischen Bomben Goebbels schon genügend Stoff geliefert, die englischen Bombenangriffe als Terror zu brandmarken, was sie der Intention des Bomber Command nach noch gar nicht sein sollten.

Im Verlauf des Jahres 1941 nahmen dann die britischen Nachtangriffe fortschreitend Terrorcharakter an, bis dies mit der Direktive vom 14. Februar 1942¹⁷ zur Regel wurde, weil man nachts nur ganze Städte, aber keine kleineren Ziele fand oder zu finden glaubte. Luftmarschall Arthur Harris, der als Oberbefehlshaber des Bomber Command zum Exekutor dieses vom Air Staff und den Chiefs of Staff unter Mitwirkung Churchills entworfenen Konzeptes bestellt wurde, war auf Grund seiner früheren Erfahrungen beim „air policing“ im Nahen Osten und in Indien sicher mentalitätsmäßig hierfür prädestiniert, wie auch manche Bomberpiloten¹⁸. Eine Studie über diesen noch nicht erforschten Zusammenhang wäre ein verdienstvolles Unternehmen militärischer Mentalitätsgeschichtsschreibung.

Harris blieb auch noch 1944/45 bei seinen Städtebombardements, obwohl inzwischen genaue Navigations- und Zielverfahren für wirkliche Präzisionsangriffe zur Verfügung standen und sein Vorgesetzter Peter Portal, Stabschef der Royal Air Force, ihn drängte, ausgewählte und militärisch relevante Ziele anzugreifen. Bei seiner Popularität wagte man ihn aber nicht wegen Ungehorsams abzulösen. Der sich versteifende deutsche Widerstand im Westen nach der Invasion, der deutsche V-Waffenbeschuß Englands als bewußte Terrorisierungsmaßnahme, die Überzahl an verfügbaren Bombern und Kriegsmaterialien, deren Transport zum ostasiatischen Kriegsschauplatz angesichts der wieder auflebenden U-Boot-Gefahr zu teuer schien¹⁹, die Hoffnung auf den baldigen deutschen Zusammenbruch, die Aussicht, auch noch Japan niederringen zu müssen, und vielleicht auch die Absicht, die zu Lande weit überlegene Sowjetunion vor einem zu weiten Vordringen nach Westen zu warnen und sie von der Überlegenheit der Westalliierten in der Luft zu überzeugen, erzeugten den Plan „Thunderclap“, d.h. die Absicht, unter großem Donnereschlag und mit Schrecken ein baldiges Kriegsende herbeizuführen. Ausdruck davon sind die haupt-

sächlich gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Vernichtungsangriffe auf Berlin und Dresden im Februar 1945 wie auch diejenigen auf Darmstadt, Freiburg, Pforzheim, Freiburg und viele andere kleinere Städte in den letzten Kriegsmonaten, in denen der britische Terrorbombenkrieg seinen Höhepunkt erreichte²⁰.

2. USA

Die Amerikaner hatten sich aus humanitären und praktischen Gründen lange gegen ein Hereingezogenwerden in die britische Praxis nächtlicher Flächenbombardements auf Städte gestäubt; sie blieben zunächst bei ihren vereinzelt Luftangriffen auf militärisch-industrielle Zielobjekte. Nachdem im Winter 1943/44 Langstreckenbegleitjäger verfügbar wurden und mit ihnen im Frühjahr 1944 die Luftherrschaft über Europa bei Tage errungen wurde, suchten auch sie aus den für die Royal Air Force genannten Gründen und gemäß ihrer eigenen Doktrin dem Krieg in Europa mit allen Mitteln ein schnelles Ende zu bereiten. Die Amerikaner griffen nun gelegentlich mit ihren Bombern auch Städte an und mit ihren Jagdbombern Eisenbahnzüge und Zivilisten. Erst in Ostasien entfaltete sich die ganze Furchtbarkeit der schweren amerikanischen Bomber in den Brandbombenangriffen auf japanische Städte. Allein in Tokio wurden am 10. März 1945 über 80 000 Menschen getötet – eine Zahl, die derjenigen der Atombombenopfer von Hiroshima kaum nachstand²¹.

3. Deutschland

Die Luftwaffe wurde anfangs nur taktisch eingesetzt – wofür sie in erster Linie geschaffen war – und hielt sich strategisch zurück²². Wenn Hitler auch am 4. September 1940 – nachdem Churchill auf Grund versehentlicher einzelner deutscher Bombenabwürfe am 24./25. August auf London Angriffe auf Berlin befohlen hatte – die englischen Städte „auszuradieren“ ankündigte, so verbot er zehn Tage später dem Generalstabschef der Luftwaffe, Terrorangriffe zu führen²³. Gleiches tat er noch einmal in seiner Weisung Nr. 23 vom

20 Vgl. Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 3, S. 98–103; J. Terraine (Anm. 2), S. 671–681.

21 Vgl. Michael S. Sherry, *The Rise of American Air Power. The Creation of Armageddon*, New Haven–London 1987, S. 406, Fußnote 76.

22 Vgl. Jeffrey W. Legro, *Cooperation under Fire: Restraint and Escalation in World War II*, University of Minnesota 1992, S. 157f.

23 Vgl. Franz Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1939–1943*, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 99f., 213.

17 Vgl. Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 4, S. 143ff.

18 Vgl. Henry Probert, *High Commanders of the Royal Air Force*, London 1991, S. 27–30, 112ff.

19 Vgl. Schreiben Gunnar Sundén vom 6. 12. 1994 an die DAMALS-Redaktion, Stuttgart. Sundén war schwedischer Unterhändler für Waffen- und Kugellagerverkäufe in England und Deutschland in den letzten Kriegsjahren.

6. Februar 1941, in der es hieß, von „planmäßigen Terrorangriffen auf Wohnviertel“ sei „kein kriegsentscheidender Erfolg zu erwarten“²⁴. Solange es rüstungswirtschaftlich oder militärisch relevante Ziele gebe, solle man diese angreifen. Noch Mitte März 1942 sagte er einen ursprünglich befohlenen Vergeltungsangriff auf London wieder ab – nicht aus Humanität, sondern weil er „einen Angriff auf deutsche Städte ... nicht provozieren“ wollte, solange „keine vernichtenden Schläge im Westen“ geführt werden konnten²⁵. Die Luftwaffe war ja 1941 und 1942 größtenteils in Rußland und Nordafrika gebunden.

Die relative Zurückhaltung der deutschen Luftwaffe und ihr Bemühen, in der Luftoffensive gegen England 1940/41 vornehmlich militärisch-rüstungswirtschaftlich relevante Ziele zu treffen, wurden nach dem Kriege – im Gegensatz sowohl zu aller anderslautenden Kriegspropaganda wie auch der deutschen veröffentlichten Meinung – sogar von der amtlichen britischen Militärgeschichtsschreibung bestätigt²⁶. Sir Basil Collier, der Verfasser des offiziellen Werkes über die Luftverteidigung Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg, schrieb: „Obwohl in dem von der Luftwaffe Anfang September 1940 gefaßten Plan auch Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in größeren Städten erwähnt sind, weisen eingehende Unterlagen, die über diese Angriffe im Herbst und Winter 1940/41 angefertigt wurden, nicht darauf hin, daß ein unterschiedsloser Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung beabsichtigt war. Zielpunkte waren meist Fabriken und Hafenanlagen.“ Ähnlich urteilte der Chef der amerikanischen Heeresluftstreitkräfte, General Henry A. Arnold²⁷.

Wurden Wohngebiete bombardiert, so war dies nicht nur die Folge der Ungenauigkeit des Bombenwurfs, sondern auch der Tatsache, daß die Luftwaffe damals einige ihrer Bombenangriffe als Repressalien-, also als bewußte Terrorangriffe deklariert hatte, um die Engländer von der Bombardierung deutscher Städte abzubringen. Mit der britischen Regierungserklärung vom 18. April 1941²⁸,

daß man selber keine Repressalienangriffe führe, sondern deutsche Städte auch dann angreifen werde, wenn die Luftwaffe dies umgekehrt nicht mehr tue, hatte allerdings das Instrument der Repressalie seine Wirksamkeit und seinen Sinn verloren.

Erst nach den vernichtenden britischen Brandangriffen auf die historischen Innenstädte von Lübeck und Rostock Ende März und April 1942 befahl Hitler gegen die Einwände des Generalstabschefs der Luftwaffe²⁹, nun auch der Intention nach und als Regel Terrorangriffe gegen englische Städte zu führen, insbesondere gegen kulturträchtige kleine und nicht verteidigte Landstädte wie York, Bath usw. Dies waren die deshalb nach dem Baedeker-Reiseführer benannten Angriffe, die im Frühjahr und Sommer 1942 einige Monate lang ohne Erfolg mit schwachen und immer geringer werdenden Kräften geführt wurden und bald eingestellt werden mußten, weil die deutsche Bomberwaffe im Mittelmeer und an der Ostfront dringender benötigt wurde. 1944/45 lebte der unterschiedslose Luftkrieg mit dem V-Waffenbeschuß Londons und anderer Städte wieder auf, nachdem Hitler seit Beginn der alliierten Combined Bomber Offensive im März 1943 immer wieder darauf gedrängt hatte, Terror durch Gegenterror zu vergelten³⁰. Er besaß allerdings nicht mehr genügend Mittel und Kräfte, um seine Drohungen auch nur annäherungsweise zu verwirklichen.

Dieser tatsächliche Ablauf des von deutscher Seite geführten Luftkrieges gegen England ist dort naturgemäß besser bekannt als in Deutschland heute, wo ein objektiver Zugang zu diesem Geschehen immer noch durch die Begriffe Guernica, Warschau, Rotterdam und Coventry³¹ – die in Schulbüchern und in der öffentlichen Meinung als bewußte Terrorangriffe perpetuiert werden – überlagert ist und damit auch blockiert wird. Der Luftwaffe haftete seit Guernica das Odium einer Terrorluftwaffe an, das nicht nur von der gegnerischen Propaganda, sondern auch von der Goebbels-Propaganda verstärkt wurde, die sie – entgegen den Tatsachen,

24 Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt 1962, S. 118ff.

25 Reichsmarschall-Besprechungsnotiz Nr. 58/42 g. Kdos., 21. 3. 1942, Bundesarchiv Militärarchiv (BA-MA) RL 3/60, Bl. 5181.

26 Vgl. Basil Collier, *The Defence of the United Kingdom*, (History of the Second World War, United Kingdom Military Series, ed. by J. R. M. Butler), London 1957, S. 261.

27 Vgl. Henry H. Arnold, *Global Mission*, New York 1949, S. 227f.

28 Vgl. War Cabinet Defence Committee Meeting, 18. 4. 1941, D. O. (41) 17th meeting, PRO, CAB 120/300.

29 Vgl. B. Collier (Anm. 26), S. 512; Wehrmachtführungsstab/Op(L), 1. Skl. op Nr. 772/42 g. Kdos. Chfs. vom 14. 4. 1942 an Oberbefehlshaber der Luftwaffe/Führungsstab Ia, BA-MA RM 7/171, S. 78; Besprechung bei Generaloberst Jeschonnek, 1. 5. 1943, BA-MA RM 7/260, S. 176ff.

30 Vgl. Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 10), S. 294ff. (Mittagslage, 25. 7. 1943).

31 Näheres über diese Luftangriffe in einem Aufsatz des Verfassers, der im Juni-Heft 1995 der „Militärgeschichte“, Beilage zur „Europäischen Wehrkunde“, veröffentlicht wird.

wie der englische Historiker Geoffrey Best bemerkte³² – als erbarmungslose Vollstreckerin der Hitlerschen Gewaltpolitik hinstellten³³.

III. Wer begann den Bombenkrieg?

Eine weitere, häufig gestellte Frage zur Bombardierungspraxis der Luftmächte ist die nach dem Beginn des Bombenkrieges, mit anderen Worten: Wer hat zuerst damit begonnen? Der Verfasser hält diese Frage historisch für ziemlich irrelevant, wenn auch nicht im juristischen Sinne. Alle Luftmächte waren sich der Ungenauigkeit des Bombenwurfs mehr oder weniger bewußt, gingen aber trotzdem mit übertriebenen Hoffnungen an die Vorbereitung der verschiedenen Möglichkeiten des Bombenkrieges heran. Natürlich wollte sich keine Kriegspartei mit dem Odium belasten, als erste damit begonnen zu haben. Was der Stabschef der Royal Air Force, Cyril L. Newall, schon 1938 schrieb – „wir sollten nicht die ersten sein, die die Handschuhe ausziehen“³⁴ – galt sicher auch für die Luftwaffe. Bei dieser Zurückhaltung hatte das eigene „image“ in der Welt und die Furcht vor Vergeltung sicher einen höheren Stellenwert als die Humanität.

Es hat sich nun – und damit soll die Frage wenigstens zur Klarstellung der Fakten beantwortet werden – „eingebürgert“, der deutschen Luftwaffe den Beginn des strategischen Bombenkrieges zuzuschreiben, worauf dann die Engländer mit gleichen Mitteln reagiert hätten. Diese Behauptung ist falsch. Sie konnte offenbar entstehen, weil die britischen Angriffe zunächst schwächer waren als die deutschen. Um bei der Chronologie zu bleiben: Churchill schlug bei seinem Amtsantritt als Premierminister am 10. Mai 1940 eine schärfere Gangart ein und ließ ab dem 11. Mai, einen Tag nach Beginn der deutschen Westoffensive, Ziele in Deutschland zur Unterbrechung des Nachschubs für die Westfront bombardieren. Dies waren noch taktisch-operative Angriffe zur Unterstützung der zurückgehenden alliierten Bodentruppen. Die britische strategische Bombenoffensive gegen Deutschland wurde am 15. Mai 1940 auf Bitten Frankreichs und Druck Churchills zur Ablenkung der deutschen Luftwaffe von der Westfront eröff-

net und nicht, wie die alliierte Kriegspropaganda es darstellte, wegen der Bombardierung Rotterdams³⁵. Hinsichtlich Rotterdams machte man sich in den Beratungen des britischen Kriegskabinetts nur Gedanken darüber, wie man dort die Treibstoffvorräte noch vor dem deutschen Zugriff vernichten könnte³⁶.

Gegen das englische Mutterland selbst hatten noch keine deutschen Luftangriffe, die diese Bezeichnung verdienen, stattgefunden³⁷. Erst am 13. August 1940 begann die deutsche Luftoffensive gegen England. Diese „Verspätung“ beruhte nicht auf humanitären Hemmungen, sondern darauf, daß man noch in Frankreich kämpfte bzw. die Luftwaffe sich noch von den nicht unerheblichen Verlusten erholen und die Verbände auffrischen und umgruppieren mußte³⁸. Nicht nur der Völkerrechtsexperte im britischen Air Ministry, James Molony Spaight, bestätigte noch im Kriege, daß die Briten Deutschland zuerst bombardiert haben³⁹, sondern auch der amerikanische Historiker Jeffrey W. Legro kommt zu dem Schluß, nicht die deutsche Luftwaffe, sondern die Royal Air Force „was the first to intentionally shirk the boundaries that restricted air warfare“⁴⁰. Ähnlich war es im Ersten Weltkrieg.

IV. Die strategische Bedeutung des Bombenkrieges

Die strategische Unwirksamkeit der deutschen Luftoffensiven gegen England war – gemessen an den damit verbundenen Absichten – schon während des Krieges offensichtlich. Diskutiert wird daher häufiger die Frage nach der Wirksamkeit der alliierten Bomberoffensiven gegen Deutschland. Sie wurde nach dem Kriege, als das Ausmaß der Zerstörungen in den deutschen Städten in der Welt

35 Vgl. N. Frankland (Anm. 5), S. 56; J. Terraine (Anm. 2), S. 143; H. Boog u. a. (Anm. 11), S. 452–457.

36 Vgl. die entsprechenden „minutes“ und „conclusions“ der Besprechungen des War Cabinet, PRO CAB 65.

37 Vgl. Winston G. Ramsey, *The Blitz Then and Now*, Bd. 1, London 1987, S. 48, 67, 79.

38 Chronologisch am übersichtlichsten Theo Weber, *Die Luftschlacht um England*, Wiesbaden 1956; vgl. ferner Adolf Galland, *Die Ersten und die Letzten. Die Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 1953, S. 81–97; Francis K. Mason, *Battle over Britain*, London 1969.

39 Vgl. James M. Spaight, *Bombing Vindicated*, London 1944, S. 68.

40 J. F. Legro (Anm. 22), S. 157f.; vgl. ferner Neville Jones, *The Origins of Strategic Bombing. A Study of the Development of British Air Strategic Thought and Practice up to 1918*, London 1973.

32 Vgl. Geoffrey Best, *Humanity in Warfare*, London 1980, S. 278.

33 Vgl. H. J. A. Wilson, *The Luftwaffe as a Political Instrument*, in: Eugene M. Emme (Hrsg.), *The Impact of Air Power. National Security and World Politics*, Princeton u. a. 1959, S. 63.

34 Am 27. 9. 1938, PRO AIR 8/251.

bekannt wurde, selbst von Mitgliedern des United States Strategic Bombing Survey Teams, das diese Wirkungen in Europa in über 200 Berichten untersuchte⁴¹, und später insbesondere auch unter dem Eindruck des Vietnamkrieges meist negativ beantwortet. Es war der bekannte Ökonom John K. Galbraith, seinerzeit Direktor der Economic Effects Division, der – ausgehend von der Tatsache, daß der durch Bombenangriffe verursachte deutsche Produktionsausfall 1944 nur etwa 17 Prozent erreichte und in den anderen Jahren noch wesentlich niedriger war (die Engländer schätzten den Ausfall der deutschen Rüstungsproduktion im Jahre 1944 auf nur 3,6 Prozent⁴²) – die alliierte Bombenoffensive als „perhaps the greatest miscalculation of the war“⁴³ bezeichnete.

Dies trifft sicherlich zu, wenn man nur die wirtschaftliche Seite des Ganzen beachtet und von der falschen Annahme ausgeht, es habe die gesamte deutsche Rüstungswirtschaft zerstört und der Krieg allein durch Bomber gewonnen werden sollen. Natürlich waren die amerikanischen Tagesangriffe gegen Einzelziele von viel größerer direkter Wirkung als die nächtlichen britischen Städteangriffe. Deren direkte Wirkung bestand in der Zerstörung zahlreicher, auch kulturgeschichtlich bedeutsamer Städte sowie in der Tötung von Hunderttausenden Zivilpersonen. Ihre indirekte Wirkung betraf folgende Bereiche:

Langstreckenbomber hatten einen wichtigen Anteil an der vorläufigen Ausschaltung der deutschen U-Boot-Gefahr im Atlantik Mitte 1943. Dieser alliierte Erfolg erlaubte den Nachschub von Amerika nach England zum Aufbau der Invasionsstreitmacht und zur Steigerung der Luftoffensive gegen Deutschland. Die Angriffe auf die deutschen Jagdflugzeugfabriken in der zweiten Hälfte 1943 reduzierten die Produktion von Jägern beträchtlich. Diese fehlten dann im Frühjahr 1944 zur Bekämpfung der amerikanischen Begleitjäger, die, neu eingesetzt, zu dieser Zeit die alliierte Luftherrschaft bei Tage über Deutschland errangen. Diese machte nicht nur die Invasion zu einem erfolgreichen Unternehmen, sondern ermöglichte auch relativ unbehinderte Angriffe auf die deutsche synthetische Treibstoffindustrie, die 92 Prozent des Flugbenzins produzierte, sowie auf den deutschen

Eisenbahnverkehr, dessen Zusammenbruch 1944/45 das Ende der deutschen Rüstungswirtschaft besiegelte. Für die bis September 1944 noch in steigender Zahl gebauten Jagdflugzeuge gab es kaum mehr Benzin, und die wegen der Luftgefahr verlagerten und weit zerstreuten Industrien konnten ihre Einzelteile nicht mehr zum Zusammenbau transportieren. Dies behinderte u. a. die Fertigung der sektionsweise gebauten neuen Elektro-U-Boote, von denen Hitler die Wiederaufnahme des Atlantikkrieges zur Unterbrechung des alliierten Nachschubs erwartete und damit die Bereitschaft der Alliierten zu Verhandlungen. Indirekte Wirkungen sind u. a. auch in der Schwächung der deutschen Bomberwaffe durch Abzweigung eines Drittels der Ju-88-Produktion für die Nachtjagd, in der Schwächung der deutschen Jagdwaffe um mehrere zehntausend Jagdflugzeuge durch den Bau der wenig wirksamen V-Waffen, mit dem Hitler auf die britischen Städteangriffe reagierte, und im Einsatz von etwa 3,5 Millionen Menschen für Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten usw. zu sehen, die als Arbeitskräfte in der Industrie fehlten.

Wenn auch die Moral des deutschen Volkes durch das unterschiedslose Bombardement nicht gebrochen, sondern zunächst eher gestärkt wurde, so stand dahinter schließlich nicht mehr der Wille zum Sieg, sondern nur noch der zum Überleben. Man kann gewiß festhalten, daß ohne die alliierte Luftherrschaft und ohne die erst dadurch ermöglichte Intensivierung der Bomberoffensive der Krieg sicherlich länger gedauert hätte, mit der Gewißheit einer noch weit höheren Zahl von militärischen, zivilen und Verfolgungsopfern sowie der Wahrscheinlichkeit des ersten Atombombenabwurfs auf Deutschland, denn es galt bei den Alliierten die Strategie des „Germany first“.

Gleichzeitig hat der Bombenkrieg die Illusion widerlegt, er könne Kriege leichter und weniger verlustreich beenden. Er verursachte den Alliierten hohe materielle Kosten, außerdem etwa 160 000 Besatzungs- und 40 000 Flugzeugverluste⁴⁴. 2,7 Millionen „short tons“ an Bomben wurden über Europa abgeworfen, davon über 50 Prozent auf Deutschland – 70 Prozent davon wiederum allein in den letzten zehn Kriegsmonaten. Auf deutscher Seite gingen etwa 57 000 Flugzeuge verloren. Mehr als 400 000 Zivilisten wurden getötet, davon in Hamburg im Juli/August 1943 etwa 42 000, in Dresden 35 000⁴⁵. 800 000 Menschen

41 Siehe hierzu die Einleitung zu Bd. 1 von David McIsaac (Hrsg.), *The United States Strategic Bombing Survey*, 10 Bde., New York-London 1976, und Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 4, S. 40–58.

42 Vgl. Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 4, S. 49, 482f.

43 John Kenneth Galbraith, *A Life in Our Times*. Memoirs, Boston 1981, S. 206, 226.

44 Vgl. D. MacIsaac (Anm. 58), Bd. 1, Report 2, S. 37.

45 Vgl. Götz Bergander, *Dresden im Luftkrieg*. Vorgeschichte, Zerstörung, Folgen, Weimar u. a. 1994², S. 210–231.

wurden verwundet, 7,5 Millionen wurden obdachlos. 485 000 Wohngebäude wurden zerstört, das heißt: 3,6 Millionen Wohneinheiten oder 20 Prozent des deutschen Wohnraumes waren nicht mehr zu benutzen. In etwa 50 Städten, die Hauptangriffsziele waren, betrug der Wohnraumverlust durchschnittlich 40 Prozent, in manchen Fällen bis zu 75 Prozent⁴⁶ und mehr.

Damit wurden die Ziffern, die sich der Stab der Royal Air Force Ende 1942 gesetzt hatte⁴⁷, nicht erreicht. Man wollte mit der für 1944 auf 4 000 bis 6 000 schwere Bomber veranschlagten alliierten Luftstreitmacht insgesamt 25 Millionen Deutsche obdachlos machen, 900 000 Zivilisten töten und eine weitere Million verwunden sowie sechs Millionen Wohnungen zerstören. Jede der als Hauptziele ausgesuchten 58 Städte sollte siebzehn Angriffe von der Stärke des 1 000-Bomber-Angriffs auf Köln am 30./31. Mai 1942 erleiden und damit vollständig vernichtet werden⁴⁸.

V. Zur Diskussion über den Bombenkrieg nach 1945

Zur militärischen wie öffentlichen Diskussion über den Bombenkrieg in den einzelnen Ländern nach dem Kriege fehlt es noch an einer zusammenfassenden Monographie⁴⁹. So läßt sich nur punktuell einiges dazu sagen. In England zweifelten schon im Kriege viele an der Richtigkeit der Erklärungen der Regierung, wonach in Deutschland nur militärische und Rüstungsziele bombardiert würden. Besonders Lord Salisbury und Dr. George Bell, Bischof von Chichester, äußerten ihre Besorgnisse über die Verharmlosung des gegen Deutschland geführten Bombenkrieges durch die britische Regierung. Allerdings überwog in der öffentlichen Meinung entweder das Desinteresse oder aber, zumal seit Beginn der deutschen V-Waffen-Offensive, der Wunsch nach Vergeltung. Was die deutsche Zivilbevölkerung erlitt, war von daher weni-

ger wichtig. Man hatte mit sich selbst zu tun, und Harris war populär.

Erst seit dem schweren Luftangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 und nachdem mit dem Eindringen der alliierten Bodentruppen nach Deutschland das Ausmaß der Zerstörungen in den Städten allgemein bekannt geworden war, schwoll die öffentliche Kritik in England an der britischen Bombenkriegführung so stark an, daß sich sogar Churchill als treibende Kraft hinter diesen Terrorangriffen Ende März 1945 von den Praktiken seines Vertrauten Harris und des Bomber Command distanzierte. Er gab Anweisung, mit dem Bombardement deutscher Städte „simply for the sake of increasing the terror, though under other pretexts“, aufzuhören, weil es sonst keine Unterkünfte für die Besatzungstruppen mehr geben würde⁵⁰. Er ließ Harris fallen und erwähnte ihn nicht einmal in seiner Siegesansprache. Regierung und Nation distanzieren sich angesichts der vom Bomber Command angerichteten Verwüstungen. Harris wurde nicht, wie andere hohe militärische Führer, mit der Pairswürde geehrt. Er wurde lediglich um einen Dienstgrad zum höchsten Rang, dem eines Marshal of the Royal Air Force, befördert. Die Angehörigen seines Bomber Command erhielten nicht einmal eine Erinnerungsmedaille wie diejenigen anderer Verbände. 1953 wurde Harris in den einfachen Baronetsrang erhoben.

Aus der Sicht der Bomberbesatzungen war dies eine schnöde Behandlung – hatten sie doch mit Mut, in Todesangst und unter hohen Verlusten Befehle ausgeführt. Man hatte sie bei den Einweisungen vor ihren Angriffen im allgemeinen im unklaren über die tatsächlichen Absichten gelassen. Laut dem RAF War Manual hatten sich die Besatzungen nicht um den „ulterior purpose“ des Bombardements zu kümmern. Dieser „letzte Zweck“ wurde dort als die „Erzeugung von Furcht durch materiellen Schaden in den Gemütern der Menschen“ bezeichnet, „die in der Nähe der zerstörten Gebiete wohnten oder dort arbeiteten“⁵¹. Die Besatzungen hatten lediglich darauf zu achten, daß sie ihre Bomben genau in die angegebenen Zielpunkte warfen.

Es war nicht nur der verletzte Stolz auf die von ihnen erbrachte und nicht anerkannte militärische Leistung, sondern wohl auch eine Art Rache für das von der Nation erlittene „Unrecht“, was die Bomber-Veteranen im Mai 1992 das Harris-Denk-

46 Vgl. Dokumente deutscher Kriegsschäden (hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), 2. Beiheft, Bonn 1962, S. 492–495; Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 448.

47 Vgl. Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 4, S. 258 ff. 48 Vgl. ebd., S. 264.

49 Es sei hier jedoch auf die internationale Historikertagung in Freiburg 1988 mit Luftkriegs- und Völkerrechtsexperten verwiesen. Die Referate und Kommentare sind in H. Boog (Anm. 1) enthalten. Dasselbe in Englisch: Horst Boog (Ed.), *The Conduct of the Air War in the Second World War. An International Comparison*, Oxford 1992.

50 Zit. bei Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 3, S. 112, 117.

51 Royal Air Force Manual (Anm. 4), Chapter VIII, Ziff. 38.

mal in London aufstellen ließ⁵². Es war keine Zeremonie der britischen Regierung oder Nation, auch wenn sich die Königinmutter als Ehrenpräsidentin der Bomber Command Association ihr nicht glaubte entziehen zu können. Gewiß stand dahinter kein Stolz auf die Zerstörung deutscher Städte und die Vernichtung von Menschenleben, wie der Verfasser in Diskussionen mit Bomber-Veteranen in der Royal Air Force Historical Society⁵³ und bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Bombenkriegs am Royal Air Force Staff College in Bracknell sowie in einer Fernseh-Diskussion über den Bombenkrieg in der BBC in London im Frühjahr 1993 feststellen konnte⁵⁴.

Die meisten Bomber-Veteranen bedauerten, was sie angerichtet hatten; manche schämten sich sogar und sagten, sie würden so etwas nie wieder tun. Weniger Sensible bedauerten das Bombardement von Städten zwar auch, hielten es aber auch in der Rückschau für damals notwendig, um Hitler zu besiegen. Einige beriefen sich zur Rechtfertigung auf den Holocaust. Dies war häufig – aber nicht nur – die Projektion nachträglich erworbenen Wissens auf die Kriegszeit, als das Ausmaß der Judenvernichtung allgemein noch nicht so bekannt war. Die britische Öffentlichkeit nahm die Denkmalsenthüllung mit geteilter Meinung auf, wie ein Blick in die Zeitungen zeigt⁵⁵. Eine nennenswerte öffentliche Diskussion über die Moralität des Bombenkrieges im Zweiten Weltkrieg hat es nach dem Bekanntwerden des Holocaust weder in Amerika, wo man den Bombenkrieg ohnehin nicht am eigenen Leib verspürt hat, noch in England – gerade weil man ihn dort selbst erlitten hatte – gegeben.

Vielleicht traf Noble Frankland, ehemals Generaldirektor des Imperial War Museum in London und einer der beiden Verfasser des amtlichen britischen vierbändigen Werkes über die strategische Bomberoffensive gegen Deutschland⁵⁶, die öffentliche englische Meinung über den Bombenkrieg der Royal Air Force am besten, als er schrieb: „Die Engländer sind kein so friedvolles Volk, wie sie es gerne sein möchten. In die Ecke getrieben und verwundet, wurden sie sehr gefährlich und sprangen... dem scheinbar unüberwindlichen und überlegenen Feind mit Hilfe des Bomber Com-

mand, ihrer einzigen verfügbaren Waffe, an die Kehle.“⁵⁷ Und: „Die große Immoralität, vor der wir 1940 und 1941 standen, war es, den Krieg gegen Hitler-Deutschland zu verlieren. Hätten wir das einzig verfügbare Mittel, direkt zurückzuschlagen, nicht genutzt, wäre das ein großer Schritt in diese Richtung gewesen.“⁵⁸ In anglo-amerikanischen Fachkreisen wurde die Bomberoffensive nach dem Krieg vor allem von liberalen Intellektuellen kritisiert, weil sie, gemessen an den mit ihr verknüpften und vor allem von Harris selbst verbreiteten Erwartungen, als militärisch nicht sehr effektiv eingeschätzt wurde⁵⁹. Dies war auch schon die erwähnte Kritik Galbraiths, und sie kommt überraschenderweise, wenn auch etwas verklausuliert, ebenfalls vor in der vierbändigen Darstellung von Webster und Frankland⁶⁰.

Wenn es in den USA eine Diskussion über den Bombenkrieg gegeben hat, dann drehte sie sich vor allem um die Frage der Richtigkeit der Entscheidung Präsident Trumans über den Abwurf der Atombombe. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß diese Entscheidung allgemein gebilligt wurde, weil damit der Krieg in Ostasien schneller und mit weniger Eigenverlusten beendet wurde. Zudem seien dadurch diplomatische und militärische Vorteile in dem schon abzusehenden Kalten Krieg mit der Sowjetunion erreicht worden. Seltener hört man in der öffentlichen Meinung, man habe damit auch auf die abschreckende Wirkung für die Zukunft gesetzt.

Wie sehr sich das offizielle England, Amerika und die NATO (aber auch Sowjetrußland) mit der Atombombe als Macht- und Abschreckungsmittel identifiziert haben – gleichsam als Vollendung des unterschiedslosen Bombenkrieges (Atombomben waren und sind „indiscriminate weapons“) –, geht aus zwei Tatsachen hervor: Die Royal Air Force ergänzte im Dezember 1947 ihr War Manual von 1928/40, in dem als nationales Kriegsziel ganz allgemein die Ausschaltung feindlicher Ressourcen angegeben wurde, durch die sehr viel deutlichere Aussage, daß das Ziel nun die Paralysisierung der „civil and military organisations“ sei⁶¹. In der NATO-Doktrin wurde die Strategie der „massive retaliation“ zur Richtschnur, die 1967 durch die

52 Vgl. Günther Gillessen, Die Rache der Veteranen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 5. 1992.

53 Die Diskussionen sind enthalten in Derek Wood (Ed.), Reaping the Whirlwind, Bracknell Paper No. 4, A Symposium on the Strategic Bomber Offensive 1939–45, 26 March 1993, RAF Historical Society 1993, S. 55–86.

54 Ausgestrahlt am 7. 4. 1993.

55 Vgl. u. a. The Times vom 5. 10. 1991; The Observer vom 31. 5. 1992; Guardian Weekly vom 14. 8. 1994.

56 Vgl. Anm. 8.

57 N. Frankland (Anm. 5), S. 100.

58 Zitiert nach J. Terraine (Anm. 2), S. 507.

59 Vgl. u. a. Alan J. Levine, The Strategic Bombing of Germany, 1939–1945, Westport, Conn.–London 1992, S. 191; Williamson Murray, Reflections on the Combined Bomber Offensive, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1992), S. 73–94, insbes. S. 73 ff.

60 Vgl. Ch. Webster/N. Frankland (Anm. 8), Bd. 3, S. 283–311.

61 Royal Air Force Manual (Anm. 4), Chapter II, Ziff. 11.

„flexible response“ ersetzt wurde. Die in Amerika offenbar noch geringe Sensibilisierung gegenüber dem nicht selbst erlebten Bombenkrieg ist heute an der inzwischen auf japanischen Protest hin zurückgezogenen Absicht des US Postal Service zu erkennen, 1995 eine Briefmarke mit einem Atompilz und der Bildunterschrift „Atomic bombs hasten war's end, August 1945“, herauszugeben.

In den achtziger Jahren sorgten zwei Bücher und kürzlich zwei Fernsehsendungen im anglo-amerikanischen Bereich für eine erneute, teils fachliche und teils öffentliche Diskussion über den Bombenkrieg. Ronald Schaffer⁶² und Michael S. Sherry⁶³ befaßten sich kritisch mit ihm und förderten dabei Fakten zutage, die in der Geschichtsschreibung, wenigstens der offiziellen, bis dahin so gut wie keine Erwähnung gefunden hatten. Schaffer dokumentiert in seinem Buch das häufige und lange Schwanken der politischen und militärischen Führung der Amerikaner zwischen moralischen Bedenken hinsichtlich der Angriffe auf Zivilisten und dem, was sie zunehmend unter Hintanstellung der Bedenken für kriegsnotwendig hielten – nämlich den Krieg schnellstens zu beenden, und sei es mit Schrecken. Sherry geht in seinem Buch u. a. auf die rassistischen Vorurteile der Amerikaner gegen die Japaner ein, die bis in die Vorkriegszeit zurückreichen und die umgekehrt auch bei den Japanern vorhanden waren.

In Kanada erregte die 1994 ausgestrahlte Fernseh-Dokumentation „The Valour and the Horror“ (Der Heldenmut und das Grauen) die gegen Deutschland eingesetzten Veteranen der Royal Canadian Air Force, weil sie die Sinnlosigkeit und das Grauen der Zerstörungen, aber auch die Angstgefühle und Gewissensbisse von Besatzungen zeigt. Die Veteranen sahen sich dadurch in die Nähe von kriminellen Tätern gerückt und in ihrer Ehre gekränkt. Im übrigen haben BBC und Channel 4 – letzterer mit seiner TV-Sendung über die relativ militärisch wirkungslosen, aber zahlreiche zivile Opfer verursachenden Tiefangriffe auf die Sauerland-Talsperren im Mai 1943 – viel dazu beigetragen, die Sublimierung des Bombenkrieges ins Heldenhafte auf ein realistisches Maß herabzuschrauben. In Australien, das ebenfalls im Rahmen der Royal Air Force an der Bombardierung Deutschlands teilgenommen hat, erregte die Fernseh-Dokumentation „Birds of Death“ Argwohn an der Praxis des RAF Bomber Command. Gleichsam als Vorstufe zum Zweiten Weltkrieg wird hier

⁶² Vgl. Ronald Schaffer, *Wings of Judgment. American Bombing in World War II*, New York-Oxford 1985.

⁶³ Vgl. M. S. Sherry (Anm. 21).

die Geschichte des erwähnten „air policing“ in Afrika, Kurdistan und Nordwestindien an Hand von Originalfilmen und -aufnahmen aus den zwanziger und dreißiger Jahren rekonstruiert, ergänzt durch Interviews mit einheimischen Überlebenden solcher Aktionen. Die Ausstrahlung wurde zunächst verboten, obwohl die englische Geschichtsschreibung diese Phase in der Entwicklung der Royal Air Force nicht verschweigt⁶⁴.

Die mentalen Nachwirkungen des Bombenkrieges in Deutschland ähneln – aber nur zum Teil – denjenigen in Japan. Beide Völker fühlen sich schuldig an der Entfesselung des europäischen bzw. fernöstlichen Krieges, die dann zum Zweiten Weltkrieg zusammenwuchsen. Hier der Überfall auf Polen, dort auf Pearl Harbour. Sie halten den Bombenkrieg – bei aller berechtigten Kritik insbesondere in Deutschland an der Inhumanität der Flächenangriffe auf Städte, wie sie durch das Harris-Denkmal neu entfacht wurde – für die Ernte dessen, was man selbst gesät habe. Aber in Japan wird die Auslösung des Krieges lediglich als „Fehler“ angesehen und ist nicht mit den moralischen Kategorien belastet wie in Deutschland. Für die Fehler habe man gebüßt und fühle sich entlastet durch die Einmaligkeit der Opfer von Hiroshima und Nagasaki, deren Atomtod die ganze Welt zum Frieden gemahne und bisher auch ähnliche Katastrophen verhindert habe⁶⁵. Neuerdings gibt es ein Infragestellen dieser Position, was sich an den – zwar wenigen – öffentlichen, wenn auch noch zurückhaltenden, Entschuldigungen von höchster Stelle sowie an einigen Unschuldserklärungen zeigt, die für die Betroffenen negative Folgen hatten.

Die Deutschen reagierten anders; allerdings ist auch ihre Ausgangspositionen eine andere. Hier kann der Bombenkrieg – der eigene wie der alliierte – nicht nur unter dem Aspekt deutscher Leiden oder unter militärischen Gesichtspunkten gesehen werden, sondern muß als Teil eines vom damaligen Deutschland entfesselten Krieges verstanden werden, dessen Ziel auch die Vernichtung der Juden und „rassisch Minderwertigen“ im europäischen Machtbereich war. Selbst wo die deutsche Luftkriegsführung sich in „normalen“ Bahnen bewegte – wie etwa bis Anfang 1942 –, diente sie

⁶⁴ Vgl. Sir Michael Armitage, Air Chief Marshal, *The Royal Air Force. An Illustrated History*, London 1993, S. 31–51.

⁶⁵ Vgl. Sadao Asada, *Japanes Perceptions of the A-Bomb Decision, 1945–1980*, in: *The American Military in the Far East. Proceedings of the Ninth Military History Symposium*, USAF Academy, 1.–3. Oct. 1980, hrsg. von Joe C. Dixon, Washington 1980, S. 199–219, insbes. S. 206, 217.

doch immer letztlich, direkt oder indirekt, diesem Ziel, auch wenn ihre Operationen in keinem Zusammenhang damit standen und den Flugzeugbesatzungen und höheren Führern der Luftwaffe dies nicht bekannt war und sie keine persönliche Schuld daran hatten. In diesem Sinne hat die in Deutschland oft gebrauchte Formel, man habe geerntet, was man gesät habe, ihre Berechtigung. Sie wird aber falsch, wenn man diese Kausalität auf den Bombenkrieg bezieht⁶⁶, denn hier haben die Deutschen nicht als erste mit bewußten Terrorangriffen begonnen, wie oben nicht zuletzt anhand britischer Dokumente und wissenschaftlicher Analysen angedeutet. Außerdem muß man etwa den Spanischen Bürgerkrieg, in dem Deutsche, Russen und Italiener ihre Flugzeuge und Waffen „testeten“, im Zusammenhang sehen mit dem „air policing“ und dem Einsatz von Flugzeugen und Gas durch andere Kolonialmächte in Afrika in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Die deutsche öffentliche Meinung hat die schon gar nicht mehr neuen ausländischen Forschungsergebnisse zum Bombenkrieg der Deutschen in den ersten Kriegsjahren bisher, wie erwähnt, kaum oder gar nicht zur Kenntnis genommen. Sie steht daher zum großen Teil noch unter dem Einfluß der beiderseitigen einstigen Kriegspropaganda. Die selbst geprägten Begriffe des „Ausradierens“ und „Coventrierens“ sind als Beweis ausschließlicher eigener Schuld noch in unseren Köpfen. Zudem hat das Picasso-Gemälde „Guernica“, das eine Anklage gegen den Luftkrieg und den Krieg überhaupt ist, auf Grund seiner Entstehung die Luftwaffe mit dem Makel als Nazi-Terrorluftwaffe belastet. Dies alles verschmolz mit der Erinnerung durchlebter Bombennächte und Feuerstürme und mit dem Bewußtsein der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg mit allen seinen Folgen zu einer geradezu traumatischen, fast unerschütterlichen öffentlichen Meinungsfront, die entgegenstehende oder zumindest objektiv relativierende Fakten zur eigenen Luftkriegführung gar nicht zur Kenntnis nehmen will.

Es ist daher viel einfacher, sich sachlich über das Thema mit einem Angelsachsen zu unterhalten als mit einem Deutschen – Historiker nicht ausgenommen. Das Positive daran ist die erhöhte Sensibilität in Deutschland gegenüber Unrecht und Gewalt sowie der Wille, durch Hilfe für die Notleidenden der Welt einen Teil der Schuld abzutragen wie auch zu verhindern, daß Ähnliches noch einmal passiert. Teilweise ist daraus aber eine neurotische

66 Wie bei O. Groehler (Anm. 46), Prolog und Kapitelüberschrift „Wer den Wind sät . . .“.

Hypersensibilität geworden, die nicht zuletzt auch unter dem Einfluß des in unserer Wohlstandsgesellschaft dominierenden Lustprinzips jede legitime und notwendige Gewalt ablehnt (außer der eigenen, als „autonom“ bezeichneten), seine Polizisten „Bullen“ nennt und seine Soldaten „Mörder“⁶⁷, vor allem aber die eigenen Kräfte und Möglichkeiten in gewiß wohlmeinender Absicht „sündenstolz“ (H. M. Broder) überschätzt. So ist eine der Folgen des Krieges der Verlust an Augenmaß und Nüchternheit für gegenwärtige Realitäten, was bei unseren Partnern eher Mißtrauen als Vertrauen erzeugt.

Meinungsunterschiede bezüglich der Notwendigkeit oder Rechtmäßigkeit des strategischen Bombenkrieges im Zweiten Weltkrieg bestehen nach wie vor in den meisten Ländern. Dies gilt auch für das Völkerrecht, das es ja hinsichtlich des Luftkrieges vor dem Zweiten Weltkrieg nur als Völkergewohnheitsrecht und nicht auch als internationales Vertragsrecht gegeben hat, weil sich die Staaten über eine Limitierung des Bombenkrieges nicht hatten einigen können. Keiner wollte sich im Gebrauch des neuen, Vorteile versprechenden Kriegsmittels einschränken lassen. So war es, wie die Antworten Deutschlands, Englands und Frankreichs auf den Appell Roosevelts vom 1. September 1939 zur Schonung der Zivilbevölkerung zeigen, allen Parteien klar, daß bewußte Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung unzulässig seien. Alle machten sie aber die Einhaltung der Grundsätze des humanitären Völkergewohnheitsrechts vom Verhalten des Gegners abhängig, das zu beurteilen sie in ihr eigenes Ermessen stellten. Damit war der Weg zur späteren Eskalation des Bombenkrieges bereitet.

In Nürnberg wurden weder deutsche noch alliierte Luftbefehlshaber wegen ihrer Luftkriegführung verurteilt, weil, wie der amerikanische Chefankläger Telford Taylor schrieb, „das Luftbombardement von Städten und Fabriken ein anerkannter Teil moderner Kriegführung sei, der alle Nationen anhängen“⁶⁸. Um zu dieser die Inhumanisierung des Gewohnheitsrechts akzeptierenden Anschauung zu kommen, wurden im Wesen und vor allem in den Folgen so extrem unterschiedliche Luftangriffe wie der deutsche auf Coventry und der britische auf Dresden einander gleichgestellt. Obwohl

67 Vgl. den vielbeachteten Artikel von Franz M. Oppenheimer, Konsumismus, ungezügelter Hedonismus, anarchische Nachgiebigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 1. 1994.

68 Zit. nach W. Hays Parks, Luftkrieg und Kriegsvölkerrecht, in: H. Boog (Anm. 1), S. 405.

die Charta des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg das absichtliche Terrorbombardement zu den Kriegsverbrechen zählte, wurden alle entsprechenden Anträge abgewiesen, wenn die bombardierten Städte irgendwelche militärisch relevanten Objekte aufwiesen, was in einer hochindustrialisierten Gesellschaft wohl immer der Fall ist. So kam es, daß sich bei einer internationalen Historikertagung in Freiburg 1988 mit Luftkriegs- und Völkerrechtsexperten aus der westlichen Welt zwei fundamental voneinander verschiedene Positionen herausbildeten: eine pragmatische anglo-amerikanische, die von der Nichtexistenz verbindlicher internationaler Vertragsregelungen zum Luftkrieg ausging, und eine moralisch-prinzipielle deutsche oder vielleicht kontinentaleuropäische, die die humanitären Grundsätze des Gewohnheits- und Landkriegsvölkerrechts auch für den Luftkrieg geltend machte. Beide Positionen blieben unverbunden⁶⁹.

⁶⁹ Vgl. die beiden Vorträge von M. Messerschmidt und W. Hays Parks in: H. Boog (Anm. 1).

Um so erfreulicher ist es, daß gerade von der Kriegsgeneration Brücken des Verständnisses und der freundschaftlichen Begegnung geschlagen worden sind. Es sei hier an die internationale Anteilnahme bei den Gedenken für Coventry, Dresden und Hiroshima erinnert wie auch an die Zusammenkünfte von ehemaligen Gegnern. Besonders hinzuweisen ist auf das deutsche Engagement in Coventry und umgekehrt auf die Hilfe aus Coventry für den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden sowie auf die Gesten der Versöhnung bei den Besuchen des Bundespräsidenten von Weizsäcker in Coventry im Herbst 1990 und der englischen Königin in Dresden im Jahre 1992. Die Meinungen lassen sich dadurch kaum ändern, die Fakten erst recht nicht, und sie sollen es auch gar nicht. Letztlich war der strategische Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung – von den Kriegsparteien bei Kriegsbeginn zunächst als inhuman abgelehnt, mit wachsender Verhärtung und Ideologisierung des Krieges jedoch akzeptiert – einer der schwersten Sündenfälle hochindustrialisierter Nationen in diesem Jahrhundert.

Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau

Trümmerwände waren und sind Symbole von Zerstörung und Verlust; sie gehören nach Kriegen gleichsam zum Alltagsbild ihrer Zeit. Als Zeugen von Gewalt und Untergang dienten sie in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur Besatzungsmächten und deutschen Behörden als profanes Medium für Proklamationen, Befehle und Verordnungen; sie wurden von Menschen auch benutzt, um beispielsweise Suchmeldungen zu hinterlassen oder um ihre Empfindungen auszudrücken. Eine dieser Trümmerinschriften – sie wurden nicht selten neben nationalsozialistischen Durchhalteparolen plazierte – lautete: „Dafür brauchte Hitler 12 Jahre!“ Natürlich bezog sich dieser lapidare Satz nicht nur auf die Zerstörungen des Krieges in Gestalt von Trümmerfassaden, sondern auf die mörderische, destruktive Bilanz des NS-Regimes schlechthin. Es waren dies jene „deutschen Trümmer“, vor denen sich Thomas Mann fürchtete, wie er in seinem Briefwechsel mit Walter von Molo schrieb¹. In diese Trümmerwüsten gehörten auch der millionenfache Tod und Mord, die inneren, geistigen Verwüstungen sowie der Verlust menschlicher Würde.

Eine Statistik von Tod, Not und Elend gibt wenig preis von dem, wie der Zusammenbruch des Regimes, das Kriegsende und der Neubeginn individuell erlebt wurden: Was es beispielsweise bedeutete, von der Front in Ostpreußen, in einer Stadt in Thüringen oder in einer ländlichen Region am Niederrhein überrollt zu werden, ob als Soldat oder Zivilist, als Mann oder Frau, ob als Häftling eines Konzentrationslagers oder als Zwangsarbeiter. Wie immer man deshalb die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945 aus heutiger Sicht beurteilen mag – in der Situation der Zeitgenossen konnte es von vielen Faktoren abhängen, ob an diesem Tag „die Sieger wie Befreier gefeiert“ wurden, „bloß weil endlich alles zu Ende war“², oder ob er mehr als Niederlage denn als Be-

freiung empfunden wurde oder aber als der Beginn von neuem Unrecht und Leid.

Angesichts der Tatsache, daß dieser Tag die Zerschlagung einer Diktatur und vor allem das Ende eines ungeheuerlichen Völkermords besiegelte und den Weg zu einer freiheitlichen Demokratie eröffnete, ist die Antwort eindeutig. Angesichts der menschlichen Tragödien, des Verlustes der Heimat und erneuter Unfreiheit, die Millionen Menschen in Ost- und Mitteldeutschland auch noch nach diesem Tag erlitten – sei es in Form von Flucht und Vertreibung von über zwölf Millionen Menschen, von denen mehr als zwei Millionen dabei umkamen, von Internierung, Verschleppung, Gefangenschaft und Arbeitslagern oder durch die Errichtung einer vierzigjährigen „roten“ Diktatur in der SBZ/DDR – angesichts dieser Tragödien nach dem „Tag der Befreiung“ verbieten sich bündige Erklärungsmuster.

I.

Als die alliierten Kampfverbände in das deutsche Reichsgebiet eindrangten, stießen sie auf eine Bevölkerung, die sich in einem Prozeß innerer und äußerer Auflösung befand. Nach „Stalingrad“, das zum Menetekel des Zusammenbruchs wurde, waren die Menschen im Reich mehr und mehr dazu übergegangen, Gesetze zu mißachten, um das eigene Überleben zu sichern. Insofern hatte bereits die „Gesellschaft in der Katastrophe“ (B. Rusinek) wesentliche Merkmale der Trümmersgesellschaft angenommen, die man zugleich als eine Distanzierung vom NS-Regime deuten kann³.

Schon Aktionen wie die Evakuierung, Kinderlandverschickung und Verlegung von rüstungsrelevanten Betrieben mit ihren Belegschaften, die zunächst unter dem Vorzeichen gelenkter Mobilisierung standen, erwiesen sich tatsächlich als Vorstufen einer beispiellosen Durchmischung der deutschen Gesellschaft mit erheblichen mittel- und langfristigen

Überarbeitete und um Anmerkungen ergänzte Fassung eines Vortrags, der im Rahmen einer Vortragsreihe „Als der Krieg zu Ende war. 1945 und die Folgen“ des „Historischen Vereins zu Münster“ gehalten wurde.

1 Thomas Mann und die Deutschen, Briefwechsel, in: Deutsche Literatur nach 1945. Texte und Bilder, hrsg. von Volker Bohn, Frankfurt a. M. 1993, S. 83 ff.

2 Sybille Meyer/Eva Schulze, Von Liebe sprach damals keiner. Familienalltag in der Nachkriegszeit, München 1985, S. 81.

3 Vgl. Peter Hüttenberger, Demokratisierung Westdeutschlands nach dem 2. Weltkrieg, in: Horst Lademacher/Jac Bosmans (Hrsg.), Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit, Münster 1991, S. 39 f.

Folgen für ihre sozialen, kulturellen und konfessionellen Milieus⁴.

Aus den bombardierungsbedrohten bzw. -beschädigten Städten waren ab dem Jahre 1943 annähernd zehn Millionen Personen, überwiegend Frauen und Kinder, evakuiert worden. Später bewirkten das Näherrücken der Front im Osten sowie alliierte Absprachen etwa im Rahmen des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 neue erzwungene Wanderungsbewegungen. Im Jahre 1946 betrug die Zahl der Vertriebenen allein im Gebiet der späteren Bundesrepublik (ohne Berlin) rd. 5,7 Millionen Menschen, was einem Anteil von 13,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung entsprach. Ende 1950 war die Zahl auf etwa acht Millionen (16,4 Prozent der westdeutschen Gesamtbevölkerung) angestiegen, wobei die aus der damaligen SBZ und Berlin zugewanderten rd. 1,5 Millionen Personen darin nicht enthalten sind⁵.

Angesichts des Zerstörungsgrades der Städte war es zwingend, daß die Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst in die ländlichen Regionen der Besatzungszonen bzw. der späteren Bundesländer gelenkt wurde, was zwangsläufig zu regionalen Konzentrationen führte. So erreichte beispielsweise Bayern im Jahre 1950 mit 1,9 Millionen die Höchstmarke von Vertriebenen. In Relation zur Gesamtbevölkerung jedoch lag Schleswig-Holstein an der Spitze, wo der Vertriebenenanteil rd. ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte. In Nordrhein-Westfalen gab es Ende 1948 rd. 1,1 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, was – bei höchst unterschiedlicher regionaler Verteilung – einem Anteil von etwa zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung entsprach. In einzelnen ländlichen Regionen Westfalens betrug der Flüchtlingsanteil bis zu 65 Prozent der Bevölkerung⁶.

4 Vgl. Paul Erker, *Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel*, in: *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, hrsg. von Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, München 1990³, S. 367–425.

5 Vgl. Peter Waldmann, *Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft*, in: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hrsg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, München 1979, S. 166ff.; Alfred Theisen, *Die Vertreibung der Deutschen. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7–8/95, S. 26ff.

6 Im einzelnen dazu: Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1982, S. 39ff.; Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a.M. 1985; Alexander von Plato, *Erfahrungsstrukturen der Besatzungszeit nicht nur in Nordrhein-Westfalen: Mit alten Köpfen in neue Zeiten*, in: *Neuland. Nordrhein-*

Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren jedoch nur eine, wenngleich die zahlenmäßig größte und, worüber noch zu sprechen ist, eine mit besonderen Problemen verbundene Bevölkerungsgruppe innerhalb der Trümmersgesellschaft. Zu ihr gehörte auch das „Heer“ der heimkehrenden Soldaten. Ihre Zahl hatte kurz vor Kriegsende annähernd elf Millionen betragen; 3,7 Millionen waren gefallen oder blieben vermißt. Etwa sechs bis sieben Millionen gerieten in Kriegsgefangenschaft. Die Mehrzahl von ihnen erlebte die Rückkehr zwischen 1946 und 1949, mehrere zehntausend aber erst zehn Jahre nach Kriegsende. Doch nicht nur das Datum der Entlassung konnte signifikant für die Art und Weise der Rückkehr sein, sondern auch die Tatsache, wie man heimkehrte, d.h. in welcher physischen und psychischen Verfassung, ob als Kriegsversehrter oder körperlich wohlbehalten – was immer dies damals heißen konnte⁷.

Bei der Nennung ehemaliger Wehrmachtangehöriger können diejenigen nicht unerwähnt bleiben, die den Ehegatten, Vater oder Sohn verloren hatten und sich nunmehr als Witwen und Waisen in der Trümmersgesellschaft behaupten mußten. Folgt man den bisher vorliegenden Zahlen, so kann man von 1,5 bis 2 Millionen Kriegswitwen ausgehen, etwa „ein Viertel aller Kinder wuchs nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Vater auf“⁸. Verwiesen werden muß auch auf die am Existenzminimum lebenden Sozialrentner, deren Zahl 1950 vier Millionen Personen umfaßte, sowie auf die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung⁹. Und schließlich bildeten die sogenannten Displaced Persons eine spezifische Gruppe innerhalb der Trümmersgesellschaft: eine zwischen acht und zehn Millionen umfassende Personengruppe mit unterschiedlichen Nationalitäten, die als Zwangsarbeiter oder aus anderen Gründen ihre Heimat hatten verlassen müssen und nunmehr ihrer Repatriierung entgegen sahen. Obwohl ihre Rückführung in den ersten Nachkriegsmonaten energisch vorangetrieben wurde, lebten von ihnen im Frühjahr 1947 immer

Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, hrsg. von Gerhard Brunn, Essen 1986, S. 12ff.; Falk Wiesemann, *Zweite Heimat Nordrhein-Westfalen. Zur Flüchtlingspolitik in den Jahren 1945 bis 1960*, in: *Westfälische Forschungen*, 39 (1989), S. 431ff.

7 Vgl. Albrecht Lehmann, *Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, München 1986; ders., *Die Kriegsgefangenen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7–8/95, S. 13ff.

8 Barbara Willenbacher, *Zerrüttung und Bewährung der Nachkriegs-Familie*, in: M. Broszat u. a. (Anm. 4), S. 602.

9 Vgl. Hans Günter Hockerts, *Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 32 (1986), S. 26.

noch knapp eine Million im Dreizonengebiet¹⁰. Alles in allem also ein soziales und politisches Konfliktpotential ohnegleichen!

Was bedeutete das Aufeinandertreffen dieser „typischen Nachkriegsschicksale“¹¹ für den Prozeß der gesellschaftlichen Restituierung, der nur bedingt „von oben“ her gestiftet werden konnte, vielmehr eigenen Gesetzmäßigkeiten unterlag und sein eigenes Tempo entwickelte? Auch differierte er zwischen Stadt und Land, zwischen Regionen mit verschiedenen Konfessionen, und er war nicht zuletzt beeinflusst von politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Besatzungsmächte.

Im Kern war dieser gesellschaftliche Formierungsprozeß mit drei Herausforderungen konfrontiert, und zwar:

1. mit dem Problem der alltäglichen Daseinsfürsorge,
2. mit dem Problem der sozial-kulturellen Integration sowie
3. mit dem Problem des politischen Wiederaufbaus im Sinne der Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur. Darüber hinaus war die Gewinnung ökonomischer Leistungsfähigkeit eine Grundvoraussetzung jedweder Konsolidierung von Staat und Gesellschaft.

II.

1. Probleme der Daseinsfürsorge

Der englische „Economist“ veröffentlichte am 23. Juni 1945 eine der „Reportagen aus Deutschland“ von Isaac Deutscher, in der es hieß:

„Einer der auffallendsten Eindrücke des Reisenden in Süddeutschland ist der schroffe Gegensatz zwischen Stadt und flachem Land. Die Stadt scheint auf einen deutschen Jeremias zu warten, der ihre Trümmer beweint. Die liebliche Landschaft zeigt kaum eine Spur von Zerstörung. Die soliden, ge-

10 Vgl. C. Kleßmann (Anm. 6), S. 43; Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985; Juliane Wetzel, „Displaced Persons“. Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 34 ff.

11 Vgl. Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Dortmund 1953², S. 48.

räumig gebauten, sonnenbeschiedenen Häuser der Bauern verraten einen Wohlstand und (ein) Gedeihen, denen weder Krieg noch Niederlage etwas anhaben können. Die Felder sehen sehr gepflegt aus, das Vieh auf der Weide ist wohlgenährt. Im Korn-gürtel des Donaubeckens ist das Getreide für die Jahreszeit gut gediehen. Es ist ein Anblick, der Auge und Herz eines Virgil erfreuen könnte, obwohl auch er sich wundern würde, daß so viele Frauen und Kinder so fieberhaft auf den Feldern arbeiten, daß so viele Frauen schwarz gekleidet sind und man so wenig Männer sieht. Anders geht es auf den bayerischen Landstraßen zu. Dort spürt man stärker noch als in den zerstörten Städten die Folgen einer Sintflut. Jede große Landstraße hier bietet einen Querschnitt der großen Probleme Deutschlands und Europas. Es ist ein chaotisches und zugleich ein einmaliges Bild, denn die Geschichte wird sich so gewiß nicht wiederholen . . .“¹² Ähnliche Schilderungen dieser außergewöhnlichen Situation finden sich in den zahlreichen Augenzeugenberichten jener Zeit¹³.

Begrifflich lassen sich die Merkmale der objektiven Lebenslagen der frühen Nachkriegsjahre unschwer benennen. Es waren dies – wie es eine Bielefelder Zeitung kurz und bündig formulierte –: „Arbeit, Brot und Obdach“¹⁴. Will man diesen Faktoren jedoch konkret auf die Spur kommen, ist ein individualisierender, lebensgeschichtlicher Zugriff unverzichtbar. Hier tritt zutage, was es bedeuten konnte, wenn eine Familie, d. h. in der Regel die Mutter und/oder ihre Kinder, etwa 50 Prozent ihres Existenzminimums über den Schwarzmarkt oder auf anderen Wegen organisieren mußte, wenn ein Familienmitglied als Hamsterer oft tagelang unterwegs war, wenn die Hungererfahrung die familiären Sozialbeziehungen aufs äußerste beanspruchte.

So erinnerte sich eine bei Kriegsende 28jährige Frau, deren Mann noch nicht heimgekehrt war und die deshalb bei ihren Eltern lebte, später wie folgt: „Als wir gar nichts mehr hatten, hat mein Vater dann unsere Ziege geschlachtet und im Schornstein geräuchert. Davon hat er meiner Mutter nie etwas abgeben wollen. Also, das kann man sich gar nicht vorstellen, wie sich die Menschen verändern, wenn sie Angst haben zu verhungern.“¹⁵

12 Zit. nach Ilse Brusic (Hrsg.), Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985, S. 68.

13 Vgl. beispielsweise Stephen Spender, European Witness, New York 1946; Elisabeth Hoemberg, Thy people, my people, London 1950.

14 Zit. nach Lothar Albertin, Jugendarbeit 1945. Neuanfänge der Kommunen, Kirchen und politischen Parteien in Ostwestfalen-Lippe, Weinheim–München 1992, S. 14.

15 Zit. nach S. Meyer/E. Schulze (Anm. 2), S. 96.

Und eine andere Frau, alleinstehend und Mutter von vier Kindern im Alter zwischen ein und sieben Jahren, erinnerte sich so: „Hamstern konnte ich nicht, da hab ich denn angefangen zu klauen. Wenn mir das vorher jemand prophezeit hätte, hätte ich gelacht. Früher hatte man ja ganz andere Werte und Vorstellungen. Selbstverständlich kämpfte man für das Vaterland bis zum Tod, und selbstverständlich klaute man nicht. Na ja, aber sollte ich denn die Kinder erfrieren oder verhungern lassen? Also hab ich angefangen zu klauen: Holz, Kartoffeln und Äpfel.“¹⁶

Für die gesellschaftlichen Formierungsprozesse waren zunächst die Besatzungsmächte der entscheidende Gestaltungsfaktor. Sie diktierten Tempo und Richtung des Neuanfangs. Sie bestimmten die Rahmenbedingungen, unter denen die Menschen leben mußten, indem sie beispielsweise Kalorienzahlen pro Kopf festlegten, die „Lebensmittelkartenwirtschaft“ fortführten, den zusammengebrochenen Wohnungsmarkt regulierten. Sie entschieden, wann und wie sich gesellschaftliche, kulturelle und politische Organisationen wieder konstituieren durften, sie erteilten die Lizenzen für Presse, Rundfunk, setzten Wahltermine fest und anderes mehr. Aber es war gleichzeitig erklärtes Prinzip dieser Besatzungspolitik, die Administration all dieser Dinge nicht an sich zu ziehen, sondern sie deutschen Dienststellen zu übertragen. Insofern wird man sagen können, daß am Beginn der Trümmergesellschaft die Verwaltung und nicht die Politik stand¹⁷.

In einer Situation, in der die öffentlichen Strukturen ramponiert oder funktionsuntüchtig waren und die Normen der Sozialmoral vom Gesetz des Überlebens gleichsam außer Kraft gesetzt wurden, hing die Bewältigung der Not elementar auch vom Vorhandensein und Funktionieren nichtöffentlicher, informeller Verbindungen und Netzwerke ab. Dazu gehörten in erster Linie gewachsene Solidargemeinschaften wie die Familie und Nachbarschaften, kirchliche Gemeinden und Vereine oder auch ad hoc zustandgekommene Notgemeinschaften, die allerdings unter den existentiellen Versorgungsproblemen auch rasch wieder brüchig werden konnten¹⁸. Insofern konnte es eine begünstigte

Situation sein, wenn man das Kriegsende in vertrauter Umgebung erlebte oder in ländlichen Regionen, wo sich das Nahrungsproblem nicht in der Schärfe stellte wie in den Städten.

In jedem Fall aber waren diejenigen besonders benachteiligt, die in fremder Umgebung Zuflucht gefunden hatten und zunächst einmal ganz auf sich allein gestellt waren: die Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen. Demgegenüber bildeten Konstellationen die Ausnahme, in denen evakuierte Familien aus Städten bei ihren Verwandten auf dem Lande unterkommen konnten. Dies traf etwa auf Familien zu, die beispielsweise um die Jahrhundertwende aus agrarischen Notgebieten wie Nordhessen und dem Sauerland in die Industriezentren an Rhein und Ruhr gewandert waren und für die sich nun ihre Ursprungsfamilie als Halt und Auffangstation bewährte.

Angesichts der eigentümlichen Gemengelage von besatzungspolitischen Direktiven, behördlichen Regulierungsbemühungen und Selbsthilfeinitiativen erscheint die gesellschaftliche Formierung als alles andere als ein zielgerichteter Prozeß. Die Zukunft bestand in der Bewältigung des Hier und Heute – und das hieß vor allem Improvisation. Um so wichtiger war es, daß zentrale Ordnungs- und Sozialisationsinstanzen wieder funktionstüchtig wurden, daß beispielsweise Kindergärten, Schulen und Hochschulen so schnell wie möglich wieder öffneten; daß gesellschaftliche und kirchliche Vereine wieder tätig waren und insbesondere für Kinder und Jugendliche Angebote machten, was damals gleichbedeutend war mit materieller und sozialer Hilfestellung; daß kulturelle Institute wie Theater und Orchester wieder spielten.

Es ist vielfach belegt, wie stark in der Trümmergesellschaft gerade die kulturellen Bedürfnisse der Menschen waren¹⁹. Natürlich hatte auch Kultur viel mit dem Alltag und seiner Not zu tun. Theateraufführungen waren nur möglich, wenn die Zuschauer – wie etwa in Münster und in vielen anderen Städten – Briketts als Eintrittsgeld mitbrachten. Bekanntlich verdanken die Ruhrfestspiele Recklinghausen dem Kohlemangel – vereinfacht gesagt – ihre Entstehung²⁰. Von der Filmregisseu-

16 Ebd., S. 199f.

17 Aus der Flut an Veröffentlichungen sei hier stellvertretend genannt Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, sowie John E. Farquharson, *The British Occupation of Germany 1945/46: A Badly Managed Disaster Area?*, in: *German History*, 11 (1993), S. 316ff.

18 Vgl. Peter Hüttenberger, *Die Industrie- und Verwaltungsgeschichte (20. Jahrhundert)*, in: *Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*, Bd. 3, hrsg. von Hugo

Weidenhaupt, Düsseldorf 1989, S. 671 ff.; Karl Teppe, *Politisches System, gesellschaftliche Strukturen und kulturelles Leben seit dem Zweiten Weltkrieg*, in: Franz-Josef Jakobi (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Münster*, Bd. 3, Münster 1993, S. 22ff.

19 Vgl. Hermann Glaser, *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948*, München–Wien 1985.

20 Vgl. Matthias Franck, *Die Geschichte der Ruhrfestspiele Recklinghausen 1946–1956*, Würzburg 1986.

rin Helma Sanders-Brahms ist der Satz überliefert: „Alle hatten Hungeraugen, und wo es nach Essen roch, war die Mitte der Welt.“ Zahlreiche kommunale Bühnen öffneten noch im Sommer 1945 ihre Tore und begannen den kulturellen Neuanfang durchweg mit den Klassikern. Auch dies ein zwar ungeplanter, aber gleichwohl bemerkenswerter Ausdruck dafür, wie gleichartig der Hunger nach Kultur empfunden wurde²¹.

Die Trümmersgesellschaft ist zu Recht als eine „mobilisierte Gesellschaft“²² charakterisiert worden, bei der nicht abzusehen war, wie und in welchem Tempo sie sich gleichsam wiederfinden würde. Dies soll an zwei Beispielen – an einer gesellschaftlichen Großgruppe, nämlich den Flüchtlingen, und an einer Kleingruppe, den Familien – exemplarisch verdeutlicht werden.

2. Probleme der sozial-kulturellen Integration

Das Beispiel Flüchtlinge und Vertriebene

Die militärische Niederlage und Kapitulation hatten harte politische Fakten und auch neues Unrecht geschaffen. Zu diesen Fakten gehörten die etwa zwölf Millionen Menschen, die nach Kriegsende aus Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten Osteuropas fliehen mußten, vertrieben oder ausgesiedelt worden waren.

Es liegt auf der Hand, daß die Notgesellschaft der Nachkriegszeit auf die Flut der Flüchtlinge durchweg mit Abwehr reagierte. Nach oft traumatisierenden Erfahrungen von Flucht und Vertreibung – über zwei Millionen Menschen sind dabei umgekommen – bedeutete die Ankunft in Lagern, Baracken und Notunterkünften zwar zunächst die physische Rettung, aber es war eine Ankunft in fremder und nicht selten feindlich gesonnener Umgebung. Man kam als Habenicht und wurde als solcher behandelt. Bei einigen stellte sich das Gefühl ein, die „neuen Ostarbeiter“²³ zu sein. Die Behörden taten in der Regel nur das Nötigste und übergingen selbst eklatante Mißstände nicht selten mit Stillschweigen. In der westfälischen Gemeinde Westbevern beispielsweise, „wo Flüchtlinge men-

schenunwürdig in Verschlägen untergebracht worden waren“, mußte sogar die Militärregierung aktiv werden, während der Regierungspräsident die Ablösung des Bürgermeisters forderte. Dieser hatte für seine Flüchtlinge ebenfalls nur die Tenne erübrigt²⁴.

Aufgrund der Lebensumstände, Unterbringung und beruflichen Aussichten waren die Integrationschancen für Flüchtlinge denkbar schlecht. Diese Probleme verschärften sich insbesondere dann, wenn Flüchtlingsgruppen auf festgefügte, konfessionell dominierte Sozialmilieus trafen. Die Folge war nicht selten, wie es plastisch formuliert worden ist, „ein gesellschaftliches Erdbeben“²⁵. An zahlreichen Beispielen – etwa aus den katholischen Regionen in Bayern, des Münsterlandes oder aus den evangelischen Regionen in Lippe und Hessen – ist belegt, wie die abweichende Konfessionszugehörigkeit gleichsam als Katalysator für tiefsitzende Vorurteile und Abwehrreaktionen mobilisiert werden konnte²⁶.

Ursprünglich ging keine der beiden Seiten von einer dauerhaften Niederlassung in der Fremde aus, was die Zurückhaltung hier und die Zurückweisung dort in den ersten Monaten miterklären dürfte. In jedem Fall stellte die Anwesenheit der „Zugereisten“, wie man beispielsweise die Flüchtlinge im nordhessischen Jargon bezeichnete, nach den Gruppen der Evakuierten und Ausgebombten eine neue, ungleich größere Herausforderung gerade für kleinstädtische und dörfliche Gesellschaften dar. Man lebte zwar zunächst neben- und gegeneinander, aber mit diesen Problemgruppen der Trümmersgesellschaft war ein soziales und kulturelles Ferment in das ländliche Milieu implantiert worden, aus dem sich eigene Triebkräfte der Veränderung entwickelten und mit denen man sich auseinandersetzen mußte.

Wechselseitige Unkenntnis etwa im Bereich des kirchlich-religiösen Brauchtums konnte so weit führen, daß man die Beerdigungen von Flüchtlingen auf dörflichen Friedhöfen verweigerte, und

21 Zahlreiche Beispiele in: So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945–1949, hrsg. von Hermann Glaser/Lutz von Pufendorf/Michael Schöneich, Berlin 1989.

22 Dietrich Hilger, Die mobilisierte Gesellschaft, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz, Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Stuttgart 1974.

23 Zit. nach Everhard Holtmann, Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen Politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Das Beispiel Unna und Kamen, Opladen 1989, S. 265.

24 Vgl. Gisela Schwarze, Eine Region im demokratischen Aufbau. Der Regierungsbezirk Münster 1945/46, Düsseldorf 1984, S. 222.

25 Ebd., S. 221.

26 Vgl. P. Erker (Anm. 4); G. Schwarze (Anm. 24); Peter Exner, Beharrung und Wandel. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westfalen 1918–1960, Diss. (Ms.) Münster 1995 (zum Projektkontext dieser Studie vgl. die Erläuterung in Anm. 65); Anke Hufschmidt „... und dann blieben wir doch.“ Flüchtlinge und Vertriebene in Lippe 1945–1953, Detmold 1994; Rolf Messerschmidt, Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945–1950, Wiesbaden 1994.

in den Pfarrgemeinden Bayerns mußte es Anstoß erregen, wenn Flüchtlinge bei ihren Gottesdienstbesuchen die traditionelle Sitzordnung nach sozialer Stellung und Geschlecht nicht respektierten. Hatte es in Bayern beispielsweise 1939 noch 1424 konfessionell homogene Gemeinden gegeben, so traf dies 1950 in keinem Fall mehr zu²⁷. Insofern nimmt es nicht wunder, daß selbst einzelne Pfarrer die rückläufigen Zahlen beim Gottesdienstbesuch auf den „verderblichen Einfluß“ der „Fremden“ zurückführten²⁸.

Kleinstädtisch-dörfliche Beispiele aus dem Westmünsterland jedenfalls zeigen an, daß der sozialmoralische Umbruch in der Phase der Trümmergesellschaft kein gleichförmiger Prozeß war. Wenn sich etwa im Heiratsverhalten die Tabuverletzungen häuften, d. h. verstärkt Mischehen eingegangen werden mußten, weil ein Kind unterwegs war, oder wenn Ehen zwischen vermögenden Einheimischen und besitzlosen Flüchtlingen geschlossen wurden, so gefährdete dies die Wirkungsmächtigkeit traditioneller Deutungs- und Integrationsmuster noch nicht, im Gegenteil. Der familiär-gesellschaftliche Druck beispielsweise auf evangelische Schwiegersöhne oder -töchter zur Konversion war gewaltig und in der Regel erfolgreich²⁹.

Diese Bemerkungen über das oft schwierige Zusammenleben von ländlicher Gesellschaft und Flüchtlingen sollte indes nicht den Blick dafür verstellen, daß gerade sie es waren, die dem eingangs zitierten Topos von der „mobilisierten Gesellschaft“ in hohem Maße gerecht wurden – freilich zumeist unter dem Zwang, sich in den Nischen der Trümmergesellschaft einzurichten und jede sich bietende Chance des Weiterkommens zu nutzen. Solange Flüchtlinge in ländlichen Regionen lebten, war das Einbringen der Arbeitskraft nicht nur ein Weg, um die materielle Situation zu verbessern, sie war auch das Mittel zum Einstieg in die kleinstädtisch-dörfliche Lebens- und Arbeitswelt und damit zur sozialen Akzeptanz und Integration. Überhaupt legten gerade Flüchtlinge eine ausgesprochene Anpassungs- und Lernbereitschaft sowie Aufstiegsmentalität an den Tag. Dies traf auch auf Kinder von sogenannten Teilfamilien zu, die zeitweise oder ganz ohne Vater bzw. Mutter aufwachsen mußten³⁰. Festzustellen ist jedoch, daß Flüchtlinge deutlich häufiger das Schicksal des sozialen Abstiegs erleiden mußten als die ja auch

von Verlusten betroffene einheimische Bevölkerung³¹.

Als der Deutsche Bundestag im Jahre 1952 das Lastenausgleichsgesetz verabschiedete, dem eine Reihe von Sofort- und Spezialprogrammen auf Bundes- wie Länderebene vorausgegangen war, befand sich die Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen nach wie vor in einer ökonomisch trostlosen Lage. Das Problem tickte, wie es Hans-Peter Schwarz plastisch formuliert hat, „als Zeitbombe im Gebäck des jungen Staates“³². Gleichzeitig gab es 1950 bereits 5000 – zumeist kleinere – industrielle Betriebe von Vertriebenen und Zugewanderten mit insgesamt 200000 Beschäftigten³³. Diese Realitäten als auch vielfach angebahnte familiäre Verwurzelungen erwiesen sich als trag- und ausbaufähige Fundamente eines ohne Zweifel entbehrensreichen und konflikthaften, aber aufs Ganze gesehen erfolgreichen Gewöhnungs- und Integrationsprozesses: das eigentliche „Wunder“ der Nachkriegszeit.

Probleme familiärer Restabilisierung

Zeitgenössische Erhebungen belegen³⁴ – und die Forschung ist ihnen darin zum Teil gefolgt³⁵ –, daß der Anteil der Familienverbände an der Bewältigung der Nachkriegsprobleme nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Zugleich gilt für diese Kleingruppe, was schon für die Gesamtgesellschaft festgestellt wurde: Krieg und Nachkriegszeit hatten sie aufs stärkste in Mitleidenschaft gezogen und die Lebenssituation all ihrer Mitglieder grundlegend verändert³⁶.

Die Normalität des Familienalltags war schlagartig zu Ende, wenn Väter und Söhne den Stellungsbefehl erhalten hatten. Die verschiedenartigen Kon-

31 Vgl. Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXIX (1989), S. 211 ff.

32 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart–Wiesbaden 1981, S. 120.

33 Vgl. ebd., S. 169.

34 Vgl. stellvertretend H. Schelsky (Anm. 11).

35 Vgl. B. Willenbacher (Anm. 8), S. 604 ff.; Merith Niehuss, Kontinuität und Wandel der Familie in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 322 ff.

36 Vgl. neben der zeitgenössischen Studie von Hilde Thurnwald, Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Eine soziologische Untersuchung an 498 Familien, Berlin 1948, Ute Frevert, Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen, in: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat, München 1990, S. 117 f.; Ulla Robert, Starke Mütter – ferne Väter. Töchter reflektieren ihre Kindheit im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M. 1994.

27 Vgl. Albrecht Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1991, S. 235.

28 P. Erker (Anm. 4), S. 397.

29 Vgl. P. Exner (Anm. 26).

30 Vgl. B. Willenbacher (Anm. 8), S. 613.

frontationen mit dem Krieg in Gestalt von Fronteinsatz und Gefangenschaft für die einen, in Form des Bomben- und des chaotischen Nachkriegsalltags für die anderen waren einschneidende, lebensprägende Erfahrungen, die auch das innere Gefüge von Familien, das Verhältnis der Geschlechter und Generationen, der Geschwister und Ehepartner beeinflussten.

Die Geschichte der Familie in der Trümmersgesellschaft kann mit vielen guten Gründen als eine Erfolgsgeschichte gesehen werden. Sie ließe sich auf die kurze Formel reduzieren: Die Stunde der Not war die Stunde der Familie und insonderheit der Frauen und Mütter. Insofern ging die „Institution Familie“³⁷ aus den Krisen der Trümmerzeit gestärkt und aufs neue bestätigt hervor. Aber ebenso sind ambivalente Begleiterscheinungen auszumachen, denn dieser Phase familiärer Restabilisierung war eine Reihe von Faktoren immanent, die sich als Faktoren der Instabilität und der Veränderung erweisen sollten.

Das allgemeine äußere Erscheinungsbild von Familien war in hohem Maße desolat. Es spiegelte sich in den gravierenden Verschiebungen innerhalb der Generationenfolge, zwischen Männern und Frauen, in den Scheidungsraten, in der Zunahme unehelicher Geburten, der hohen Witwen- und Waisenquote, der Jugendkriminalität und der Sexualmoral. Der Krieg hatte insbesondere die Geburtsjahrgänge 1910 bis 1925 derart dezimiert, daß etwa in Bayern 1946 in der Altersgruppe zwischen 20 und 35 Jahren auf 100 Männer 162 Frauen kamen³⁸. Zwischen 1946 und 1948 erhöhte sich die Scheidungsziffer um das Doppelte. So wurden beispielsweise die sogenannten Kriegstraungen aus den Jahren zwischen 1939 und 1945 überproportional häufig wieder aufgelöst, wobei die Hälfte der Anträge auf Scheidung von Männern eingereicht wurde, von denen aber nur einem Drittel die Alleinschuld zugewiesen wurde. Demgegenüber waren in der Vorkriegszeit wie auch nach 1955 zwei Drittel der Scheidungsanträge von Frauen initiiert worden, wobei die Alleinschuld zur Hälfte den Männern auferlegt wurde³⁹.

Krieg und Nachkriegszeit hatten die Eingezogenen ebenso wie die Daheimgebliebenen geprägt, verändert und häufig einander entfremdet. Die jahrelange Trennung durch Krieg und Gefangenschaft schlug sich nieder in neuen, oft konflikthaften Gewöhnungs- oder auch Entfremdungsprozessen zwischen den Ehepartnern, den heimkehrenden

Vätern und ihren Kindern, die gleichsam vor ihrer Zeit alt geworden waren. Insonderheit Frauen, Mütter und Kinder hatten Verantwortungen und Aufgaben übernommen, die ihnen in Zeiten der Normalität nicht zugemutet bzw. zugestanden worden wären⁴⁰.

Zu diesem Problemkontext gehört ferner die Tatsache, daß die Zahl der unehelichen Kinder rapide anstieg. Dazu zählten weiterhin die rd. 93 000 Besatzungskinder und etwa 3 200 Kinder aufgrund von Vergewaltigungen. Ihre familien- und versorgungsrechtliche Situation war extrem schwierig, von den sozialen Problemen dieser Kinder und ihrer Mütter ganz zu schweigen.

Inmitten solcher Symptome der Krise und Deformation erwies sich die Familie als Fluchtpunkt und Rettungsanker, und sie übernahm damit für die gesellschaftliche Reorganisation und Stabilisierung insgesamt Scharnierfunktionen. Es ist offenkundig, daß in diesem familialen Formierungsprozeß überkommene, d. h. bürgerlich-paternalistische, christlich orientierte Leitbilder dominierten, was entscheidend dazu beitrug, daß sich die Familien zunächst wieder in traditionellen Strukturen und Hierarchien konstituierten, daß jeder Teil seine Aufgaben kannte und wußte, wer draußen und drinnen die Daseinsvorsorge für die Familie zu übernehmen hatte⁴¹.

3. Aspekte des politischen Wiederaufbaus

Die öffentlichen Inszenierungen der Macht im „Dritten Reich“ waren immer darauf angelegt, „Führer“ und „Volk“ als eine Symbiose erscheinen zu lassen. Diese Strategie war nicht nur herrschaftspolitisch erfolgreich, der „schöne Schein“ (P. Reichel) solcher Bilder verfehlte auch im Ausland seine Wirkung nicht. Alliierte Nachkriegsplanungen und Besatzungspolitik, konstruktive wie destruktive, zogen aus der suggestiven Formel „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ Legitimation und Argumente. Sie stützte die Kollektivschuldthese ebenso wie die davon beeinflussten besatzungspolitischen Maximen.

Zugegeben: Die Diskrepanz zwischen der propagierten Volksgemeinschaft und den sozialen Realitäten

40 Vgl. insbesondere die Zeugnisse in: S. Meyer/E. Schulze (Anm. 2).

41 An dieser Stelle sei nur angemerkt, daß gerade diese Formen und Ergebnisse familialer und damit in gewisser Weise auch gesellschaftlicher Restabilisierung in der sozialgeschichtlichen und speziell geschlechtergeschichtlichen Forschung kontrovers beurteilt werden: Etwa im Hinblick auf den Emanzipationsprozeß der Frauen und die Sozialisationsbedingungen der Kinder und Jugendlichen.

37 M. Niehuss (Anm. 35), S. 322.

38 Im einzelnen dazu ebd., S. 137f.

39 Vgl. B. Willenbacher (Anm. 8), S. 599.

täten war erheblich, und ebensowenig wird man das Gerede von der Einheit zwischen Partei, Volk und Staat für bare Münze nehmen dürfen. Aber der Grad an gesellschaftlicher Zustimmung, auf den sich das Regime stützen konnte, war hoch und erschöpfte sich keineswegs in Mitgliedschaften in der NSDAP, ihren Gliederungen und Verbänden. Wie immer auch das Mischungsverhältnis von wahrgenommener und tatsächlicher Durchdringung von NS-Ideologie und deutscher Gesellschaft war, die bedingungslose Kapitulation bedeutete zunächst nur die Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Und erst die Zukunft mußte zeigen, inwieweit mit einer Gesellschaft, die eine Mesalliance eingegangen war mit „Verführung und Gewalt“⁴², ein demokratischer Staat zu machen war. Der demokratische Vertrauensvorschuß jedenfalls, den Deutschland bei den Westalliierten besaß, – diese bittere Erfahrung hatten selbst Angehörige des „Kreisauer Kreises“ und anderer Widerstandsgruppen machen müssen – war minimal und überdies von Skepsis und Mißtrauen durchzogen⁴³.

Auf dem Hintergrund dieser Wahrnehmungen und Überzeugungen – das Scheitern der Weimarer Republik noch im Gedächtnis und die Hinterlassenschaften des NS-Regimes vor Augen – wurde der politische Wiederaufbau von den Alliierten ins Werk gesetzt: am kurzen Zügel und mit Prämissen, die von einem eminenten Sicherheitsbedürfnis diktiert waren. Andererseits sollte sich gerade an diesem Punkt zeigen, wie brüchig die alliierten Gemeinsamkeiten waren.

Der Erfolg eines demokratischen Neubeginns hing entscheidend davon ab, ob und inwieweit es gelingen würde,

1. einen klaren Trennungsstrich zum NS-Regime zu ziehen,
2. politisch unbelastete, glaubwürdige und qualifizierte Kräfte zu gewinnen,
3. die lokalen Demokratiegründungen zu stabilisieren, um auf ihnen aufbauen zu können,
4. Parteien und andere Organisationen in die politische Verantwortung zu nehmen, die nicht, wie es Hans Mommsen formuliert hat, im „langen Schatten der untergehenden Republik“ stan-

⁴² So der Buchtitel von Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986.

⁴³ Vgl. *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, hrsg. von Jürgen Schmädke/Peter Steinbach, München–Zürich 1985, hier bes. die Beiträge zum Komplex „Auslandsbeziehungen des Widerstandes“, S. 639–776.

den, also nicht in den Niedergang der Weimarer Republik verstrickt gewesen waren⁴⁴.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sogenannte Entnazifizierung zunächst energisch angepackt wurde: von den Alliierten ebenso wie von deutscher Seite. Ehemalige politische Funktionsträger wurden nahezu ausnahmslos aus ihren Ämtern entlassen, zum Teil verhaftet und strafrechtlich verfolgt. So wurden Bürgermeister und Landräte mit einer Konsequenz entfernt und darüber hinaus im öffentlichen Dienst Massentlassungen vorgenommen, die einen „beispiellosen Bruch mit den Traditionen des deutschen Berufsbeamtentums“⁴⁵ bedeuteten.

Aber dies war nur der eiserne Besen der ersten Stunde. Denn bereits ab Ende 1946 setzte in den Westzonen ein gegenläufiger Prozeß ein, auf den damals der Satz gemünzt wurde: „Seitdem uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner.“⁴⁶ Diese Entlastungsvorstöße beschäftigten die gemeindlichen Gremien, ihre staatlichen Aufsichtsorgane und die Stäbe der Militärregierungen in immer wiederkehrender Form. Sie endeten damit, daß ab dem Frühjahr 1948 in einzelnen Regionen wie im bayerischen Ansbach/Fürth „die alte Garde“ wieder in den öffentlichen Dienst zurückgekehrt war⁴⁷. Rückkehr bedeutete hier nicht unbedingt Rückkehr in alte Positionen, sondern zunächst Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis.

Eine solche Rehabilitierung von Nationalsozialisten im Wege beruflicher Integration kann nicht verallgemeinert werden und hatte mehrere Gründe. Sicherlich hatte sie etwas mit den personellen Engpässen in den Verwaltungen und mit den öffentlichen wie privaten Versorgungsproblemen zu tun wie auch damit, daß die Zuverlässigkeit der formalisierten Verfahren in Gestalt von Fragebögen und Spruchkammern fragwürdig war und Ungerechtigkeiten zugelassen hatte. Möglich aber war solch ein personalpolitisches „roll back“ vor allem deshalb,

⁴⁴ Hans Mommsen, *Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik*, in: ders., *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze*. Zum 60. Geburtstag hrsg. von Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod, Hamburg 1991, S. 362 ff.

⁴⁵ Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1985, S. 102.

⁴⁶ Zit. nach Eugen Kogon, *Das Recht auf den politischen Irrtum*, in: *Frankfurter Hefte*, 2 (1947), S. 641; vgl. auch Karl Prümm, *Entwürfe einer zweiten Republik. Zukunftsprogramme in den „Frankfurter Heften“ 1946–1949*, in: Thomas Koebner/Gert Sautermeister/Sigrid Schneider (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Opladen 1987, S. 330 ff.

⁴⁷ Vgl. H. Woller (Anm. 45), S. 112.

weil der gesellschaftliche Rückenwind dafür immer stärker und die Gegenwehr von seiten der westalliierten Militärregierungen in dem Maße schwächer wurde, wie sich die politische Großwetterlage zwischen Ost und West veränderte.

Hinzu kamen die tagtägliche existentielle Inanspruchnahme durch den Alltag und die Tatsache, daß so gut wie jede Familie Tote zu beklagen hatte. Man half, weil man Menschen in Not sah und reflektierte dabei nicht über politisches Fehlverhalten, über Schuld und Sühne. Und zweifellos waren hierbei auch Verdrängungsgefühle wirksam. Dies alles trug mit dazu bei, daß sich die gesellschaftliche Ächtung von politisch Beschuldigten und Belasteten – vom Mitläufertyp über den Karrieristen bis zum Überzeugungstäter – in Grenzen hielt. Vor allem aber, daß die parallel zu den politischen Säuberungsmaßnahmen und NS-Prozessen geführten historisch-moralischen Diskurse über die nationalsozialistische Vergangenheit – und dies meint insbesondere die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Massenverbrechen, ihren ideologischen Wegbereitern, Handlangern und Vollstreckern sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Neuordnung –, daß also diese Diskurse mehr und mehr den Charakter einer freischwebenden Schuld Diskussion annahmen. Insofern standen Politik und Gesellschaft schon früh in der Gefahr, den in einem breiten Konsens gezogenen Trennungsstrich gegenüber dem NS-Regime im Sinne eines Schlußstrichs auszulegen⁴⁸.

Die hier angedeuteten Bindungen an die Vergangenheit einschließlich der Kontinuitäten im Bereich der Wirtschaftsverfassung können indes nicht darüber hinwegtäuschen, wie gewichtig die sozialen und politischen Brüche und Neuansätze waren, die in der Phase der Trümmersgesellschaft teils angebahnt wurden, teils schon als Faktum wirksam waren. Dazu gehörten:

1. der Wegfall der Großgrundbesitzerschicht Ostelbiens, die als politische Klasse nicht mehr existent war, sowie das Verschwinden von Militär und Militarismus als „Verfassungsproblem“ und als gesellschaftliche Leitbilder⁴⁹;

48 Zum vieldiskutierten Problem der „Vergangenheitsbewältigung“ zuletzt Ulrich Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994; Franz-Werner Kersting/Karl Tepe/Bernd Walter, Gesellschaft – Psychiatrie – Nationalsozialismus. Historisches Interesse und gesellschaftliches Bewußtsein, in: dies. (Hrsg.), Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Paderborn 1993, S. 9ff.

49 Vgl. Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, hrsg. von Carola Stern/Heinrich August Winkler, Frankfurt a. M. 1994 (Erstaufgabe 1979), S. 176ff.

2. die Durchmischung sozialer und konfessioneller Milieus;
3. eine Neustrukturierung des Parteienwesens, in der insbesondere CDU/CSU als „primär bürgerliche Sammelparteien“⁵⁰ ein Novum darstellten und deren Integrationskraft für die Stabilität des politischen Systems zentrale Bedeutung gewann;
4. eine neue Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung;
5. die grundsätzlichen Weichenstellungen für ein parlamentarisch-demokratisches Gemeinwesen und die damit einhergehende Anbindung an die westliche Verfassungsentwicklung.

Ohne Zweifel muß der angloamerikanische Anteil an diesem Umbau politischer Strukturen und an der Herausbildung einer an westlichen Vorbildern orientierten politischen Kultur hoch veranschlagt werden⁵¹. Um so wichtiger war es, daß dieser Transformationsprozeß von einer demokratisch gesinnten politischen Funktionselite mitgetragen und durch eindeutige Wahlentscheidungen legitimiert wurde.

Vergegenwärtigt man sich das Profil der politischen Gründergeneration, das Parteienspektrum und das Wahlverhalten der Trümmersgesellschaft, so zeigt sich, wie nah und fern zugleich damals „Weimar“ war. Pauschal ließe sich formulieren, daß die neue politische Funktionselite die alte war, und zwar sowohl im Sinne von Lebensalter als auch von politischer Erfahrung. Nimmt man beispielsweise die Mandatsträger des Parlamentarischen Rates, des Bundestages und des Landtags von Nordrhein-Westfalen, so dominierte eindeutig die Vorkriegsgeneration mit den Geburtsjahrgängen 1875 bis 1906, also die Generation, die bei Kriegsende zwischen 39 und 70 Jahre alt war und aus der sich schon das demokratische Führungspersonal der Weimarer Republik rekrutiert hatte⁵². Aus diesen und anderen Gründen hat man

50 Vgl. ebd.

51 Vgl. Wolfgang Benz, Erzwungenes Ideal oder zweitbeste Lösung? Intentionen und Wirkungen der Gründung des deutschen Weststaates, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 135ff.; Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991.

52 Vgl. Frank R. Pfetsch, Die Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland. Sozialprofil und politische Orientierung, in: Politische Vierteljahresschrift, 27 (1986), S. 237ff.; Helmut Fagt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982, S. 126ff.; Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1982, Baden-Baden 1984³,

mit einer gewissen Plausibilität die erste Bundestagswahl „eher als letzte Weimarer denn als erste Bonner Wahl“ charakterisiert⁵³.

Die Dominanz der Vorkriegsgeneration in der politischen Formierungsphase der Bundesrepublik ging allerdings zu Lasten der sogenannten Zwischenkriegsgeneration, also der Jahrgänge von 1917 bis 1930, die in der Zeit der Weimarer Republik, vor allem aber des Nationalsozialismus politisch entscheidend geprägt worden waren. Dadurch war diese politisch zunächst mehr in nachgeordneten Positionen und auf mittleren Ebenen tätig – in der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit oder in den Jugendorganisationen der Parteien und Verbände. Insoweit leistete diese Zwischenkriegsgeneration (für sie können Personen wie Klaus von Bismarck, Heinz Westphal, Josef Rommerskirchen stellvertretend genannt werden) durchaus einen frühzeitigen Beitrag zur langfristigen demokratischen Stabilisierung der Bundesrepublik.

Es handelte sich um eine Generation, für die nicht das Alter das wichtigste Definitionsmerkmal bildete, sondern die Erfahrungen von Krieg, Niederlage, Zusammenbruch. Die Formen und Wirkungen ihrer Verarbeitung lassen sich nicht verallgemeinern, aber sie durchziehen leitmotivisch zahlreiche literarische Zeugnisse der Trümmerzeit, wie etwa Hans Werner Richters Artikel „Warum schweigt die junge Generation“⁵⁴ oder Heinrich Bölls „Bekanntnis zur Trümmerliteratur“ aus dem Jahr 1952⁵⁵. Diese Schlüsselerfahrungen waren gleichsam das unsichtbare Gepäck dieser Generation, das sie fortan mit sich trug, das eine damals wie später registrierte skeptisch-ablehnende Grundhaltung gegenüber allem Politischen prägte und mit dafür verantwortlich war, daß große Teile von ihr der Privatsphäre oftmals den Vorzug gab⁵⁶.

Das Bild vom „Ritt über den Bodensee“, mit dem der rheinische CDU-Politiker Leo Schwing das ungewisse Wagnis der Gründung der CDU als interkonfessionelle Partei in der Rückschau be-

schrieben hat, läßt sich auf die Trümmergesellschaft insgesamt anwenden: Das ihr gründlich abhanden gekommene politische „Urvertrauen“ stellte sich erst mit der Erfahrung stetigen Wachstums, wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität ein. Hier spielte die Währungsreform eine eminent wichtige Rolle. Obwohl sie für Millionen Menschen zunächst ein Absinken in neue Armut bedeutete – denn dieser „drastische Währungsschnitt hatte sämtliche Geldvermögen zu 95 % entschädigungslos enteignet“⁵⁷ –, markierte sie gleichzeitig den faktischen und mentalen Wendepunkt in der scheinbaren Perspektivlosigkeit der Trümmergesellschaft.

Die soziale Not war gleichwohl nach wie vor groß und konflikträchtig, und ebenso war die Trümmergesellschaft mehr von Labilität denn von Stabilität gekennzeichnet. Ein erfolgreicher Abbau dieses Konfliktpotentials erfolgte erst mit dem in den fünfziger Jahren realisierten System der sozialen Sicherung. Die große sozialpolitische Leistung war mit einer wesentlichen Bedingung dafür, daß sich die Trümmergesellschaft zur Nachkriegsgesellschaft entwickeln konnte.

III.

Die westdeutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit ist in der Forschung in unterschiedlicher Weise typisiert worden. So hat Theodor Geiger von der „Klassengesellschaft im Schmelztiegel“⁵⁸ gesprochen und Helmut Schelsky die vielfach rezipierte These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ formuliert⁵⁹ – beides Charakterisierungen, die sich an den Merkmalen Umbruch, Wandel und Transformation orientieren. Diese Beobachtungen treffen ohne Zweifel Wesentliches, sie lassen aber nicht die sozialen Ambivalenzen der Trümmergesellschaft erkennen, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen. Insofern erscheint die Trümmergesellschaft in hohem Maße als eine Gesellschaft mit Fassadencharakter.

So wie die Bombenangriffe und Feuerstürme alliierter Luftstaffeln viele deutsche Städte ihrer Individualität beraubt hatten, so schienen Krieg und

S. 182 ff.; Helga Grebing, *Demokratie ohne Demokraten? Politisches Denken, Einstellungen und Mentalitäten in der Nachkriegszeit*, in: *Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945*, hrsg. von Everhard Holtmann, Erlangen 1989.

53 Jürgen W. Falter, *Alte und neue Parteiorientierungen: Die Bundestagswahl 1949 zwischen Kontinuität und Neubeginn*, in: E. Holtmann (Anm. 52), S. 50; vgl. ferner den Beitrag von Andreas Biefang in diesem Heft.

54 In: *Der Ruf*, 2 (1946), 2. September, S. 60 ff.

55 In: *Deutsche Literatur nach 1945* (Anm. 1), S. 140 ff.

56 Vgl. die anregende Studie von L. Albertin (Anm. 14).

57 H. G. Hockerts (Anm. 9), S. 27.

58 Vgl. den Buchtitel „Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel“, Köln-Opladen 1949.

59 Vgl. die Studie: *Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft* (1953), in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf-Köln 1965, S. 332. Kritisch dazu H. Braun (Anm. 31), S. 199 ff.

Zusammenbruch auch die deutsche Gesellschaft in einen Zustand von Egalität und Gleichförmigkeit hineingestürzt zu haben. Not und Mangel, Verlust und Tod waren so allgegenwärtig, daß alle Merkmale von Klassenstrukturen, von sozialer Polarisierung und Ungleichheit eingeebnet schienen. Doch dieser Eindruck täuscht. Die Trümmergesellschaft spülte Konjunkturritter der Not nach oben – wie etwa die Schwarzmarkthändler – und verschaffte einzelnen Gruppen – z. B. den Bauern – die Position von Nutznießern; doch solche Zeiterscheinungen sagen nichts aus über tatsächliche soziale Positionsgewinne, über Auf- und Abstiege, über Umschichtungen oder Entschichtungsvorgänge.

Dieses Fazit soll in fünf abschließenden Bemerkungen erläutert und gebündelt werden. Sie zeigen, daß die Trümmergesellschaft nicht mit pauschalisierenden, antithetischen Zuordnungen wie *Restauration* oder *Neubeginn* erfaßt werden kann, sondern daß vielmehr auf allen sozialen und politischen Ebenen Merkmale der Restitution *und* des Neuanfangs auszumachen sind:

1. Die Trümmergesellschaft war eine „zutiefst aufgewühlte Gesellschaft“⁶⁰. Betroffen waren alle Schichten. Jedoch bedarf es noch eingehender sozialhistorischer Untersuchungen, um präzise bestimmen zu können, wie stark das Faktum massenhafter Entwurzelung und Deklassierung bis hin zum sozialen Absturz gewichtet werden muß – etwa innerhalb der langfristigen sozialen Auf- und Abstiegsprozesse auf seiten der Industriearbeiterschaft einerseits, des alten und neuen Mittelstandes andererseits – und ob sich die Beziehungen zwischen den Schichten und Klassen ad hoc veränderten. Für das Ruhrgebiet ist beispielsweise Klaus Tenfelde zu dem Ergebnis gekommen, daß die „Struktur der sozialen Schichtung ... bis 1950 bemerkenswert stabil geblieben“ sei⁶¹.
2. Die katastrophale Ernährungslage in den ersten Nachkriegsjahren hatte speziell die Bauern in eine privilegierte Stellung gebracht, aus der sie aber nur bedingt gesellschaftliches Kapital zu schlagen vermochten. Alte Konfliktlinien zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung brachen auf. Das Gefühl, am längeren Hebel zu sitzen, war nur vorübergehend und erwies sich

alles in allem als trügerisch und kontraproduktiv. Welche Bedeutung den Jahren der Trümmergesellschaft tatsächlich im Kontext des soziokulturellen und ökonomischen Wandels auf dem Lande zugemessen werden muß – ob sie bestehende Modernisierungstrends beschleunigte, verzögerte oder etwa zu neuartigen Konstellationen zwischen Stadt und Land führte –, diese Fragen lassen sich nur im Kontext des „nach Kriegsende umfassend einsetzenden Modernisierungsprozesses in Deutschland“⁶² beantworten. Gleichwohl war die Konfrontation zwischen Altem und Neuem auf dem Lande umwälzend genug, um auch hier Modernisierungsprozesse unumkehrbar zu machen.

3. Auf den ersten Blick eindeutiger war die Situation der christlichen Kirchen. Sie hatten den Nationalsozialismus – wie es schien – ungebrochen und unbeschädigt überstanden. Insofern war klar, daß die „christlich-naturrechtlich begründeten Prinzipien“ des christlichen Glaubens zugleich die Fundamente einer politisch-gesellschaftlichen Neuordnung sein müßten⁶³. Dementsprechend offensiv wurde der kirchliche Gestaltungsanspruch etwa in den Verfassungsberatungen vertreten. Gegenüber dem Kirchenvolk wiederum wurde die Losung ausgegeben, noch treuer, noch fester im Glauben zu sein. Die Voraussetzungen dazu waren auch deshalb günstig, weil die Zumutungen des NS-Regimes den Zusammenhalt kirchlich geprägter Milieus und Lebensformen gestärkt hatten. So wiesen etwa im Bereich des Katholizismus alle Indikatoren auf eine kraftvolle Renaissance hin – in den Städten wie auf dem Lande. Aber auch hier zeigt sich in einer Langzeitperspektive, daß die Anzeichen „eines neu anbrechenden religiösen Frühlings“⁶⁴ gegenläufige Entwicklungen nur überdeckten, die sich dann in den sechziger Jahren dramatisch beschleunigten.
4. Die Trümmergesellschaft markiert politik-, sozial- und erfahrungsgeschichtliche Zäsuren, die freilich nicht synchron verliefen. Es wurden politische und ökonomische Entscheidungen getroffen, die das westdeutsche Verfassungs- und Sozialsystem maßgeblich bestimmten. Diese Entscheidungen und Weichenstellungen

60 H.-P. Schwarz (Anm. 32), S. 402.

61 Klaus Tenfelde, *Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet*, in: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 174.

62 P. Erker (Anm. 4), S. 425.

63 Vgl. Karl Gariel, *Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung eines konfessionellen Milieus*, in: A. Schildt/A. Sywottek (Anm. 35), S. 425.

64 Hans Maier, *Kirche, Religion und Kultur*, in: *Zäsuren nach 1945* (Anm. 36), S. 131.

lassen sich jedoch – und damit ist die Frage von Kontinuität und Diskontinuität aufgeworfen – im Bereich der Politik- und Erfahrungsgeschichte (Beispiel: Kapitulation, Währungsreform, Gründung der Bundesrepublik) präziser bestimmen als etwa im Bereich der Sozialgeschichte (Beispiel: Veränderungen von Sozialstrukturen, Mentalitäten etc.).

Nach diesen Bemerkungen stellt sich

5. das Problem der Periodisierung, d. h. die Frage nach dem Stellenwert der Trümmersgesellschaft im Kontext der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, in besonderer Weise. Die Antwort soll in zwei sprachliche Bilder gekleidet werden, um so auch die Begrenztheit definitiver Aussagen beim gegenwärtigen Forschungsstand zu unterstreichen: Die vielfache und dauerhafte Prägekraft der Trümmersgesellschaft verleiht ihr

einerseits einen Schwellencharakter; andererseits war sie eine Inkubationsphase für soziale und kulturelle Prozesse (Wohn- und Verkehrs-wesen, Konsum- und Freizeitverhalten sowie Lebensstile sollen hier als Stichworte genügen), die erst in den späten fünfziger wie in den sechziger Jahren offenkundig wurden⁶⁵. Beides – Schwellencharakter und Inkubationsphase – macht den epochalen Rang der Trümmersgesellschaft in der deutschen Nachkriegsgeschichte aus.

⁶⁵ Zahlreiche Beispiele dazu in dem Sammelband von A. Schildt/A. Sywottek (Anm. 35). Dieser Fragestellung ist auch ein beim Westfälischen Institut für Regionalgeschichte, Münster, angesiedeltes Forschungsprojekt verpflichtet, in dem z. Z. 13 Einzelstudien bearbeitet werden. Grundsätzlich dazu: Matthias Frese/Franz-Werner Kersting/Michael Prinz/Susanne Rouette/Karl Teppe, Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960. Ein Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte, in: Westfälische Forschungen, 41 (1991), S. 444 ff.

Die Wiederentstehung politischer Parteien in Deutschland nach 1945

I. Grundzüge der Entwicklung des Parteiensystems

1. Das Ende der Parteien 1933

Das „Ende der Parteien“ kam schnell: Bereits wenige Monate nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war der nationalsozialistische Einparteiensstaat etabliert. Die Pläne der konservativen Koalitionspartner der NSDAP, die Hitler-Partei „einzurahmen“ und auf einen gemäßigten Kurs zu zwingen, waren an der brutalen Entschlossenheit der neuen Machthaber kläglich gescheitert. Die wichtigsten Stufen zur Ausschaltung der parteipolitischen Konkurrenz bildeten die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 27. Februar 1933 und das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Durch diese (Un-)Rechtsakte wurden die wichtigsten Grundrechte außer Kraft gesetzt und die Gewaltenteilung sowie die Kontrollbefugnisse des Parlaments beseitigt¹. Nachdem die KPD schon im März des Jahres in die Illegalität gedrängt und der SPD im Juni jede Betätigung untersagt worden war, zogen die verbliebenen bürgerlichen Parteien im Juni und Juli 1933 die Konsequenz und lösten sich „freiwillig“ auf. Mit der Verabschiedung des „Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien“ am 14. Juli 1933 wurde der nationalsozialistische Einparteiensstaat besiegt².

Der Aufstieg der NSDAP zur Regierungsmacht markierte zugleich das endgültige Verschwinden eines Parteiensystems, das Deutschland für viele Jahrzehnte geprägt hatte³. Dieses fünfgliedrige

1 Vgl. Rudolf Morsey, Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf 1992.

2 Vgl. Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Königstein 1979².

3 Vgl. Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985; Eckhard Jesse, Parteien in Deutschland. Ein Abriß der historischen Entwicklung, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 41–88; Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1994.

System – bestehend aus konservativen, national-liberalen, linksliberalen, katholischen und sozialistischen Parteien – war schon während der Revolution von 1848/49 in Ansätzen erkennbar gewesen und hatte sich im Kaiserreich endgültig durchgesetzt. Zu seinen wichtigsten Charakteristika zählte die Bindung der Parteien an spezifische, ideologisch und lebensweltlich bestimmte „Milieus“. Dabei entwickelten das konservative und das schwächer ausgeprägte bürgerlich-liberale Milieu während des Kaiserreichs starke Affinitäten, so daß man vereinfachend von einem „nationalen Lager“ sprechen kann, dem ein „katholisches Lager“ und ein „sozialistisches Lager“ gegenüberstanden⁴.

Die Existenz stabiler politischer Lager schränkte zugleich die Möglichkeiten zur Koalitionsbildung ein. Während des Kaiserreichs existierten lediglich zwei Varianten der parlamentarischen Zusammenarbeit: entweder zwischen den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen oder zwischen den Konservativen und dem Zentrum. Eine alternative, reformorientierte parlamentarische Kooperation zwischen dem Zentrum, dem Linksliberalismus und der SPD entwickelte sich erst unter den extremen Bedingungen des Ersten Weltkriegs. Für die Weimarer Republik wurde diese parlamentarische Kräftekonstellation – trotz ihrer Bezeichnung als „Weimarer Koalition“ – nur vorübergehend bestimmend. Vielmehr wurde die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems durch die gegenseitige Blockade des überwiegend republikfeindlichen nationalen Lagers und der republiktreuen SPD zunehmend untergraben, während das Zentrum je nach politischer Interessenlage mit beiden Seiten koalitionsfähig blieb und sich zur Regierungspartei par excellence entwickelte.

2. Auflösung der Lager und Parteienkonzentration

Ungeachtet der Zerstörung des traditionellen deutschen Parteiensystems durch die Nationalsozialisten hat es nach 1945 eine „Stunde Null“ auch für die Wiederentstehung der politischen Par-

4 Vgl. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

teien nicht gegeben. Vielmehr charakterisierte eine spezifische Gemengelage von Traditionen und Neuanfängen die Entwicklung⁵. Bereits im Exil, im Widerstand und in informellen Gesprächskreisen wurde eingehend über die Neuordnung Deutschlands nach Hitlers Fall nachgedacht. Viele dieser Überlegungen wurden bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat wirksam, der einerseits an die demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte anknüpfte, andererseits aber auch die Lehren aus dem Scheitern von Weimar ziehen wollte⁶.

Für weitere Anknüpfungspunkte sorgte das Verhalten der Siegermächte. Die Alliierten der Westzonen hatten sich am Rande der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 für die Wiedezulassung demokratischer Parteien entschieden. Sie reagierten damit auf die bereits am 10. Juni erfolgte Zulassung antifaschistischer Parteien durch die Sowjetische Militäradministration, die offensichtlich anstrebte, die Parteibildungsprozesse auf ihrem Territorium zu konzentrieren und zu kontrollieren. Bei der Vergabe von Lizenzen favorisierten die Besatzungsmächte solche Parteien, die den „klassischen“ Strömungen der deutschen Parteiengeschichte entstammten – natürlich mit Ausnahme der rechtsextremen und nationalkonservativen Richtung. Dabei kam es den traditionellen Parteien zugute, daß sie von der NS-Diktatur weitgehend unbelastet erschienen, ungeachtet der Zustimmung des Zentrums sowie der bürgerlichen Parteien zum „Ermächtigungsgesetz“ und ungeachtet des aktiven Beitrags der KPD zum Scheitern der Weimarer Republik.

Neben diesen Kontinuitäten gab es auch tiefgreifende Veränderungen. So war das neuentstehende Parteiensystem nicht mehr von stabilen Lagern gekennzeichnet. Zwar wurde die Frühphase der Bundesrepublik geprägt durch eine Blockbildung der bürgerlichen Parteien auf der einen und der SPD auf der anderen Seite, die sich erstmals im Frankfurter Wirtschaftsrat abzuzeichnen begann, doch das generelle Merkmal war die Entstehung der großen „Volksparteien“, die sich nicht mehr in erster Linie auf feste konfessionelle, ideologische oder lebensweltliche Milieus stützten. Als Proto-

typ dieser Parteien gilt die CDU, die die konfessionelle Beschränkung der Zentrumspartei zu überwinden und sich als bürgerliche, christlich-konservative Sammlungsbewegung zu etablieren vermochte. Schwerer tat sich die SPD, die erst nach den verlorenen Bundestagswahlen von 1953 verstärkt um bürgerliche und kirchlich gebundene Wählerschichten zu werben begann.

Charakteristisch für die Entwicklung des Parteiensystems der frühen Bundesrepublik war ein starker Konzentrationsprozeß, der zunächst durch die Lizenzpolitik der Besatzungsmächte begünstigt wurde. Allerdings schienen die Bundestagswahlen von 1949 eine erneute Aufsplitterung des Parteiensystems anzukündigen, gelangten doch immerhin elf Parteien ins Parlament, von denen acht sogar Fraktionsstatus erhielten. Die Bundestagswahl von 1949 wurde aus diesem Grund als die letzte Reichstagswahl der Weimarer Republik bezeichnet⁷. Die Gefahr einer weiteren Aufsplitterung der Parteienlandschaft wuchs nach Aufhebung des Lizenzzwangs durch die Besatzungsmächte im März 1950, die zu einer Gründungswelle vor allem rechtsradikaler Parteien führte, sogar noch an. Erst die Bundestagswahl von 1953, bei der nur noch sechs Parteien ins Parlament einzogen, markierte den endgültigen Übergang zum dreigliedrigen Parteiensystem der Bundesrepublik, bestehend aus CDU/CSU, SPD und FDP, das die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis zum Aufstieg der GRÜNEN in den achtziger Jahren prägte.

Der beschriebene Konzentrationsprozeß wurde durch eine Wahlrechtsänderung erheblich begünstigt: Reichte 1949 die Überspringung der Fünf-Prozent-Hürde in einem einzigen Bundesland aus, um in den Bundestag einzuziehen, galt es ab 1953, bundesweit mindestens fünf Prozent der Stimmen zu erzielen. Für die meisten Regionalparteien bedeutete diese Regelung das Aus. Der Zentrumspartei und der Deutschen Partei gelang der erneute Einzug ins Bundesparlament nur, weil die CDU in einer Reihe von Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Direktkandidaten verzichtet hatte. Die Wahlen von 1953 machten zugleich deutlich, daß die CDU/CSU als bürgerlich-nationalistische Sammelpartei rechte Wählergruppen zu integrieren vermochte.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems waren die Einführung der parlamentarischen Regierungsweise und, damit einhergehend, der veränderte

5 Vgl. dazu die differenzierten Überlegungen von Jeffrey Herf, *Multiple Restorations: German Political Traditions and the Interpretation of Nazism, 1945–1946*, in: *Central European History*, 26 (1993), S. 21–55.

6 Vgl. Peter Bucher (Bearb.), *Der Parlamentarische Rat 1848–1849*, Bd. 2: *Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee*, Boppard 1981; Rainer Salzmann (Bearb.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, Stuttgart 1981.

7 Vgl. Jürgen W. Falter, *Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn*, in: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, 22 (1981), S. 236–263.

Rang der Parteien im politischen und verfassungsrechtlichen System⁸. Im Kaiserreich, teilweise auch noch in der Weimarer Republik, war man einer dualistischen Auffassung und Praxis gefolgt, wonach die Parteien als Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Kräfte streng geschieden wurden von einer den Staat repräsentierenden, angeblich überparteilichen Regierung. Von dieser Tradition wandte sich das Regierungssystem der Bundesrepublik bewußt ab, indem es den jeweiligen Regierungsparteien die Aufgabe zuwies, die nunmehr teildentischen Sphären von Gesellschaft und Staat miteinander zu verklammern. Artikel 21 des Grundgesetzes verlieh den Parteien ausdrücklich Verfassungsrang, indem er ihnen eine herausgehobene Rolle bei der politischen Willensbildung des Volkes zuschrieb. Dieses Regierungssystem, das die Funktionsfähigkeit der Exekutive von der Existenz stabiler parlamentarischer Mehrheiten abhängig machte, verstärkte die Tendenz zur Parteienkonzentration erheblich.

Der folgende Überblick über die Gründung und Frühgeschichte der einzelnen Parteien muß schon aus Raumgründen kursorisch und unvollständig bleiben⁹. Im Mittelpunkt steht die Etablierung des Drei-Parteiensystems aus CDU/CSU, SPD und FDP in den Bundestagswahlen 1953 und 1957. Die kleineren, meist regional verankerten Parteien sowie die Vertriebenen- und Flüchtlingsparteien, aber auch die KPD und die rechtsextremen Parteien werden deshalb nur beiläufig behandelt. Durch diese methodische Vorentscheidung erscheint der Konzentrationsprozeß der Parteien als eine vorgegebene, alternativlose Entwicklung, die sie in Wirklichkeit nicht war. Die Reetablierung eines zersplitterten Parteienwesens nach Art der späten Weimarer Republik wäre gleichfalls möglich gewesen. Es gilt deshalb im Gedächtnis zu bewahren, daß die ausgeprägte parlamentarische Stabilität der frühen Bundesrepublik keine Selbstverständlichkeit war, sondern im hohen Maße von den Entscheidungen der damaligen Verantwortlichen abhängig gewesen ist.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 erscheint eine Be-

schränkung der Betrachtung allein auf die Westzonen und die frühe Bundesrepublik weniger angemessen denn je. Wenn im folgenden die Entstehung der Parteien in der SBZ/DDR dennoch in einem gesonderten Abschnitt behandelt wird, so rechtfertigt sich dies durch die stark abweichende Entwicklung, die spätestens seit der erzwungenen Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED einsetzte. Mit der faktischen Durchsetzung der Einparteienherrschaft der SED kam den formal weiter existierenden konservativen und liberalen Parteien eine Funktion zu, die sie grundlegend von den Parteien der westlichen Zonen unterschied.

II. Zur Gründung und Frühgeschichte der wichtigsten Parteien

1. Die CDU und die CSU

Die Gründung der CDU bedeutete die tiefgreifendste Neuerung in der Parteienlandschaft der Nachkriegszeit¹⁰. Die Idee einer konfessionsübergreifend christlichen, bürgerlich-konservativen und demokratischen „Volkspartei“ konnte an ältere Vorüberlegungen anknüpfen, bekam jedoch erst unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur größere Dringlichkeit und Relevanz. Die Berufung auf gemeinsame „abendländische“, christliche Werte bot angesichts der intellektuellen und moralischen Wüste, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, ein Orientierungsangebot, das zusehends an Attraktivität gewann und politischen Erfolg versprach¹¹. Seit dem Sommer 1945 entstanden – ohne daß eine zentrale Steuerung existiert hätte – in allen Teilen Deutschlands politische Gruppierungen, die eine Sammlung christlich orientierter Demokraten rechts von der Sozialdemokratie anstrebten. Getragen wurden diese politischen Formierungsversuche vornehmlich von ehemaligen Zentrumspolitikern, christlichen Gewerkschaftern und dem Widerstand angehörenden oder nahestehenden Politikern, aber auch von Personen aus protestantischen Zirkeln. Diejenigen Gründungszirkel, von denen die entscheidenden organisatorischen und programmatischen Impulse ausgingen, bestanden in Frankfurt a.M., Berlin

8 Vgl. Heinrich Oberreuter, Politische Parteien: Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik, in: A. Mintzel/H. Oberreuter (Anm. 3), S. 15–40.

9 Es wird hier nur die neueste, übergreifende Literatur angeführt, über die sich die Spezialliteratur leicht erschließen läßt. Eine unentbehrliche Informationsgrundlage bietet Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, 2 Bde., Opladen 1983/1984; vgl. ergänzend Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektive der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993.

10 Vgl. Winfried Becker, CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987; Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993.

11 Vgl. Günter Buchstab u. a. (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler, Düsseldorf 1990².

und im Rheinland. Aufgrund der frühen Zulassung der Parteien in der SBZ kam die erste wesentliche Initiative aus Berlin. Am 26. Juni 1945 erließen 35 Männer und Frauen einen Aufruf zur Gründung einer Christlich-Demokratischen Union, der so gleich auf die Gründung einer einheitlichen gesamtdeutschen Partei zielte.

Der Berliner Gründerkreis repräsentierte weitgefächerte bürgerliche Gruppen. Nur ein Drittel seiner Mitglieder stammte aus der ehemaligen Zentrumspartei, beinahe 40 Prozent waren Protestanten. Sein Aufruf gewann nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß er aus der ehemaligen Hauptstadt erging, erhebliche Ausstrahlungskraft auf das gesamte Deutschland, vor allem jedoch auf die SBZ. Unter dem Eindruck der Berliner Gründung kam es hier bis zum Jahresende zum Aufbau von sechs Landesverbänden.

Stärker an die Strukturen des alten Zentrums knüpfte die Entwicklung im Rheinland und in Westfalen an¹². Auf der Düsseldorfer Konferenz vom 20. August 1945 beschloßen Vertreter aus 43 Orten die Errichtung einer rheinischen Landespartei mit Sitz in Köln, deren Gründung unter dem Namen CDP am 2. September erfolgte. Am selben Tag kam es in Bochum zur Gründung einer westfälischen Landespartei. Schon im Frühjahr 1946 verfügten beide Landesverbände zusammen über 112 000 Mitglieder in 82 Kreisverbänden. Der dominierende Einfluß beider Verbände auf die Gesamtentwicklung der CDU wurde durch die Errichtung eines gemeinsamen Ausschusses für die britische Besatzungszone im Januar 1946 noch erheblich gestärkt. Indem Konrad Adenauer sogleich den Vorsitz dieses Zonenausschusses übernahm, legte er den Grundstein für seinen rasanten politischen Aufstieg¹³.

Die zunehmende Polarisierung zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion behinderte die Verwirklichung einer nationalen Parteikonzeption, wie sie die Berliner CDU verfolgte. Die ohnehin föderalistisch orientierten westlichen Unionsgruppen sahen in einer zentralen, von Berlin dominierten Partei ein Einfallstor für sowjetische Herrschaftsinteressen und widersetzten sich dem auf dem sogenannten „Reichstreffen“ im Dezember 1945 in Bad Godesberg massiv. Parallel dazu vollzog sich auf programmatischer Ebene eine

ähnliche Auseinandersetzung. Das von Jakob Kaiser, dem Nachfolger des von den sowjetischen Behörden Ende Dezember 1945 abgesetzten Andreas Hermes, formulierte Brücke-Konzept wies Deutschland eine Mittlerfunktion zwischen Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu. Diese deutschlandpolitische Programmatik korrespondierte mit den Bedürfnissen der CDU in der SBZ, die sich notgedrungen auf eine Kooperation mit der SED einstellen mußte. In den westlichen Parteikreisen fand Kaiser mit diesen Vorstellungen jedoch kaum Unterstützung. Vor allem Konrad Adenauer drängte erfolgreich auf die vollständige Westintegration der nicht-sowjetischen Besatzungszonen¹⁴. Der Preis dafür war die weitere Vertiefung der deutschen Teilung.

Die frühen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der CDU waren geprägt von christlichem Sozialismus, der auf die christlich begründete Sozialverpflichtung aller Wirtschaftenden abstellte und – bei grundsätzlicher Beibehaltung der Privatwirtschaft – eine an der Menschenwürde orientierte Wirtschaftslenkung sowie die Sozialisierung bestimmter Schlüsselindustrien befürwortete. Ihren programmatischen Ausdruck fanden diese Auffassungen in den Ahlener Beschlüssen vom Februar 1947. Daneben existierten jedoch auch wirtschaftsliberale Vorstellungen, deren Einfluß im ständigen Wachsen begriffen war. Nicht zuletzt Adenauer drängte auf eine Korrektur des Programms der christlichen Sozialisten in diesem Sinne. Schrittweise entstand jenes griffig als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete Erfolgskonzept, das die CDU/CSU gemeinsam mit der FDP gegen die SPD im Frankfurter Wirtschaftsrat durchsetzte¹⁵. Diese teilweise Abkehr von den Lehren des Sozialkatholizismus und die Korrektur der Programmatik im wirtschaftsliberalen Sinne, die in den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949 ihren vorläufigen Abschluß fand, machte die CDU für Protestanten und für Wirtschaftskreise attraktiv. Die antisozialistische Wendung schuf zugleich eine der Voraussetzungen dafür, daß der Union die Integration verschiedener rechter Regional- und Kleinparteien gelang. Die CDU der fünfziger Jahre stützte sich nicht allein auf den christlich-demokratischen Idealismus, der viele ihrer Gründerkreise geleitet hatte, sondern sie trat

12 Vgl. Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.

13 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994.

14 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980².

15 Vgl. Rainer Salzmann (Bearb.), Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, Düsseldorf 1988.

auch – gemeinsam mit der FDP – die Nachfolge des national-konservativen Lagers der Weimarer Republik an. Diese Verschiebung nach rechts war Voraussetzung für ihren Aufstieg zur dominierenden „Volkspartei“ der frühen Bundesrepublik.

Die entstehende CDU war zunächst nicht mehr als ein locker geknüpfter, „polyzentrischer“ Zusammenschluß ihrer 16 Landesverbände. Lediglich in der britischen Besatzungszone kam es zu einer landesübergreifenden Organisation. Dieser regionale Charakter war eine der Bedingungen für die Stärke dieser Partei. Denn als bloßer Dachverband konnte die „Union“ politisch und konfessionell teilweise stark divergierende Gruppen zusammenfassen, ohne durch schwerwiegende Konflikte belastet zu werden. Erst im Herbst 1946 wurde mit Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands ein zonenübergreifendes Gremium zur Koordinierung der Unionsparteien geschaffen¹⁶, an dem sich bis 1948 auch Vertreter der CDU der SBZ beteiligten. Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft bestand vor allem in der Herstellung institutionalisierter Kommunikation zwischen den Landesparteien. Dazu reichten die unregelmäßigen und durch teilweise mehrmonatige Pausen unterbrochenen Sitzungen des Plenums oder des Vorstandes nicht aus. Aus diesem Grund richtete man in Frankfurt a.M. ein Generalsekretariat unter Leitung von Bruno Dörpinghaus ein, das für die folgenden Jahre die einzige permanent arbeitende zentrale Organisation der CDU/CSU blieb.

Verschiedene Versuche, die „Arbeitsgemeinschaft“ zum Ausgangspunkt für die Gründung einer Bundespartei zu machen, scheiterten am Widerspruch der CSU und insbesondere Adenauers, der sich verstärkt auf die 1948 gegründete exklusive Konferenz der Landesvorsitzenden konzentrierte, deren Vorsitz er übernahm. Erst im Sommer 1950, als Adenauer bereits über das Ansehen eines Bundeskanzlers verfügte, erfolgte die Gründung der Bundespartei. Unter diesen Bedingungen konnte er auf dem ersten Bundesparteitag im Oktober des Jahres in Goslar seine Wahl zum Bundesvorsitzenden ungefährdet durchsetzen. Er wurde damit zur bestimmenden Figur auch für die weitere programmatische Entwicklung der „Kanzlerpartei“¹⁷.

16 Vgl. dazu Brigitte Kaff (Bearb.), Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, Düsseldorf 1991.

17 Vgl. Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.

Nicht überall folgte man dem Trend zur Bildung einer überkonfessionellen christlichen Partei. Vor allem im Rheinland und in Westfalen bemühten sich katholische Kreise um die Reorganisierung der alten Zentrumspartei. Es zeigte sich allerdings bald, daß das Zentrum als Regionalpartei keine hinreichende Anziehungskraft bei katholischen Wählern mehr besaß, zumal ihr auch die Kirche die Unterstützung versagte¹⁸. Auch der Deutschen Partei, 1945 als Niedersächsische Landespartei gegründet, gelang die langfristige Konsolidierung neben der CDU nicht. Die protestantische Partei deutschnationaler und rechtskonservativer Prägung blieb trotz ihrer Beteiligung an drei Bundesregierungen im wesentlichen eine Regionalpartei¹⁹. Ihre Vertretung im zweiten Deutschen Bundestag verdankte sie – ebenso wie das Zentrum – Wahlabsprachen mit der CDU. Aus eigener Kraft waren beide Parteien nicht mehr lebensfähig.

Lediglich in Bayern verfestigte sich eine selbständige christlich-konservative Regionalpartei: Die CSU entsprang denselben Gründungsimpulsen wie die CDU: Unter ihrem ersten Vorsitzenden Josef Müller sollte sie sich zu einer überkonfessionell-christlichen und demokratischen „Volkspartei“ entwickeln und zugleich unter Berücksichtigung der bayerischen Traditionen gesamtstaatlich orientiert agieren²⁰. Deshalb beteiligte sie sich an dem lose verknüpften Dachverband der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Erst als die Gründung einer bundesweiten Unionspartei absehbar war, zog sich die CSU im Mai 1950 aus der Arbeitsgemeinschaft zurück. Damit war die Entscheidung für eine eigenständige, allerdings auf Bayern beschränkte Existenz gefallen, ohne daß jedoch die enge Zusammenarbeit mit der CDU aufgegeben wurde²¹.

Die verstärkte Betonung des bayerischen Eigenwegs, der sich unter anderem auch in der Ablehnung des Grundgesetzes zeigte, wurde der CSU zu einem guten Teil durch die Bayernpartei aufgezwungen, die einen extrem föderalistischen, katholisch-etatistischen Weg einschlug und der

18 Vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.

19 Vgl. Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965.

20 Vgl. Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1978²; Barbara Fait/Alf Mintzel (Hrsg.), Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte, 3 Bde., München 1993.

21 Vgl. Günter Mächler, Die CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976.

CSU die Vorherrschaft in den katholischen Wählerschichten Altbayerns lange Jahre streitig machte²². Langfristig konnte sich die Bayernpartei jedoch nicht etablieren. Der allgemeine Konzentrationsprozeß im bundesdeutschen Parteiensystem spiegelte sich also auch auf bayerischer Landesebene wider.

2. Die SPD

Anders als die Unionsparteien konnte die Nachkriegs-SPD an eine Jahrzehnte währende Tradition anknüpfen²³. Während der nationalsozialistischen Diktatur hatte sie durch Exilorganisationen zunächst in Prag und dann in London organisatorische Kontinuität bewahrt. Es handelte sich also im Grunde um eine organisatorische *Wiederbegründung*, die im April 1945 von Hannover aus ihren Anfang nahm. Ungeachtet dieser direkten Kontinuitätslinie hatten sich in den Jahren der Diktatur auch im sozialistischen Lager Wandlungen vollzogen, die die SPD nachhaltig veränderten, so daß etwa Willy Brandt die Nachkriegspartei als *Neugründung* ansah. Unter den Bedingungen des Exils und angesichts der nationalsozialistischen wie der kommunistischen Diktatur kam es nämlich zu einer Annäherung sozialdemokratischer und linkssozialistischer Gruppen wie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Gruppe Neu Beginnen und der Sozialistischen Arbeiterpartei, die sich 1941 in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zusammengeschlossen hatten und den Grundstein für eine Einheit der demokratischen Sozialisten in der SPD legten. Aus den Kreisen der hinzugewonnenen Mitglieder stammten viele derjenigen Politiker, die den allmählich einsetzenden Wandel der SPD von einer „Klassenpartei“ zu einer „linken Volkspartei“ prägen sollten²⁴. Diese personelle Erneuerung und Verbreiterung machte sich auch in der Bundestagsfraktion und in den Landtagen bemerkbar, die keineswegs in dem Maße von Partei-

funktionären aus der Weimarer Zeit dominiert wurden, wie man lange angenommen hatte²⁵.

Stärker noch als bei den Unionsparteien wurde die Entwicklung der SPD durch das Auseinanderdriften der westlichen Besatzungszonen und der SBZ geprägt. Viele der traditionellen Hochburgen der SPD befanden sich auf dem Gebiet der SBZ, während die Union im Westen und Süden ihre Schwerpunkte hatte. Eine Beschränkung auf die westlichen Zonen mußte der SPD schon allein deshalb besonders schwerfallen. In einer dieser Hochburgen, der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin, konstituierte sich Mitte Juni 1945 ein „Zentralausschuß der SPD“. Dieser Zentralausschuß, dem u. a. Otto Grotewohl vorsah, erhob einen deutlichen Führungsanspruch innerhalb der wiedererstehenden Partei, und er verband diesen mit einer ebenso deutlichen inhaltlichen Vorgabe: Der Zentralausschuß strebte die „organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ an, das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten. Grotewohls Politik, die zunächst auf eine bloße Aktionseinheit zielte, geriet zunehmend unter den Einfluß der von der sowjetischen Besatzungsmacht geförderten KPD und mündete schließlich in die Verschmelzung der KPD mit der SPD der SBZ zur SED, vollzogen auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag am 21. April 1946.

Auch wenn es bei einer Reihe von sozialdemokratischen Funktionären Sympathien für den Zusammenschluß der Arbeiterparteien gab, handelte es sich dabei dem Wesen nach um eine Zwangsvereinigung, bei der erheblicher, oft gewaltsamer und sogar tödlicher Druck auf widerstrebende Sozialdemokraten ausgeübt wurde²⁶. Auch ein Blick auf die westlichen Teile Berlins, in denen eine freie Abstimmung möglich war und sich über 82 Prozent der befragten Sozialdemokraten gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD aussprachen, verweist auf die vorwaltenden Auffassungen. Bei vielen Sozialdemokraten der westlichen Zonen herrschte bereits vor der Zwangsvereinigung eine heftige Abneigung gegen engere Formen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten vor.

22 Vgl. Konstanze Wollner, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960, Köln 1984²; Ilse Unger, Die Bayernpartei: Geschichte und Struktur 1945–1957, Stuttgart 1979.

23 Vgl. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1982; Susanne Miller/Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation, Bonn 1991⁷.

24 Vgl. Werner Rösing, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1968; Helga Grebing (Hrsg.), Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, München 1984; Marlies Buchholz/Bernd Rother (Bearb.), Der Parteivorstand im Exil. Protokoll der Sopade 1933–1940, Bonn 1995.

25 Vgl. die einleitenden Bemerkungen von Petra Weber (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, Düsseldorf 1993; zum mehr traditionellen Nordrhein-Westfalen vgl. Dieter Düding, Zwischen Tradition und Innovation. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1966, Bonn 1995.

26 Vgl. Helga Grebing u. a., Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR im Zeitraum zwischen 1945 und dem Beginn der fünfziger Jahre, Marburg 1992; Andreas Malycha (Hrsg.), Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995.

Die rasche Durchsetzung dieser Auffassung gegenüber der Vorstellung von der organisatorischen Einheit der Arbeiterschaft ist unlösbar mit dem Namen Kurt Schumachers verbunden²⁷. In zahllosen Reden und Rundschreiben an die Ortsvereine betonte er die prinzipiellen, weltanschaulichen Unterschiede von Sozialdemokraten und Kommunisten und brandmarkte die KPD als Handlanger fremder Interessen. Von entscheidender Bedeutung war die sogenannte „Reichskonferenz“ vom 5. bis 7. Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover, zu der sich Delegierte der westlichen Zonen, aber auch Vertreter des Berliner Zentralausschusses, darunter Grotewohl, einfanden. Schumacher gelang es hier, die SPD der Westzonen auf seine Linie einzuschwören. Dabei kam ihm zugute, daß er die Unterstützung des noch amtierenden Londoner Exilvorstandes erhielt. Der Einfluß des Berliner Zentralausschusses blieb auf die SBZ beschränkt, und mit der Zwangsvereinigung endete das Konkurrenzverhältnis.

Der Wiederaufbau der SPD in den Westzonen begann lange vor der offiziellen Genehmigung durch die Besatzungsmächte, ja noch vor der offiziellen Kapitulation des Deutschen Reichs²⁸. Bereits am 6. Mai 1945 kam es in Hannover zur Revitalisierung des Ortsvereins, und ähnliches vollzog sich im ganzen Land. Ende 1946 besaß die SPD bereits wieder rund 700 000 Mitglieder, die in über 8 000 Ortsvereinen in 23 Bezirken organisiert waren. Die Leitung der Partei erfolgte zunächst inoffiziell durch das „Büro Schumacher“ in Hannover, das seit der „Reichskonferenz“ von Wennigsen als „Büro der Westzonen“ firmierte. Die Wahl Schumachers zum offiziellen Vorsitzenden der SPD fand auf dem ersten Parteitag am 9. Mai 1946 in Hannover statt, wo in Anknüpfung an die Parteitradition ein Vorstand aus fünf besoldeten und zwanzig unbesoldeten Mitgliedern die Führung der Partei übernahm. Durch diese frühe Konstituierung einer zentralen, überzonalen Parteiorganisation, deren Bedeutung durch die alles überragende persönliche Autorität Schumachers noch verstärkt wurde, unterschied sich die SPD grundlegend von den Unionsparteien.

Die SPD betrachtete sich als die einzige Partei, die der Weimarer Republik bis zum Schluß die Treue gehalten habe und vom Nationalsozialismus unberührt geblieben sei. Viele ihrer Mitglieder hatten

27 Eine den Adenauer-Biographien vergleichbare Arbeit über Schumacher fehlt bislang; vgl. zuletzt Willy Albrecht, Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus, Bonn 1985.

28 Vgl. Albrecht Kaden, Einheit und Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Bonn-Berlin 1990³.

unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gegen die Diktatur gekämpft. Aus diesen Tatsachen leitete die SPD einen Führungsanspruch beim Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland ab. Verkörpert wurde dieser Anspruch durch Kurt Schumacher, der elf Jahre in nationalsozialistischen Konzentrationslagern verbracht hatte. Auch die programmatischen Vorstellungen der Nachkriegs-SPD wurden stark von Schumacher geprägt²⁹. Wie seine „Richtlinien“ vom August 1945, sein Referat auf dem Parteitag 1946 und dann die „Dürkheimer Punkte“ von 1949 zeigten, strebte die SPD die Umsetzung des „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“ an. Darunter verstand sie keineswegs eine generelle Verstaatlichung, wohl aber die Sozialisierung der Rohstoffindustrie und der Monopolbetriebe sowie die staatliche Kontrolle der Banken und der großen Versicherungsgesellschaften. Die Sozialisierungsforderungen entsprangen dabei durchaus auch einem politischen Kalkül, indem sie die Entstehung demokratiefeindlicher Wirtschaftsblöcke, wie man sie aus Weimarer Zeiten kannte, ausschließen sollten. Der Sicherung der „Wirtschaftsdemokratie“ sollten auch der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sowie die Gründung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen dienen.

Im Mittelpunkt der Programmatik stand jedoch die Forderung nach nationaler Einheit und Selbstbestimmung, die zu einem Fixpunkt insbesondere der Politik Schumachers wurde. Der Primat der Wiedervereinigung als „Nahziel“ führte die SPD zwangsläufig in einen fundamentalen Gegensatz zu Adenauer, der der Westintegration den Vorrang gab und die deutsche Einheit nur in langfristiger Perspektive für erreichbar hielt. Obwohl die SPD fest in der demokratischen Wertewelt des Westens verankert war, erblickte sie in den Kernstücken der Adenauerschen Außenpolitik – der europäischen Integration sowie der militärischen Integration in die NATO – vor allem Hindernisse für eine baldige deutsche Wiedervereinigung. Der gegenüber den Besatzungsmächten teilweise schroff vorgetragene Anspruch auf nationale Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Deutschen brachte Schumacher nicht ohne eigenes Verschulden in den Ruch eines Nationalisten.

In den Landtagswahlen von 1946 mußte die SPD die bittere Erfahrung machen, daß die Wähler ihren generellen Führungsanspruch nicht akzeptierten. Zwar wurde sie in den Stadtstaaten Ham-

29 Vgl. Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin Bonn 1990³.

burg, Bremen und Berlin sowie in Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur stärksten Partei, aber im Frankfurter Wirtschaftsrat, der aus den Landesparlamenten besetzt wurde, stellte die SPD nur die zweitstärkste Fraktion. Schumacher zog daraus die Konsequenz und legte die Partei auf die Oppositionsrolle fest – eine Entscheidung, die immer wieder als vor-schnell kritisiert wurde: Auf diese Weise fielen die Posten aller fünf Verwaltungsdirektoren an CDU und FDP³⁰. Die Hoffnung, daß die Wähler den strikten Oppositionskurs honorieren würden, erfüllte sich nicht: Bei den ersten Bundestagswahlen 1949 landete die SPD mit 29,2 Prozent der Stimmen knapp hinter der Union und setzte den Kurs der „konstruktiven Opposition“ fort.

Das Erbe Schumachers blieb für die SPD zwiespältig. Zu seinen Leistungen gehörte zweifellos der entschlossene Wiederaufbau der Partei und ihre strikte Abgrenzung gegenüber den Kommunisten. Auch trug die Existenz einer starken und loyalen Oppositionspartei zum Funktionieren des parlamentarischen Systems bei. Auf der anderen Seite minderte die frühe Entscheidung für die Opposition die Mitgestaltungsmöglichkeiten der SPD. Schumachers charismatischer und autoritärer Führungsstil ließ – begünstigt durch die zentralistische Parteistruktur – wenig Raum für die Entfaltung politischer Talente in den Stadtstaaten und Ländern und verzögerte die überfällige Organisationsreform sowie die Öffnung der Partei für neue Wählerschichten.

Die allmähliche Öffnung der SPD war auch die Voraussetzung für die erfolgreiche Integration der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die aus Protest gegen die Adenauersche Politik der Westintegration im Herbst 1952 entstanden war. Unter Führung des ehemaligen CDU-Mitglieds und Bundesinnenministers Gustav Heinemann verfocht die stark protestantisch gefärbte GVP eine neutralistische, zum Teil pazifistische Außenpolitik, die die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen sollte³¹. Damit vermochte die GVP zwar anerkannte Persönlichkeiten zu gewinnen, scheiterte aber bei den Bundestagswahlen 1953 mit 1,1 Prozent der Stimmen deutlich. Ihre nationalpolitischen Positionen bewirkten in der Folgezeit eine allmähliche Annäherung an die SPD,

30 Vgl. Christoph Stamm, Die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949. Protokolle, Aufzeichnungen, Rundschreiben, Bonn 1993.

31 Vgl. Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990.

der beizutreten die GVP bei ihrer Auflösung im Mai 1957 empfahl.

3. Die FDP

Als die liberalen Parteien sich Mitte 1933 unter dem Druck der Nationalsozialisten auflösten, hatten ihre Wähler sie längst verlassen. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 waren sie mit zusammen 2,9 Prozent der Stimmen auf bloße Splitterparteien reduziert worden. Angesichts des beinahe vollständigen Zusammenbruchs des liberalen Milieus war das rasche Wiederentstehen liberaler Parteien nach 1945 keineswegs selbstverständlich³². Zusätzlich erschwert wurde ein Neuanfang durch den Umstand, daß die Liberalen durch die Bildung der Unionsparteien Konkurrenz im national-protestantischen Lager bekommen hatten. Dessenungeachtet kam es nach 1945 zu zahlreichen kommunalen und regionalen Neugründungen. Die Mitgliederzahl der liberalen Parteien blieb zwar, verglichen mit CDU/CSU und SPD gering, wuchs aber bis Ende 1951 auf rund 80 000 Personen an, die sich allerdings nicht gleichmäßig über das Land verteilten, sondern in städtischen Hochburgen konzentrierten.

Ähnlich wie die Unionsparteien entstand die FDP aus verschiedenen regionalen und lokalen Gründerkreisen. Und ähnlich wie CDU/CSU und SPD mußte sich auch die entstehende FDP mit dem entschieden vorgetragenen Führungsanspruch des Berliner Gründerkreises auseinandersetzen. Unter Vorsitz der ehemaligen Reichsminister Wilhelm Külz und Eugen Schiffer (beide vormals Deutsche Demokratische Partei) war es dort bereits am 16. Juni 1945 zur Gründung der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) gekommen, die auf eine gesamtdeutsche Ausdehnung zielte. Die allgemeine politische Entwicklung sowie die Abneigung der strikt marktwirtschaftlich ausgerichteten westzonalen Gruppen verhinderten allerdings auch hier den Aufbau einer zentralen Parteiorganisation in Berlin. Immerhin kam es jedoch im März 1947 zum Versuch einer gesamtdeutschen Parteigründung. Auf einer Vierzonenkonferenz in Rothenburg/Tauber wurde die Demokratische Partei Deutschlands (DPD) ins Leben gerufen, die unter dem gleichberechtigten Vorsitz von Theodor Heuss (Westzonen) und Wilhelm Külz (Ostzone) die Landesparteien zu-

32 Vgl. Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985; Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955, Baden-Baden 1984.

sammenfassen sollte. Bereits im Frühjahr 1948 scheiterte jedoch die Zusammenarbeit an der Realität der Auseinanderentwicklung der Besatzungszonen, die auch in der schrittweisen Gleichschaltung der ostzonalen LDP durch die SED zum Ausdruck kam. Seit dem Zerfall der DPD lief die Entwicklung in den Westzonen auf die Gründung einer zonenübergreifenden Partei zu: Am 10. November 1948 schlossen sich die westdeutschen Landesverbände in Heppenheim zur Freien Demokratischen Partei (FDP) zusammen. Zum ersten Vorsitzenden wurde der spätere Bundespräsident Theodor Heuss gewählt, dem 1950 Franz Blücher nachfolgte.

Die neugegründete FDP überwand die traditionelle Spaltung des deutschen Liberalismus in eine linksliberale und eine nationalliberale Richtung. Der Preis für die Vereinigung bestand darin, daß die Frühgeschichte der FDP bis weit in die fünfziger Jahre hinein von heftigen Auseinandersetzungen ihrer Flügel geprägt blieb. Die Hochburgen der linksliberalen Gruppierungen lagen im späteren Baden-Württemberg sowie in den Hansestädten Hamburg und Bremen. Insbesondere der linksliberale Stuttgarter Gründerkreis um Wolfgang Hausmann, Theodor Heuss und den späteren Ministerpräsidenten Reinhold Maier gewann erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei³³. Unter Anknüpfung an regionale linksliberale Traditionen und Milieus kam es Ende 1945 in Stuttgart zur Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP). Die Partei, die bei den Landtagswahlen 1946 rund 20 Prozent der Stimmen erhielt, verstand sich als mittelständisch orientierte, bürgerlich-liberale Partei, die den Konfessionalismus der Unionsparteien ebenso ablehnte wie den Sozialismus der SPD.

Nach ihrem Selbstverständnis als „Mittelpartei“ standen die südwestdeutschen wie die hanseatischen Liberalen Koalitionen nicht nur mit den bürgerlichen Parteien, sondern auch mit der SPD aufgeschlossen gegenüber. Ganz anders verlief dagegen die Entwicklung in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo nationalliberale und nationalistische Auffassungen dominierten³⁴.

33 Vgl. Günter Serfas, „Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“. Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46, Heidelberg 1986; Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.

34 Vgl. Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985; Lothar Albertin/Hans Gringmuth (Bearb.), Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948, Düsseldorf 1995; Hans-Georg Marten, Die

Gemäß ihrem antisozialistischen Selbstverständnis favorisierten die dortigen Landesverbände ein Bürgerblockkonzept und lehnten jede Zusammenarbeit mit der SPD ab. Der Versuch der Konstituierung als „Rechtspartei“, als Partei der „nationalen Sammlung“, führte jedoch dazu, daß die Abgrenzung zum rechtsextremen Lager verschwamm. Vor allem in Nordrhein-Westfalen kam es unter dem Vorsitzenden Friedrich Middelhaue zu einer regelrechten Unterwanderung durch ehemalige Nationalsozialisten, die zeitweise wichtige Teile des Funktionärsapparates in den Griff bekamen.

Angesichts der unterschiedlichen programmatischen Ausrichtung und politischen Strategie der verschiedenen Parteigruppen erwies es sich als überlebensnotwendig, daß die 1948 in Heppenheim gegründete FDP im wesentlichen ein „Kartell von Landesparteien“ blieb. Die weitgehende organisatorische Autonomie der Landesverbände ermöglichte die ideologische Koexistenz von Auffassungen, die im Grunde kaum miteinander vereinbaren waren, wie der Bad Emser Bundestag vom November 1952 nochmals zeigte. Dem Parteitag, dem ein nationalliberales „Deutsches Programm“ aus Nordrhein-Westfalen sowie ein aus Hamburg stammendes linksliberales „Manifest“ vorlag, gelang weder eine Synthese, noch konnte er sich zur Annahme eines der Entwürfe durchringen. Die Flügel blockierten sich gegenseitig, und die Partei blieb bis 1957 ohne offizielles Programm. Wenn die FDP derartige innerparteiliche Differenzen aushielt, ohne sich zu spalten, dann tat sie das in dem Bewußtsein, daß jeder Flügel für sich genommen politisch kaum überlebensfähig gewesen wäre³⁵.

Auf nationaler Ebene, vom Wirtschaftsrat bis zum Bundestag, setzte sich seit 1948 allerdings zunächst das Bürgerblock-Konzept des rechten Parteiflügels durch – abgesehen vom Parlamentarischen Rat, wo Theodor Heuss eine wichtige Rolle spielte. „Freie Marktwirtschaft“ und nationale Einheit: so lassen sich die beiden wichtigsten Programmpunkte der FDP zusammenfassen. Die FDP etablierte sich als anti-sozialistische Plattformpartei am rechten Rand des Parteienspektrums. In vieler Hinsicht trat sie das Erbe des national-protestantischen Kernmilieus der Weimarer Republik an. Erst seit 1953, verstärkt dann seit dem deutsch-

unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955, Göttingen 1978.

35 Vgl. Peter Juling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946–1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim 1977.

landpolitisch motivierten Austritt aus der Bundesregierung 1956, kam es zu einer Zurückdrängung des Einflusses des rechten Flügels, der aber nach wie vor Gewicht behielt. Es blieb charakteristisch für die inneren Konfliktlinien der FDP, daß sie sowohl beim Eintritt in die sozial-liberale Koalition 1969 wie beim Eintritt in die konservativ-liberale Koalition 1982 gravierende Mitgliederverluste auf dem jeweils unterlegenen Parteiflügel hinnehmen mußte.

III. Sonstige Parteien

Bevor im nächsten Kapitel mit wenigen Strichen das Parteiensystem der SBZ/DDR charakterisiert wird, sollen hier noch einige Bemerkungen über Parteien folgen, die im System der Bundesrepublik Deutschland, wie es sich seit 1953 herausbildete, keinen dauerhaften Platz gefunden haben – nämlich die Kommunistische Partei, die rechtsextremen Parteien sowie die Interessenparteien der Vertriebenen und Flüchtlinge.

1. Die KPD

Die wichtigste Partei war zweifellos die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die zu den ersten durch die Besatzungsmächte lizenzierten Parteien gehörte³⁶. Die KPD profitierte anfangs von den Sympathien, die ihr in Teilen der Bevölkerung wegen ihres – allerdings erst verspätet einsetzenden – opferreichen Widerstands gegen die NSDAP zuwuchsen und sich in teilweise beachtlichen Ergebnissen bei den Landtagswahlen 1946/47 äußerten (die Bandbreite lag zwischen 5,6 Prozent in Niedersachsen und 14 Prozent in Nordrhein-Westfalen). Es gelang der Partei allerdings nicht, diese Sympathien dauerhaft zu stabilisieren. Zwar hatte der Berliner Gründungsaufruf vom 11. Juni 1945 eine Übertragung des Sowjetsystems auf Deutschland abgelehnt und ein Bekenntnis zur „demokratisch-parlamentarischen Republik“ enthalten. Aber die KPD der Westzonen geriet seit der Gründung der SED im April 1946 zunehmend in den Ruf, keine eigenständige politische Kraft zu sein, sondern die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht zu vertreten. Diese Auffassung beruhte u. a. auf der Tatsache, daß die KPD der West-

zonen organisatorisch und personell eng mit der SED verbunden war.

Der Wiederaufbau der KPD war bereits Ende 1946 durch die Zusammenfassung der rund 160 000 Mitglieder in Bezirks- und Landesverbänden im wesentlichen abgeschlossen. Ende April 1948 wurde Max Reimann von einer Delegiertenversammlung der Leitungen der elf Landesverbände der Westzonen zum Vorsitzenden der KPD der Westzonen gewählt. Obwohl sich die Partei im Januar 1949 als selbständige westdeutsche Partei konstituierte, verlief ihre Entwicklung parallel zur SED: Seit 1948 erfolgte ihr allmählicher Umbau in eine marxistisch-leninistische Kaderpartei, der mit umfangreichen „Säuberungen“ von politischen „Abweichlern“ einherging und zu einer intellektuellen Verarmung führte. Die KPD verwarf den „deutschen Weg zum Sozialismus“ und bekannte sich zum sowjetischen Vorbild. Unter den Bedingungen der sich verschärfenden Blockkonfrontation entwickelte sie sich zu einer zunehmend „nationalistisch“ und revolutionär argumentierenden, systemgegnerschen Partei. Dadurch geriet sie allmählich in die politische Isolation, die auch durch die Abmilderung der radikalen Rhetorik seit 1951 nicht mehr durchbrochen werden konnte. Ihren relativen Wahlerfolg von 1949 – im ersten Bundestag war sie mit immerhin 15 Abgeordneten (5,7 Prozent) vertreten – konnte die KPD 1953 (2,2 Prozent) nicht mehr wiederholen. Der Niedergang der Partei wurde beschleunigt durch eine die rechtsstaatlichen Grenzen wiederholt überschreitende justitielle Verfolgung, die in das Verbot durch das Bundesverfassungsgericht im August 1956 mündete³⁷. Für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik war dies kein Ruhmesblatt, zumal gerade innerhalb der Justiz eine nahezu ungebrochene personelle Kontinuität zur NS-Zeit vorherrschte.

2. Rechte Gruppierungen

Deutlicher als es den Zeitgenossen vor Augen stand, zeigt sich im Rückblick, daß der Rechtsextremismus für die frühe Bundesrepublik vor allem ein Problem der personellen Kontinuität in Ämtern und Behörden sowie der Langlebigkeit der Gesinnungen und Mentalitäten war. Offen rechtsextreme Parteien, die verstärkt nach der Lockerung bzw. Aufhebung des Lizenzzwanges durch die Alliierten entstanden, konnten nur

³⁶ Vgl. Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1956, Köln 1959; Georg Fülberth, KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990.

³⁷ Vgl. Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt a. M. 1978.

kurzfristige Erfolge erzielen³⁸. Das war angesichts von Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen, Kriegsversehrten und heimkehrenden Soldaten keineswegs selbstverständlich, sondern belegt die enorme soziale Integrationsleistung des neuen Staates.

Die bereits 1945/46 gegründeten rechten Gruppierungen zeichneten sich durch jeweils spezifische Mischungen aus deutschnationalen, ständischen, völkischen und nationalsozialistischen Gedanken aus. An erster Stelle zu nennen wäre die bereits 1945 gegründete Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) des Rechtsanwalts Alfred Loritz. Die WAV, die zunächst als mittelständisch-bayerische Interessenpartei auftrat, entwickelte sich bald zu einem Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten. Ihren Höhepunkt erlebte sie, als sie immerhin zwölf Abgeordnete in den ersten Bundestag entsenden konnte³⁹. Wichtiger wurde das 1946 ins Leben gerufene Bündnis aus der Deutsch-Konservativen Partei und der Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP), das ein ähnliches Ideologiemisch umfaßte. Im nordwestdeutschen Raum verankert, kam es bei den Bundestagswahlen von 1949 auf 1,8 Prozent der Stimmen, die größtenteils aus Niedersachsen (8,1 Prozent) stammten. Aufgrund der damaligen länderbezogenen Anwendung der Fünf-Prozent-Klausel konnte das Bündnis zunächst fünf Abgeordnete in den Bundestag entsenden.

Sehr viel offener lehnte sich die im Oktober 1949 gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) an das nationalsozialistische Vorbild an⁴⁰. Als Partei der „nationalen Opposition“ forderte sie die „Reichseinheit“ und Unabhängigkeit von den Besatzungsmächten. Sie propagierte die Verbindung zwischen Nationalismus und einem völkischen Sozialismus. Ihr biologistisch und sozialdarwinistisch geprägtes Vokabular war ebenso deutlich der NSDAP entlehnt, wie sie deren frühere Mitglieder und Funktionäre umwarb. Bei den Landtagswahlen von 1951 erzielte die SRP erschreckende Erfolge: in Bremen kam sie auf sieben Prozent und in Niedersachsen sogar auf elf Prozent der Stimmen.

38 Vgl. neben den Parteienporträts bei R. Stöss (Anm. 9) Wolfgang Benz, Organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick 1945–1984, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 38 (1987), S. 90–104; Uwe Backes/Eckard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990³.

39 Vgl. Hans Woller, Die Loritz-Partei: Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung 1945–1955, Stuttgart 1982. Offen rechtsextrem war der „Deutsche Block“, der sich 1947 von der WAV abgespaltete.

40 Vgl. Otto Büsch/Peter Furth (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), Köln–Opladen 1967.

Die offensichtliche neonazistische Orientierung der SRP, die zunehmend auch die Außenpolitik Adenauers belastete, führte zum baldigen Ende der Partei: Im Oktober 1952 wurde sie auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Ein Teil der Mitglieder und Anhänger der SRP wurde – wie übrigens auch die hessische „Nationaldemokratische Partei“ – durch die Ende 1949 gegründete Deutsche Reichspartei (DRP) absorbiert, die die Nachfolge des DKP-DRP-Wahlbündnisses im nordwestdeutschen Raum angetreten hatte. Mit der SRP vergleichbare Wahlerfolge konnte die DRP allerdings nicht erzielen. Der Einzug in die Landesparlamente blieb ihr versagt. Immerhin gelang es ihr, der ebenfalls Ende 1949 gegründeten „Deutschen Partei“ die Prädominanz in Bayern und im baden-württembergischen Raum streitig zu machen. Mit dem Verbot der SRP war jedoch der Höhepunkt der ersten rechtsextremen Welle in der Geschichte der Bundesrepublik überschritten. Die erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Adenauers führte zur allmählichen Akzeptanz des parlamentarischen Systems auch bei potentiellen Rechtswählern. Zu nennenswerten parlamentarischen Vertretungen rechtsextremer Parteien kam es erst wieder mit dem Aufstieg der NPD in den sechziger Jahren.

3. Der BHE

Auch den Parteien, die die mehr als acht Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge zu vertreten beanspruchten, entzog der erfolgreiche Integrationsprozeß allmählich die Existenzgrundlage. Ihre wichtigste parteipolitische Interessenvertretung wurde der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)⁴¹. Der BHE war unmittelbar nach Aufhebung des Lizenzzwanges am 8. Januar 1950 in Schleswig-Holstein, einem der Hauptzuzugsländer der Vertriebenen, gegründet worden. Unter dem Vorsitz Waldemar Krafts sah er seine Hauptaufgabe in der Vertretung der sozialen Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge innerhalb des politischen Systems der entstehenden Bundesrepublik.

Die naheliegende Konsequenz der sozialpolitischen Aufgabenstellung war das Streben nach Regierungsbeteiligung, wo immer dies möglich schien. Der BHE koalierte deshalb je nach den

41 Vgl. Franz Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim 1968.

Umständen sowohl mit der CDU wie mit der SPD. Einen ersten erstaunlichen Erfolg erzielte der BHE bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein von 1950, als er 23,4 Prozent der Stimmen erhielt und in eine Bürgerblockregierung mit CDU, FDP und DP eintrat. Dieser Erfolg beschleunigte die Ausdehnung über das gesamte Bundesgebiet. Bis zu seiner Auflösung war der BHE in sechs Landtagen und fünf Landesregierungen vertreten. Von 1953 bis 1957 gehörte er mit 27 Mandaten auch dem Bundestag an. In der Bundesregierung stellte er von 1953 bis 1955 mit Theodor Oberländer, der allerdings aufgrund seiner herausgehobenen Funktion im NS-Regime belastet war, den Vertriebenenminister.

Als politische Vertretung der Vertriebenen besaß der BHE ein besonderes Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit in den „Grenzen von 1937“ und tendierte deshalb immer wieder zu einer revisionistischen Außenpolitik.

Nationalpolitische Opposition gegen den Kurs Adenauers war es auch, die 1955 zum Rückzug der Partei aus der Bundesregierung führte. Dieser Kurswechsel wurde allerdings von Kraft und Oberländer nicht mitvollzogen, die sich mit einigen weiteren Abgeordneten der CDU anschlossen. Mit dem Scheitern des personell geschwächten BHE bei den Bundestagswahlen von 1957 begann sein Niedergang, der durch die Verschmelzung mit der DP 1961 nur unwesentlich hinausgezögert wurde.

IV. Zur Charakterisierung des Parteiensystems der SBZ/DDR

Noch vor den Westalliierten hatte die Sowjetische Militäradministration am 10. Juni 1945 die Bildung von vier antifaschistischen Parteien zugelassen: der KPD, der SPD, der CDU und der LDP. Um eine bessere Kontrolle zu gewährleisten, wurden sie schon vier Tage später in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammengefaßt. An der Spitze des Verbundes stand ein aus den Parteivorsitzenden gebildeter Ausschuß, der auf das Prinzip der Einstimmigkeit festgelegt war⁴². Eine Koalition ohne oder gegen die KPD war damit zwar ausgeschlossen, aber die Vielfalt

42 Vgl. Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.

der Parteien schien noch nicht unmittelbar gefährdet. Das änderte sich jedoch bald nach der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED im April 1946. Spätestens jetzt setzte eine Entwicklung ein, in der ein scheinbar pluralistisches Parteiensystem vornehmlich zur Verschleierung der Einparteienherrschaft der SED dienen sollte⁴³.

Die SED war mit ihren 1,3 Millionen Mitgliedern, von denen rund 700 000 der SPD entstammten, die am besten organisierte und mitgliederstärkste Partei der SBZ und konnte sich eines besonderen Wohlwollens der sowjetischen Besatzungsmacht erfreuen⁴⁴. Dieser Vorteil schlug sich in den Landtagswahlen vom Herbst 1946 – den einzigen halbwegs freien Wahlen in der SBZ/DDR vor 1989 – nur bedingt nieder. Trotz zahlreicher Wahlbehinderungen ihrer Gegner gelang es der SED, die insgesamt 47,6 Prozent der Stimmen erhielt, nirgendwo, die absolute Mehrheit zu erreichen. Lediglich in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg war sie stärker als CDU und LDP zusammen. Desaströs waren die Ergebnisse der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen in Groß-Berlin, bei denen die SED mit 19,8 Prozent hinter SPD und CDU auf dem dritten Platz landete.

Dieser Wahlausgang verstärkte die ohnehin vorwaltende Tendenz, den „deutschen Weg zum Sozialismus“ zu verlassen und dem sowjetischen Vorbild nachzueifern. Seit Juli 1948 erfolgte der Umbau der SED zu einer „Partei neuen Typus“, die nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ alle Gliederungen den Entscheidungen der Führung unterwarf und die Gruppenbildung ausschloß. Umfangreiche „Säuberungen“ der Partei, die zum Ausschluß von rund 150 000 Mitgliedern – darunter viele ehemalige Sozialdemokraten – führten, sowie die Einführung des Kaderprinzips, also die Besetzung aller Funktionärsposten durch die jeweils übergeordnete Ebene, kamen hinzu.

Um ihren Führungsanspruch durchzusetzen, forcierte die SED die Gründung von zwei weiteren

43 Vgl. Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982; Manfred Koch, Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 3–14; vgl. ferner den Abschnitt „Politische Parteien“ in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1992².

44 Vgl. Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971, Hannover 1971; Ilse Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1989.

Parteien, die unter ihrer verdeckten Vorherrschaft politisch fernstehende Bevölkerungskreise an das Regime binden und den bürgerlichen Parteien Konkurrenz bieten sollten. Dabei sollte die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) nationalistische Wähler und ehemalige Nationalsozialisten binden, während die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im ländlichen Raum integrierend wirken sollte. Beide „Transmissionsparteien“ waren zwar formal eigenständig, agierten aber de facto als Organe der SED. Im September 1948 wurden sie – ebenso wie kurz zuvor der Freiheitliche Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und andere „Massenorganisationen“ – in den „Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen“, wie die „Einheitsfront“ seit 1949 hieß, aufgenommen. Da auch die führenden Vertreter der Massenorganisationen durchweg der SED entstammten, war deren Vorherrschaft im „Block“ garantiert. Die Wahlen zur ersten Volkskammer im Oktober 1950 erfolgten bereits aufgrund einer Einheitsliste der Blockparteien, d. h., eine echte Entscheidung zwischen verschiedenen Parteien war nicht möglich, man konnte lediglich die Liste im ganzen annehmen oder verwerfen.

Mit der Einbindung der bürgerlichen Parteien in das Zwangskorsett aus „Block“ und Einheitsliste war eine weitere einschneidende Änderung im Parteiensystem der SBZ/DDR erfolgt. Die bürgerlichen Parteien besaßen zwar noch gewisse Spielräume, aber sie gerieten in der Folgezeit unter einen zunehmenden Anpassungsdruck. Immer wieder wurden Funktionäre abgesetzt, vertrieben oder eingesperrt, in einigen Fällen sogar getötet. In unterschiedlicher Weise versuchten

CDU⁴⁵ und LDP (seit 1951 LDPD)⁴⁶ soviel Selbstständigkeit wie möglich zu wahren, aber der Gleichschaltungsprozeß der Führungsebene ließ sich auch durch opportunistisches Entgegenkommen nicht aufhalten. Als die SED auf ihrer zweiten Parteikonferenz im Juli 1952 den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ nach stalinschem Muster verkündete, hatten CDU und LDP(D) den Führungsanspruch der SED auch in parteiinternen Programm- und Personalfragen anerkannt.

Erst die nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland in Gang gekommenen Forschungen, die auf dem gesamten Aktennachlaß der ehemaligen Blockparteien aufbauen können, werden ein differenziertes Bild ihrer Wirkungsmöglichkeiten auf lokaler und regionaler Ebene zeichnen. Mit Sicherheit läßt sich allerdings bereits jetzt feststellen, daß die Blockparteien spätestens seit 1952 integraler Bestandteil des Herrschaftssystems der SED waren und ihre wie auch immer beschaffenen Handlungsspielräume eher der Stabilisierung dieses Systems dienten als seiner Überwindung. Zum Kristallisationspunkt einer Opposition wurden die Blockparteien bis zum Zusammenbruch der DDR nicht.

45 Vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990; Martin Reißmann, Kadenschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995.

46 Vgl. Ekkehard Krippendorff, Die Liberaldemokratische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1948. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961; ferner den als Manuskript gedruckten Abschlußbericht des von Jürgen Frölich geleiteten Forschungsprojekts: Liberale unter kommunistischer Herrschaft. Zur Geschichte der LDP 1945 bis 1952, bearb. von Gerhard Papke, Gummersbach 1994.

Horst Möller: Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19/95, S. 3–9

Divergenzen in der Beurteilung historischer Phänomene gründen nicht in einer Beliebigkeit historischer Erkenntnis, sondern in der Vielschichtigkeit der Realität sowie in der Zeitgebundenheit allen historischen Erkenntnisinteresses. Dies gilt auch für die Einschätzung des „8. Mai 1945“. Oft verkürzend als „Tag der Befreiung“ charakterisiert, zeigte er sich spätestens seit den – tatsächlich befreienden – Umwälzungen seit 1989 als vielschichtigeres und ambivalenteres zeitgeschichtliches Phänomen. Das Ende der kommunistischen Zwangsregime im sowjetischen Herrschaftsbereich erlaubt nun auch die „Historisierung“ des nur als Postulat fortlebenden „real existierenden Sozialismus“ und damit die Versachlichung der Debatte um den nun empirisch abgestützten Vergleich nationalsozialistischer und kommunistischer totalitärer Herrschaft. Dabei ist weder eine – grundsätzlich zu verwerfende – Apologie, Relativierung oder Verdrängung der zu vergleichenden Phänomene beabsichtigt noch eine vordergründige politische „Verwertung“.

So erweisen sich Kategorien wie diejenige des „Kampfes der Systeme“ oder der scheinbaren Stagnation des Ost-West-Verhältnisses im Kalten Krieg angesichts des im Rückblick erkennbaren inneren Verfalls der kommunistischen Diktaturen als begrenzte und ergänzungsbedürftige Einschätzungen historischer Realität. Die Kategorie der „Befreiung“ wird weder dem Schicksal der 14 Millionen deutscher Vertriebener gerecht noch demjenigen jener osteuropäischen Völker oder der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone, die alsbald einem neuen Zwangsregime ausgesetzt waren.

Freilich beinhaltet der 8. Mai 1945 in der Tat auch einen Akt der Befreiung: Im konkreten Sinne für die Bewohner der Westzonen, für die von nationalsozialistischer Herrschaft befreiten Völker und vor allem für die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager; im übertragenen Sinne für all jene Deutschen, die die späte Einsicht in den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes zwar von Fanatismus und Verblendung, nicht aber von Verantwortung und Schuld befreien konnte.

Die Ereignisse nach 1989 erwiesen auch die Relativität aktualitätsbezogener Urteile, insbesondere hinsichtlich des Verschwindens diktatorischer Staatssysteme. Nationalitätenkonflikte und Minderheitenprobleme bleiben besonders in den aus sowjetischer Vorherrschaft entlassenen Völkern an der Tagesordnung; die Demokratisierung ist bisher nur partiell erfolgt. Hierauf beruht z. T. auch die Unsicherheit der internationalen Konstellation seit dem Zerbrechen des bipolaren Systems: Sie bewirkt eine wachsende Verantwortung der Nato und der USA, der einzigen verbliebenen Weltmacht, als Stabilitätsfaktoren.

Horst Boog: Das Ende des Bombenkriegs. Ein militärgeschichtlicher Rückblick

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19/95, S. 10–21

Auf der Grundlage von neuen Forschungsergebnissen, nicht zuletzt aus England und Amerika, kann der deutsche und anglo-amerikanische Bombenkrieg in Europa 1939–1945 heute nicht mehr aus der früheren Sicht der beiderseitigen Kriegspropaganda gewertet werden. Aber ausgehend von der Tatsache, daß Deutschland den Krieg entfesselte und Hitler damit die Judenvernichtung verband, ferner weil Verbrechen nicht gegeneinander aufrechenbar sind, verbietet sich eine Verrechnung des anglo-amerikanischen unterschiedslosen Terrorbombenkriegs im Zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust.

Das entbindet die Geschichtswissenschaft nicht davon, die Luftkriegsoperationen kritisch und differenzierend zu untersuchen. Im Ergebnis erweisen sich bisher gängige Klischeevorstellungen über den deutschen Bombenkrieg wie auch die These, die Luftwaffe habe mit dem strategischen Terrorbombardement begonnen und Deutschland somit nur geerntet, was es gesät habe, als falsch. Dabei ist die Frage, wer damit begonnen hat, zumindest historisch ziemlich belanglos, weil alle Luftmächte diese Variante militärischer Machtprojektion in ihren strategischen Planungen und Konzeptionen im Blick hatten.

Anhand seiner drei Hauptträger England, Deutschland und USA wird der unterschiedslose strategische Bombenkrieg im Hinblick auf die jeweiligen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und die daraus entwickelten Doktrinen, auf seine praktische Durchführung, seine Wirkung in Deutschland wie schließlich hinsichtlich seiner mentalen Auswirkungen in den Nachkriegsjahrzehnten untersucht. Der alliierte Bombenkrieg war viel wirksamer als bisher angenommen und hat trotz relativ geringer Schädigung der deutschen Rüstungswirtschaft mit seinen direkten und indirekten Auswirkungen auf die Kriegsschauplätze, die Treibstoffversorgung und die Verkehrsverbindungen entscheidend dazu beigetragen, den Krieg schneller zu beenden. Waren die direkten Wirkungen amerikanischer Tagesangriffe auf Industrieanlagen von größerer Bedeutung, so waren die indirekten der nächtlichen britischen Städteangriffe mit ihren Zerstörungen von Wohngebieten und jahrhundertealten Stadtzentren sowie der damit verbundenen Terrorisierung des Alltagslebens nicht weniger erheblich.

Je länger der Krieg dauerte und je erbitterter er geführt wurde, desto tiefer senkte sich die Schwelle zur Inhumanität, bis sich schließlich alle Parteien auf dem untersten gemeinsamen Nenner trafen: dem unterschiedslosen Bombenkrieg. Noch heute gehen die Meinungen hierüber in den einzelnen Ländern auseinander; sie reichen von der Rechtfertigung – aus welchen Gründen auch immer – bis zur Reue. Um so erfreulicher ist der überall erkennbare Wille, sich über diese dunkle Vergangenheit hinweg die Hand zu reichen.

Karl Tepe: Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19/95, S. 22–33

Bei der Eroberung und Besetzung Deutschlands stießen die alliierten Kampfverbände auf eine Bevölkerung, die sich in einem Prozeß innerer und äußerer Auflösung befand und als Gesellschaft faktisch nicht mehr existierte. Die Problemgruppen der Trümmersgesellschaft, wie Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene, heimkehrende Soldaten und Displaced Persons, bildeten ein soziales und politisches Konfliktpotential ohnegleichen. Alltägliche Daseinsfürsorge, sozial-kulturelle Integration und politischer Wiederaufbau waren zentrale Elemente des beginnenden gesellschaftlichen Formierungsprozesses.

Dieser Gestaltungsprozeß mit seiner eigentümlichen Gemengelage aus besatzungspolitischen Direktiven, behördlichen Regulierungsbemühungen und Selbsthilfeinitiativen schien auf den ersten Blick wenig zielgerichtet zu sein, wie überhaupt die Trümmersgesellschaft in hohem Maße zunächst als eine Gesellschaft mit Fassadencharakter erscheint, da die wirklichen – zum Teil tiefgreifenden – Veränderungen damals noch nicht sichtbar waren. Ihre vielfache und dauerhafte Prägekraft sowie ihr epochaler Rang im Kontext der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte erschließen sich deshalb auch nur im Zusammenhang von Analysen langfristig wirksamer Strukturen und nicht anhand von einzelnen Daten.

Andreas Biefang: Die Wiederentstehung politischer Parteien in Deutschland nach 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19/95, S. 34–46

Ungeachtet aller Kontinuitätsstränge war das wiederentstehende Parteiensystem in Deutschland nach 1945 von grundlegenden Neuerungen gekennzeichnet. Dazu gehörte die Gründung einer christlich-konservativen demokratischen „Volkspartei“, die anders als die alte Zentrumsparterie überkonfessionell ausgerichtet war. Im liberalen Lager wurde die traditionelle Spaltung in einen nationalliberalen und einen linksliberalen Flügel durch die Gründung der FDP überwunden. Auch die Sozialdemokratie, die eine ungebrochene organisatorische Kontinuität aufwies, entwickelte sich allmählich von einer Arbeiterpartei zu einer linken „Volkspartei“.

Die Frühgeschichte der Parteien wurde entscheidend durch den entstehenden Ost-West-Konflikt geprägt. In den westlichen Besatzungszonen bildete sich ein pluralistisches Parteiensystem heraus, das eine deutliche Neigung zur Konzentration aufwies. Die anfangs teilweise erfolgreichen regionalen Parteien konnten sich ebensowenig dauerhaft etablieren wie die KPD oder rechtsextreme Gruppen – dies nicht zuletzt auch aufgrund der rasch zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der westdeutschen Gesellschaft. Seit 1953 zeichnete sich auf Bundesebene die Bildung eines stabilen Dreiparteiensystems aus CDU/CSU, SPD und FDP ab. Die Entwicklung in der SBZ/DDR unterschied sich von diesen Entwicklungen grundlegend. Spätestens mit der Zwangsvereinigung von SPD und SED zur KPD im April 1946 kam ein Prozeß in Gang, in dem ein scheinbar pluralistisches Parteiensystem vor allem der Verschleierung der Einparteienherrschaft der SED diente.